



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

05 | 2015

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Korrigierte Fassung vom 28.01.2016

Aus dem Inhalt:

Bruttoinlandsprodukt 2014

Schulen 2014/15

Weinbau



Fotonachweis

Titelfoto: ECE

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ist 2014 stärker gewachsen als im Vorjahr. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,1 Prozent. Sowohl die Dienstleistungsbereiche als auch das Produzierende Gewerbe trugen zum Wirtschaftswachstum bei.

05 | 2015

STATISTISCHE MONATSFESTE

68. Jahrgang

kurz + aktuell **405**

Industrie ■ Baugewerbe ■ Dienstleistungen ■ Landwirtschaft
Bevölkerung ■ Bildung ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik **413**

Verbraucherpreise **414**

Rheinland-Pfalz in Karten: Trinkwasserentgelte 2013
nach Verwaltungsbezirken **415**

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014 –
Bruttoinlandsprodukt steigt um 1,1 Prozent **416**

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden
und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 **426**

Fast ein Prozent der weltweiten Rebfläche liegt in
Rheinland-Pfalz – Der Weinbau aus statistischer Sicht **443**

Daten zur Konjunktur **451**

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz **483**

Neuerscheinungen **499**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Rückgang der Industrieproduktion im Februar gegenüber dem Vormonat

Im Februar 2015 ist die rheinland-pfälzische Industrieproduktion gesunken. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex lag um 2,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Im Vergleich zum Februar 2014 blieb der Output fast unverändert (+0,1 Prozent).

In den drei größten Branchen war die Produktion rückläufig: In der Chemischen Industrie, der umsatzstärksten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, fiel der Güterausstoß um 2,5 Prozent niedriger aus als im Januar. Zugleich wurde 2,4 Prozent weniger produziert als im Februar 2014. Der Fahrzeugbau, die Branche mit dem zweitgrößten Umsatzanteil, musste ebenfalls Einbußen hinnehmen. Gegenüber dem Vormonat verringerte sich der Output um 1,7 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war ein Herstellungsrückgang um drei Prozent zu verzeichnen. Im Fahrzeugbau bleibt die Produktion seit über einem Jahr stets hinter dem Ergebnis des jeweiligen Vorjahresmonats zurück. Am stärksten schrumpfte der Output im Maschinenbau – gegenüber dem Vormonat ergab sich ein Minus von 5,7 Prozent. Außerdem fiel die Produktion erstmals seit über einem Jahr unter das Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats: Der Güterausstoß war um 1,4 Prozent geringer als im Februar 2014.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Feb. 2015		Jan. bis Feb. 2015	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Jan. 2015	Feb. 2014	Jan. bis Feb. 2014	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-2,4 % ↓	0,1 % ↗	1,1 % ↗	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,4 % ↓	-2,9 % ↓	-2,4 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	-2,2 % ↓	-1,4 % ↓	-0,8 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	-12,9 % ↓	8,0 % ↑	14,7 % ↑	
Chemie	-2,5 % ↓	-2,4 % ↓	-2,0 % ↓	
Fahrzeugbau	-1,7 % ↓	-3,0 % ↓	-4,8 % ↓	
Maschinenbau	-5,7 % ↓	-1,4 % ↓	4,0 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	2,1 % ↑	3,0 % ↑	1,0 % ↗	
Inland	-3,5 % ↓	-5,2 % ↓	-3,0 % ↓	
Ausland	6,0 % ↑	8,9 % ↑	3,7 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,3 % ↓	-7,1 % ↓	-6,0 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	2,4 % ↑	9,5 % ↑	8,0 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	51,6 % ↑	38,1 % ↑	9,2 % ↑	
Chemie	-4,4 % ↓	-10,2 % ↓	-8,1 % ↓	
Fahrzeugbau	1,7 % ↗	22,6 % ↑	22,7 % ↑	
Maschinenbau	2,9 % ↑	-6,2 % ↓	-7,8 % ↓	

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

Mehr Auftragseingänge der Industrie im Februar

Im Februar 2015 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex erhöhte sich um 2,1 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Dieser Zuwachs geht ausschließlich auf einen Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland zurück (+6 Prozent); die Nachfrage aus dem Inland war um 3,5 Prozent geringer als im Januar 2015. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat wuchs das Ordervolumen; es war um drei Prozent höher als im

Februar 2014 (Inland: –5,2 Prozent, Ausland: +8,9 Prozent).

In den drei größten Branchen des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die Nachfrage unterschiedlich. In der Chemischen Industrie, der umsatzstärksten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, ist der bereinigte Auftragseingangsindex im Februar um 4,4 Prozent gesunken. Zugleich fielen die Bestellungen um zehn Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor. Bereits seit März 2014 liegt das Ordervolumen in der Chemischen Industrie stets unter dem Niveau

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



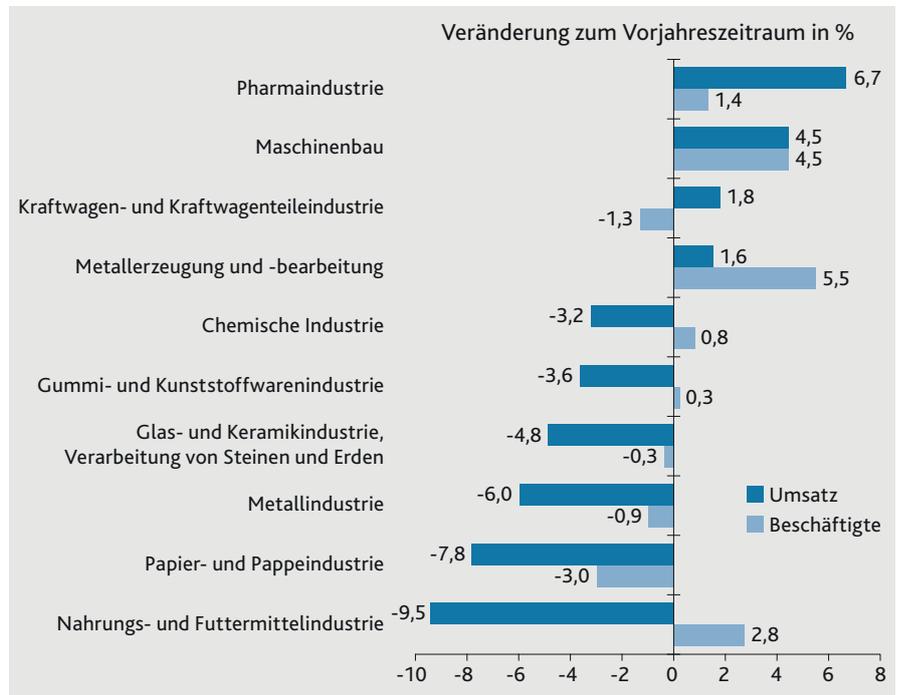
des jeweiligen Vorjahresmonats. Im Fahrzeugbau, der Branche mit dem zweithöchsten Umsatz, gingen im Berichtsmonat mehr Aufträge ein als im Januar (+1,7 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Nachfrage um 23 Prozent. Der Maschinenbau profitierte im Februar ebenfalls von einem Anstieg der Auftragseingänge (+2,9 Prozent). Allerdings blieb die Nachfrage um 6,2 Prozent hinter dem Niveau des Vorjahresmonats zurück.

Unter den drei industriellen Hauptgruppen verzeichnete die Konsumgüterindustrie im Februar einen besonders kräftigen Zuwachs. Die Auftragseingänge waren um 52 Prozent höher als im Vormonat und lagen um 38 Prozent über dem Niveau von Februar 2014. Grund hierfür ist neben einer allgemein günstigen Entwicklung der Konsumgüternachfrage ein Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterindustrie.

Industrieumsätze im Minus – Positive Impulse im Auslandsgeschäft

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte in den ersten beiden Monaten 2015 Umsätze in Höhe von 13,6 Milliarden Euro. Das waren 1,9 Prozent weniger als im Januar und Februar des Vorjahres (Deutschland: -2,3 Prozent). Diese Entwicklung ging maßgeblich auf die Geschäfte mit inländischen Kunden zurück, aus denen ein Umsatzminus von 5,6 Prozent (Deutschland: -5 Prozent) resultierte. Positive Impulse gaben die Auslandsumsätze, die um 1,1 Pro-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Februar 2015 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



zent zulegten (Deutschland: +0,6 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, belief sich auf 57 Prozent (Deutschland: 50 Prozent) und lag damit um 1,7 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert.

Im Februar zählte die Industrie 251 770 Beschäftigte, das waren rund 2 500 bzw. ein Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +1,1 Prozent). In den beiden ersten Monaten 2015 lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden mit 63,6 Millionen um 2,2 Prozent unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes (Deutschland: -2,3 Prozent).

Sechs der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten von Januar bis Februar 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Umsatzrückgänge.

In der Chemischen Industrie sank der Gesamtumsatz um 3,2 Prozent, was sich sowohl aus rückläufigen Geschäften mit inländischen als auch mit ausländischen Kunden erklärt. Die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (-9,5 Prozent) sowie die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (-7,8 Prozent) meldeten die stärksten Umsatzrückgänge. Diese Entwicklung resultierte aus Rückgängen im Inlands- und Auslandsgeschäft. Die pharmazeutische Industrie (+6,7 Prozent) und der Maschinenbau (+4,5 Prozent) erzielten die höchsten Umsatzzuwächse. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, der Branche mit dem zweithöchsten Umsatz, stiegen die Erlöse insgesamt um 1,8 Prozent, was alleine dem guten Auslandsgeschäft zu verdanken ist.

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich im Februar 2015 in den wichtigsten Branchen überwiegend positiv: Die höchsten Zunahmen gegenüber dem Vorjahresmonat registrierten die Bereiche „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+5,5 Prozent), „Maschinenbau“ (+4,5 Prozent) sowie „Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln“ (+2,8 Prozent).

Mehr Aufträge, aber weniger Umsätze im Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Februar 2015 mehr Aufträge, aber weniger Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich zum Januar 2015 – kalender- und saisonbereinigt – um 3,1 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz blieb um 7,6 Prozent hinter dem Vormonatsergebnis zurück. Gegenüber Februar 2014 gab es Einbußen. Das Ordervolumen sank um 4,6 Prozent, der Umsatz verringerte sich um 17 Prozent.

Gegenüber Januar 2015 war der Anstieg der Nachfrage nach Bauleistungen im Tiefbau höher als im Hochbau (+3,8 bzw. +2,4 Prozent). Kräftige Zuwächse gab es vor allem im gewerblichen sowie im öffentlichen Hochbau (+23 bzw. +12 Prozent). Einen besonders starken Einbruch hatte der Wohnungsbau zu verkräften (-24 Prozent). Im Vergleich zum Februar 2014 wurden sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau Auftragsrückgänge registriert (-5 bzw. -4,3 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Feb. 2015		Jan. bis Feb. 2015
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Jan. 2015	Feb. 2014	Jan. bis Feb. 2014
Auftragseingang	3,1 % ↑	-4,6 % ↓	-9,8 % ↓
Hochbau insgesamt	2,4 % ↑	-5,0 % ↓	-11,0 % ↓
Wohnungsbau	-23,7 % ↓	-10,1 % ↓	5,3 % ↑
gewerblicher Hochbau	22,6 % ↑	-0,3 % ↓	-19,8 % ↓
öffentlicher Hochbau	12,0 % ↑	-10,7 % ↓	-12,0 % ↓
Tiefbau insgesamt	3,8 % ↑	-4,3 % ↓	-8,6 % ↓
gewerblicher Tiefbau	6,4 % ↑	11,6 % ↑	5,2 % ↑
öffentlicher Tiefbau	-9,2 % ↓	-22,5 % ↓	-21,8 % ↓
Straßenbau	9,1 % ↑	-1,4 % ↓	-7,4 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-7,6 % ↓	-16,6 % ↓	-11,5 % ↓
Hochbau insgesamt	-8,4 % ↓	-17,7 % ↓	-11,7 % ↓
Wohnungsbau	-8,5 % ↓	-24,2 % ↓	-17,6 % ↓
gewerblicher Hochbau	-12,6 % ↓	-17,9 % ↓	-7,6 % ↓
öffentlicher Hochbau	5,1 % ↑	-5,3 % ↓	-11,2 % ↓
Tiefbau insgesamt	-8,3 % ↓	-15,0 % ↓	-9,6 % ↓
gewerblicher Tiefbau	1,4 % ↑	6,3 % ↑	4,4 % ↑
öffentlicher Tiefbau	-15,5 % ↓	-18,7 % ↓	-10,2 % ↓
Straßenbau	-8,6 % ↓	-21,1 % ↓	-14,7 % ↓

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Gegenüber Januar 2015 verringerten sich die Erlöse im Hochbau und im Tiefbau etwa gleich stark (-8,4 bzw. -8,3 Prozent). Die höchsten Einbußen meldeten der öffentliche Tiefbau sowie der gewerbliche Hochbau (-15,5 bzw. -13 Prozent). Dagegen verzeichneten der öffentliche Hochbau sowie der gewerbliche Tiefbau Zuwächse (+5,1 bzw. +1,4 Prozent). Im Vergleich zum Februar 2014 kam es im Hochbau und im Tiefbau zu kräftigen Rückgängen des baugewerblichen Umsatzes (-18 bzw. -15 Prozent).

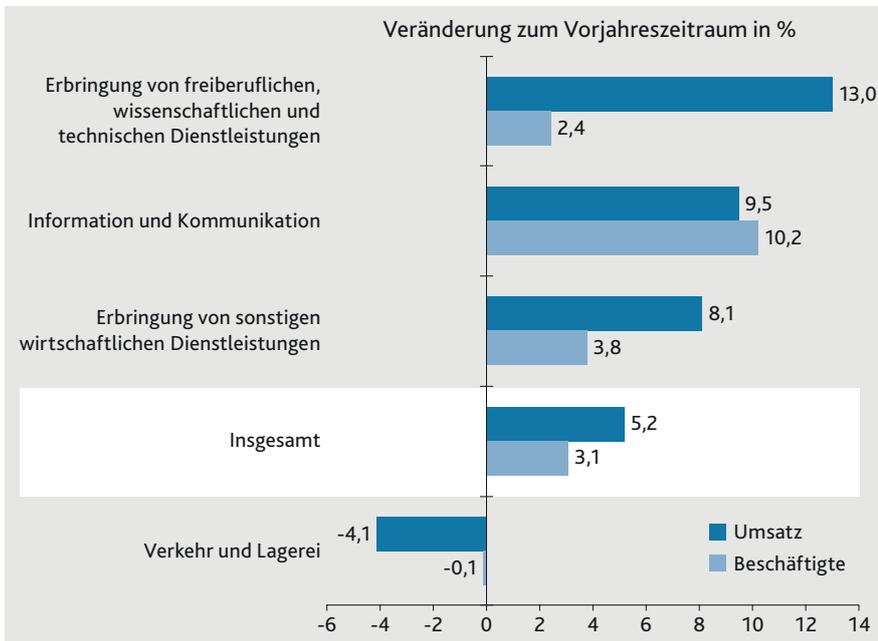
Mehr Umsatz und Beschäftigte bei den unternehmensnahen Dienstleistungen

Die rheinland-pfälzischen Dienstleistungsbereiche, die überwiegend unternehmensnahen Service anbie-

ten, konnten im vierten Quartal 2014 ihre Umsätze deutlich steigern. Die Erlöse nahmen gegenüber dem vierten Quartal 2013 um 5,2 Prozent zu (Deutschland: +4,9 Prozent). Die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche verzeichneten damit im letzten Jahr durchgehend ein Umsatzplus. Die Beschäftigtenzahlen stiegen in den letzten drei Monaten des Jahres um 3,1 Prozent (Deutschland: +2,7 Prozent). Die Entwicklung schloss damit an das gute Ergebnis der ersten drei Quartale 2014 an.

Die insgesamt günstige Umsatzentwicklung wurde von der überwiegenden Zahl der Dienstleistungsbereiche getragen. Das stärkste Umsatzplus war im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, zu

Umsatz und Beschäftigte in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2014



dem Architektur- und Ingenieurbüros sowie die Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen gehören, zu verzeichnen. Hier lag der Umsatz um 13 Prozent über dem des letzten Quartals 2013. Im Wirtschaftsabschnitt „Information und Kommunikation“ – hierzu gehören z. B. Anbieter von Programmierarbeiten, Verlage und Rundfunkveranstalter – sowie im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“, zu dem beispielsweise die Vermittlung von Arbeitskräften sowie Hausmeister- und Reinigungsdienste zählen, stiegen die Umsatzzahlen um 9,5 bzw. 8,1 Prozent. Dagegen gingen die Quartalsumsätze im Bereich „Verkehr und Lagerei“ – dazu zählen z. B. der Straßen- und Schienenverkehr, die Schiff- und Luftfahrt sowie Post-, Kurier- und Expressdienste – um 4,1 Prozent zurück.

Zur positiven Entwicklung der Beschäftigtenzahlen trug mit einer Zunahme von über zehn Prozent vor allem der Bereich „Information und Kommunikation“ bei. Der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ verzeichnete im vierten Quartal 2014 einen Anstieg um 3,8 Prozent. Im Wirtschaftsab-

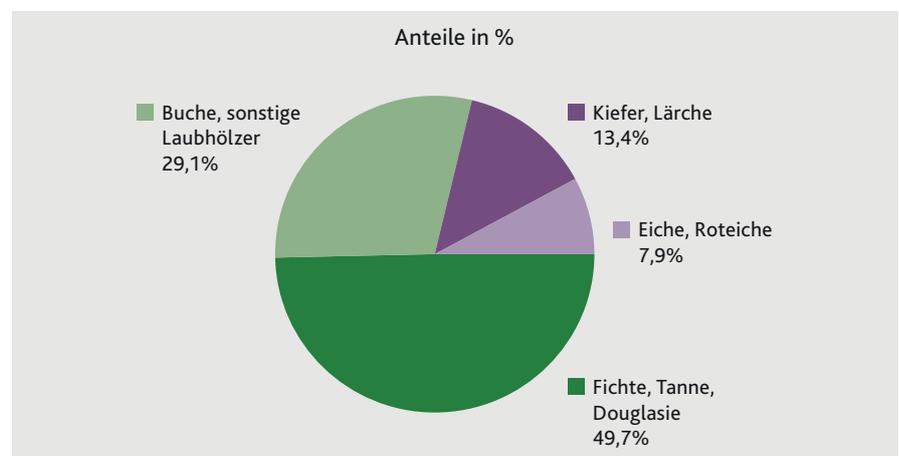
schnitt „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ stieg die Beschäftigtenzahl um 2,4 Prozent, im Bereich „Verkehr und Lagerei“ ging sie leicht zurück.

Holzeinschlag leicht rückläufig – Gut ein Fünftel Energieholz

Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 3,4 Millionen Kubikmeter Holz eingeschlagen (gerechnet ohne Rinde). Das waren 0,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit ist der Holzeinschlag im vierten Jahr in Folge gesunken. Im Jahr 2010 hatte er aufgrund des Orkantiefs Xynthia bei 5,5 Millionen Tonnen gelegen.

Im längerfristigen Vergleich ist eine Zunahme des Holzeinschlags festzustellen. Während im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2014 jährlich 4,1 Millionen Kubikmeter eingeschlagen wurden, waren es im Zeitraum 1995 bis 2004 durchschnittlich nur 3,04 Millionen Kubikmeter.

Holzeinschlag 2014 nach Holzarten



Nach den Ergebnissen der dritten Bundeswaldinventur von 2012 wird der jährliche Zuwachs in den rheinland-pfälzischen Wäldern auf knapp 6,9 Millionen Kubikmeter (Erntefestmaß) geschätzt. Dies belegt, dass nach wie vor eine nachhaltige Holznutzung erfolgt.

Rund 719 000 Kubikmeter – das entspricht 21 Prozent des gesamten Holzeinschlages – wurden als Energieholz zur Erzeugung von Wärme und Strom genutzt. Dieser Wert hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Im Jahr 2004 waren lediglich 362 000 Kubikmeter (8,4 Prozent) für energetische Zwecke eingesetzt worden.

Knapp die Hälfte des Holzeinschlages entfiel auf Fichte, Tanne oder Douglasie. Buchenholz sowie sonstige Laubhölzer hatten einen Anteil von 29 Prozent. Kiefern- und Lärchenholz stellte 13 Prozent des Einschlages. Eichenhölzer kamen auf rund acht Prozent.

Im kommunalen und kirchlichen Wald (Körperschaftswald) erfolgte knapp die Hälfte des gesamten Einschlages, ein weiteres Drittel im Staatswald (36 Prozent). Auf rund 14 Prozent wurde der Holzeinschlag im Privatwald geschätzt. Der Flächenanteil des Körperschaftswaldes liegt laut Bundeswaldinventur in Rheinland-Pfalz bei 46 Prozent, Staats- und Privatwald kommen auf jeweils rund 27 Prozent.

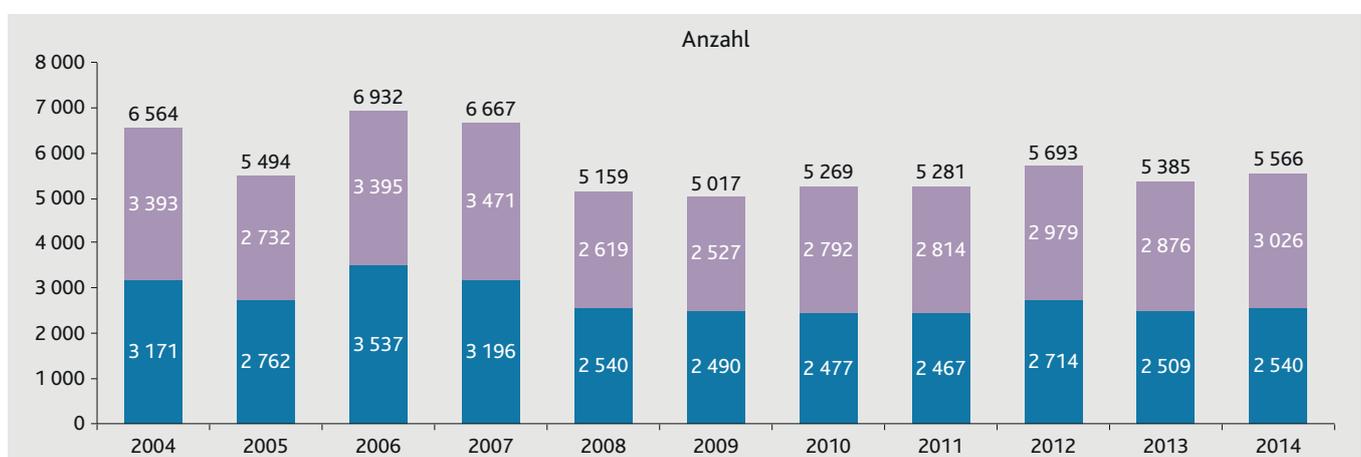
Mehr als 5 500 Personen eingebürgert

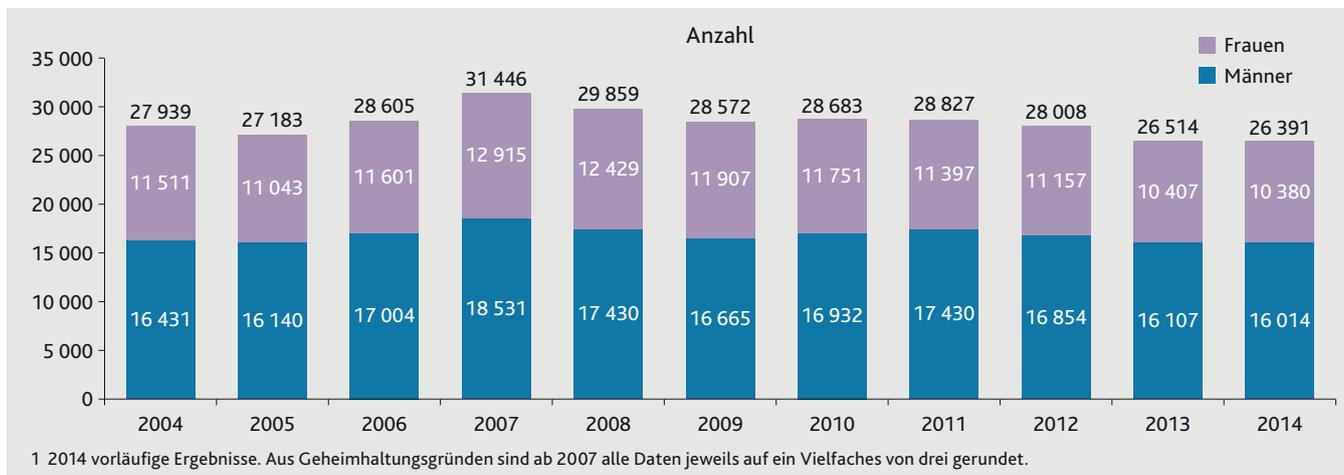
Im Verlauf des Jahres 2014 wurden in Rheinland-Pfalz 5 566 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das sind 181 bzw. 3,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Von den 2 540 Männern und 3 026 Frauen lebte rund ein Viertel schon 20 und mehr Jahre in Deutschland. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag bei etwa 16 Jahren. Das Durchschnittsalter betrug rund 32 Jahre. Die Altersspanne reichte von unter Einjährigen bis hin zu fast 90-Jährigen.

Wie bereits in den Vorjahren wurde die mit Abstand höchste Zahl von Einbürgerungsurkunden in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (682) und Mainz (453) ausgehändigt. Die wenigsten Einbürgerungen erfolgten im Landkreis Südwestpfalz (30), in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (38) und im Landkreis Cochem-Zell (39). Gemessen an der Zahl der Ende Dezember im Ausländerzentralregister registrierten Personen belegte, wie auch in den Vorjahren, die kreisfreie Stadt Koblenz den Spitzenplatz. Hier erhielten 2,5 Prozent der dort lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass. Es folgte der Landkreis Ahrweiler mit 2,2 Prozent. Relativ gesehen die wenigsten Einbürgerungen gab es wie schon 2013 im Eifelkreis Bitburg-Prüm (0,8 Prozent).

Die Liste der am häufigsten eingebürgerten Nationalitäten wird wie im Vorjahr von TÜRkinen und TÜRken (1 083) angeführt. Es folgten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus

Einbürgerungen 2004–2014



Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2004–2014¹ nach Geschlecht

Polen (367), dem Kosovo (260), Irak (227), Italien (215) und der Ukraine (204). Beschränkt man die Analyse auf Angehörige von Staaten, für die jeweils mindestens 100 Einbürgerungen zu verzeichnen waren, erhielten – gemessen an der Zahl der 2014 im Ausländerzentralregister verzeichneten Personen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz – überproportional viele hier lebende Kamerunerinnen und Kameruner (elf Prozent), Irakerinnen und Iraker (8,3 Prozent), Marokkanerinnen und Marokkaner (5,1 Prozent) sowie Ukrainerinnen und Ukrainer (4 Prozent) den von ihnen beantragten deutschen Pass.

Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz haben insbesondere Personen, die mindestens acht Jahre in Deutschland leben, einen besonderen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie bestimmte, gesetzlich festgelegte Anforderungen erfüllen. Durch die Einbürgerung werden die Betroffenen gleichberechtigte deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger mit allen

Rechten und Pflichten. Sie können in den Gemeinden, in den Ländern und auf Bundesebene wählen, selbst für ein Parlament kandidieren und damit ihre Interessen aktiv vertreten.

Weniger neue Auszubildende – Viele Lehrstellen unbesetzt

Im Jahr 2014 schlossen in Rheinland-Pfalz 10 380 Frauen und 16 014 Männer einen Ausbildungsvertrag im Dualen System ab. Nach vorläufigen Auswertungen waren das insgesamt 123 weniger als im Vorjahr (–0,5 Prozent). Ein so niedriger Wert war zuletzt Mitte der 90er-Jahre zu beobachten. Bundesweit sank die Zahl der Neuabschlüsse gegenüber 2013 um 1,4 Prozent auf nunmehr 518 400.

Ursache für den Rückgang ist, neben der demografischen Entwicklung, ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen streben eine akademische Ausbildung an. Anders als in der Berufsausbildung hat sich

die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in den vergangenen 20 Jahren auf rund 23 000 fast verdoppelt.

Die meisten Neuabschlüsse gab es, trotz rückläufiger Zahlen, im Bereich „Industrie und Handel“ (15 075) sowie im Handwerk (7 767). Die Mehrzahl der neuen Auszubildenden waren Männer (61 Prozent). Relativ betrachtet mehr Frauen gab es in den Bereichen „Hauswirtschaft“ (95 Prozent), „Freie Berufe“ (92,5 Prozent), und „Öffentlicher Dienst“ (59 Prozent).

Nicht alle Ausbildungsstellen konnten besetzt werden. So wurden der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September 2014 landesweit 1 477 unbesetzte Ausbildungsstellen gemeldet (Vorjahr: 1 293). Diesen standen lediglich 794 registrierte „unversorgte“ Bewerberinnen und Bewerber gegenüber, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten (Vorjahr: 727).

Auch die Zahl der Auszubildenden insgesamt sank gegenüber dem Vorjahr (-2,6 Prozent). Am 31. Dezember 2014 befanden sich 68 676 Personen in einer dualen Ausbildung, Ende 2013 waren es noch 70 491.

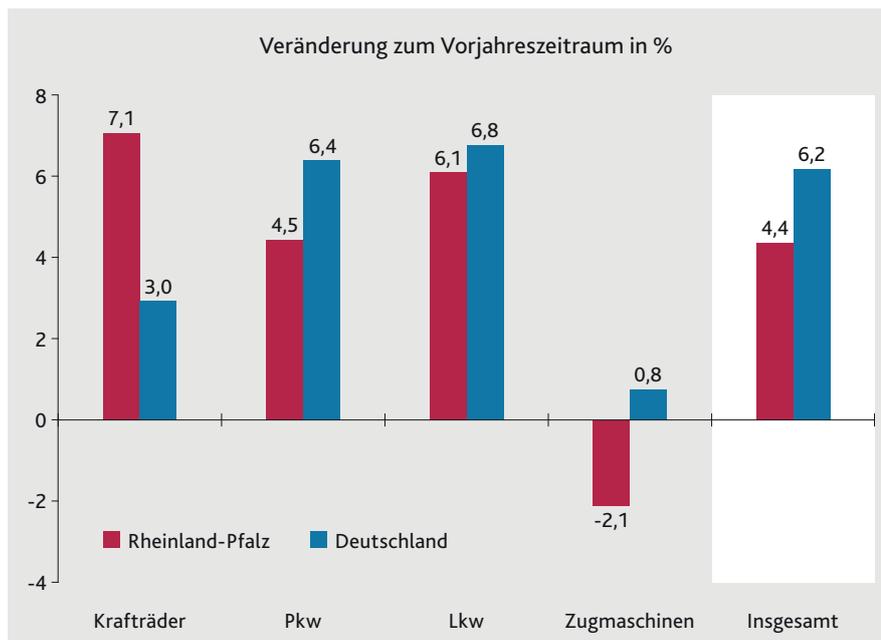
Mehr Pkw-Neuzulassungen

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz neu zugelassenen Pkw ist in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 leicht gestiegen. In diesem Zeitraum wurden 29 950 Pkw neu zugelassen, das waren 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +6,4 Prozent). Auch bei den Lastkraftwagen nahmen die Neuzulassungen um 6,1 Prozent auf 2 775 Fahrzeuge zu. Bei den Zugmaschinen sank dagegen die Zulassungszahl um 2,1 Prozent auf 1 018. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder lag mit 2 078 um 7,1 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraumes.

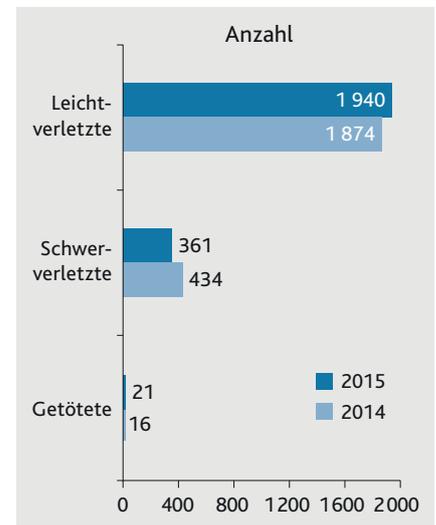
Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 36 031 Fahrzeuge neu zugelassen, 4,4 Prozent mehr als im 1. Quartal 2014 (Deutschland +6,2 Prozent).

Mit 100 571 Besitzumschreibungen (+3,2 Prozent) wurde auf dem Gebrauchtwagenmarkt für Pkw das Niveau des Vorjahreszeitraumes ebenfalls leicht übertroffen. Der Handel mit gebrauchten Nutzfahrzeugen entwickelte sich unterschiedlich. Während bei den Lkw mit einem leichten Plus von 1,9 Prozent die Besitzer wechselten, ging der Handel mit gebrauchten Zugmaschinen um 7,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Die Umschreibung gebrauchter Kraftfahrzeuge sank um elf Prozent. Insgesamt wechselten 113 276 Kraftfahrzeuge ihre Besitzer, das waren zwei Prozent mehr als zwischen Januar und März 2014 (Deutschland: +1,8 Prozent).

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von Januar bis März 2015



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Februar 2014 und 2015

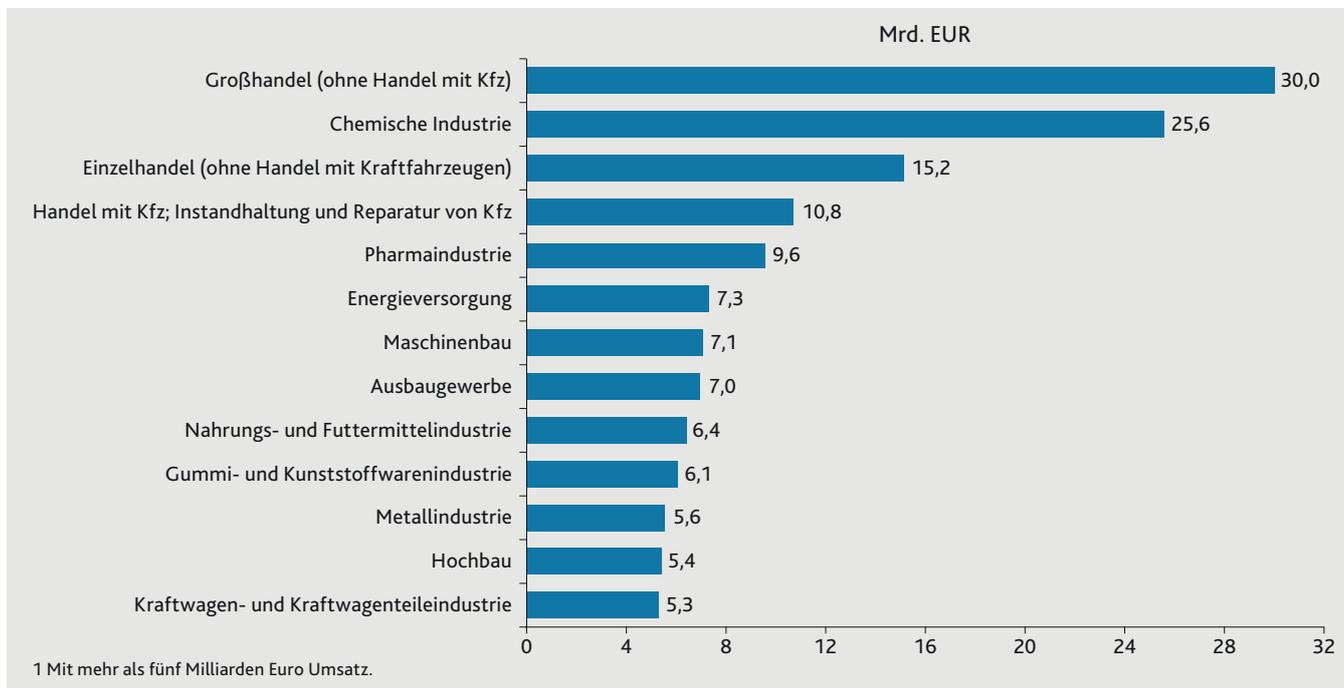


Mehr Verkehrsunfälle, mehr Todesopfer, weniger Schwerverletzte

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2015 verloren in Rheinland-Pfalz 21 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das fünf Todesopfer mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 17 Prozent auf 361 zurück. Leicht verletzt wurden 1 940 Personen, das waren 3,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Insgesamt stieg die Zahl der von der Polizei registrierten Unfälle um 3,8 Prozent auf 20 272.

Umsatzsteuerstatistik 2013: Unternehmen halten Umsatz auf Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen meldeten im Rahmen ihrer Umsatzsteuer-Voranmeldungen für das Jahr 2013 knapp 212 Milliarden Euro Umsätze aus Lieferungen und

Umsatz aus Lieferungen und Leistungen 2013 nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen¹

Leistungen. Damit setzten sie in etwa soviel um wie ein Jahr zuvor (+0,1 Prozent). Überdurchschnittliche Zuwächse von 2,4 Prozent verzeichneten die Unternehmen mit Jahresumsätzen zwischen zwei und 50 Millionen Euro. Die Unternehmen mit Jahresumsätzen bis zu zwei Millionen Euro erlösten 0,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Großunternehmen – Unternehmen mit Umsätzen von mehr als 50 Millionen Euro – meldeten Umsätze, die ein Prozent unter denen des Vorjahres lagen.

Die Zahl der Unternehmen, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen vor-

nahmen, sank um 0,7 Prozent auf rund 155 000. Insgesamt wurden Umsatzsteuervorauszahlungen in Höhe von 5,86 Milliarden Euro geleistet, das waren 5,1 Prozent mehr als im Vorjahr.

Den mit Abstand größten Teil des Umsatzes (44 Prozent) erwirtschafteten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, gefolgt vom Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) mit 26 Prozent. Drittgrößter Wirtschaftsabschnitt war das Baugewerbe mit einem Umsatzanteil von 6,6 Prozent.

Knapp 100 der über 155 000 Unternehmen setzten jeweils mehr als 250

Millionen Euro um. Sie trugen zusammen über 40 Prozent zum Gesamtumsatz bei.

Von den Unternehmen haben 25 Prozent ihren Sitz in den kreisfreien Städten; auf sie entfielen 45 Prozent des Umsatzes. Wesentlich beeinflusst wird dieser Wert von der Stadt Ludwigshafen, auf die knapp 15 Prozent der vorangemeldeten Umsätze entfielen. Mit 0,5 Prozent verzeichnete Zweibrücken den geringsten Umsatzanteil der zwölf kreisfreien Städte. In den Landkreisen lag die Spannweite der Umsatzanteile zwischen 7,4 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen und 0,5 Prozent im Landkreis Kusel.

Rasterbasierter Online-Atlas zeigt Ergebnisse des Zensus 2011 unterhalb der Gemeindeebene für ganz Deutschland

Mit dem „Zensus-Atlas“ erweitern die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ihr Informationsangebot aus der jüngsten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung – dem Zensus 2011 – um kleinräumige digitale Karten.

Wo leben die meisten Menschen je Quadratkilometer, und in welchen Regionen stehen besonders viele Wohnungen leer? Auf diese und weitere Fragestellungen aus den Themenbereichen Bevölkerung und Immobilien bietet dieser Atlas Antworten.

Die interaktiv ausgestaltete Online-Anwendung umfasst insgesamt zehn thematische Karten, beispielsweise auch zum Durchschnittsalter der Bevölkerung und der Pro-Kopf-Wohnfläche. Die Ergebnisse basieren auf georeferenziert ausgewerteten Ergebnissen aus dem Zensus 2011. Für die Darstellung wurde das gesamte Bundesgebiet in Raster mit einer Größe von je einem Quadratkilometer aufgeteilt. Neben erläuternden Metadaten können sich die Nutzerinnen und Nutzer zudem beispielsweise Verwaltungsgrenzen, Flüsse und Seen sowie die Verläufe von Autobahnen und Eisenbahnlinien anzeigen lassen.

„Mit dieser Gemeinschaftsveröffentlichung bietet die amtliche Statistik nun auch bundesweit kleinräumige Informationen nicht nur für die Verantwortlichen in der Kommunalplanung und -politik. Alle Bürgerinnen und Bürger

können anschaulich Erkenntnisse über die Strukturen ihres unmittelbaren Wohnumfeldes erhalten“, erklärt Präsident Jörg Berres. Für die Karten wurden die folgenden zehn Indikatoren aufbereitet:

1. Bevölkerung

Indikator 1 – Bevölkerungszahl

Indikator 2 – Ausländeranteil

Indikator 3 – Geschlechterverhältnis

Indikator 4 – Durchschnittsalter

Indikator 5 – Anteil der unter 18 Jährigen

Indikator 6 – Anteil der ab 65 Jährigen

Indikator 7 – Durchschnittliche Haushaltsgröße

2. Gebäude und Wohnungen

Indikator 8 – Leerstandsquote

Indikator 9 – Wohnfläche pro Bewohner

Indikator 10 – Wohnfläche pro Wohnung

Der „Zensus-Atlas“ steht kostenfrei im gemeinsamen Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter <https://atlas.zensus2011.de> zur Verfügung.

Verbraucherpreise im April 2015

Im April 2015 lagen die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz um 0,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Inflationsrate ist damit wieder leicht gestiegen.

Dämpfend auf den Gesamtindex wirkte die Entwicklung der Energiepreise. Diese sanken gegenüber April 2014 um sechs Prozent. Insbesondere die Preise für Mineralölprodukte lagen unter dem Vorjahresniveau (-11 Prozent; darunter Heizöl: -19 Prozent und Kraftstoffe: -8 Prozent). Aber auch Strom (-1,4 Prozent), Gas (-1,6 Prozent) und Fernwärme (-3,9 Prozent) wurden billiger.

Preiserhöhungen waren bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken festzustellen (+1,2 Prozent). Besonders

Kaffee, Tee und Kakao (+10 Prozent) sowie Gemüse (+9 Prozent) wurden merklich teurer. So lag beispielsweise der Preis für Bohnenkaffee 18 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Auch für Paprika (+26 Prozent) und Auberginen (+8,4 Prozent) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Tasche greifen.

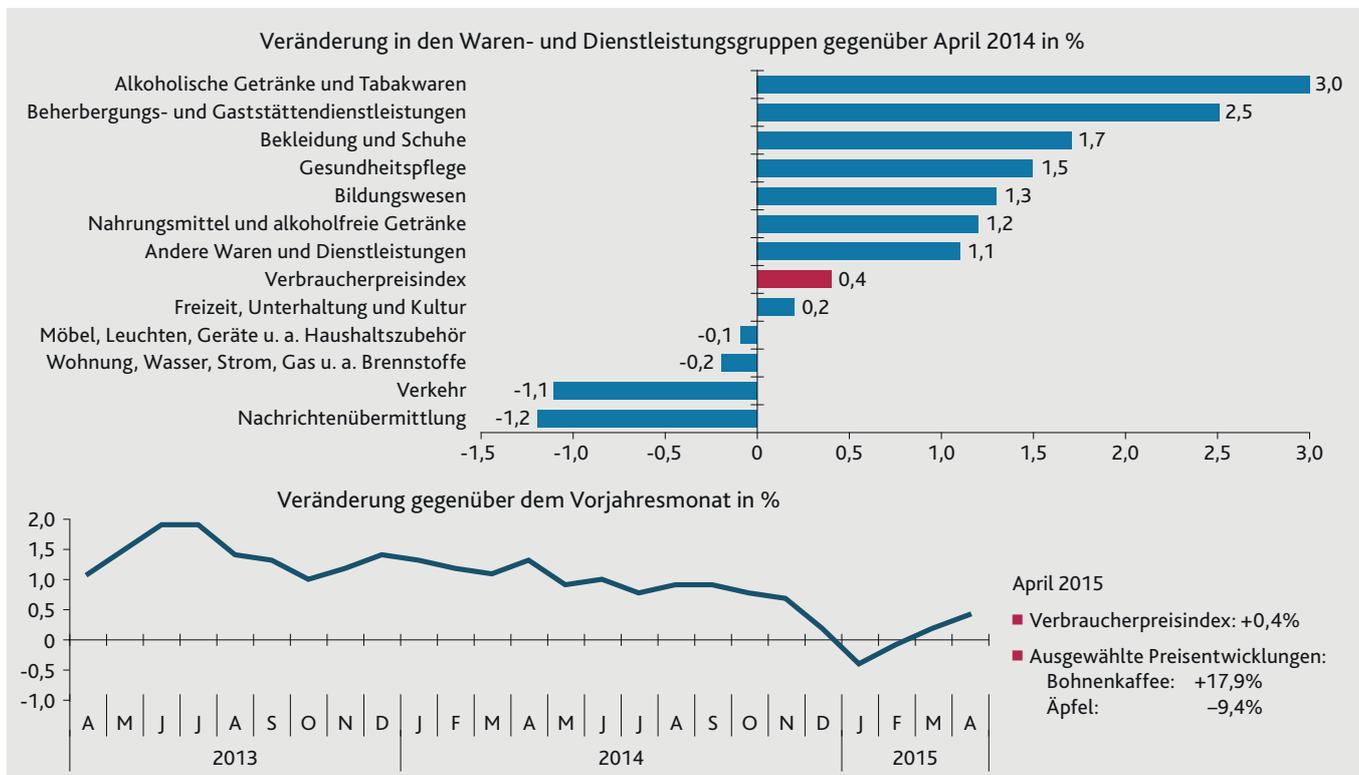
Im Vergleich zum Vormonat gaben die Verbraucherpreise um 0,1 Prozent nach. Saisonbedingte Preisrückgänge gab es in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-2,6 Prozent). Gegenüber März 2015 teurer wurden insbesondere Produkte in den Hauptgruppen „Verkehr“ (+0,7 Prozent; darunter: Kraftstoffe: +2 Prozent) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+0,5 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im April 2015



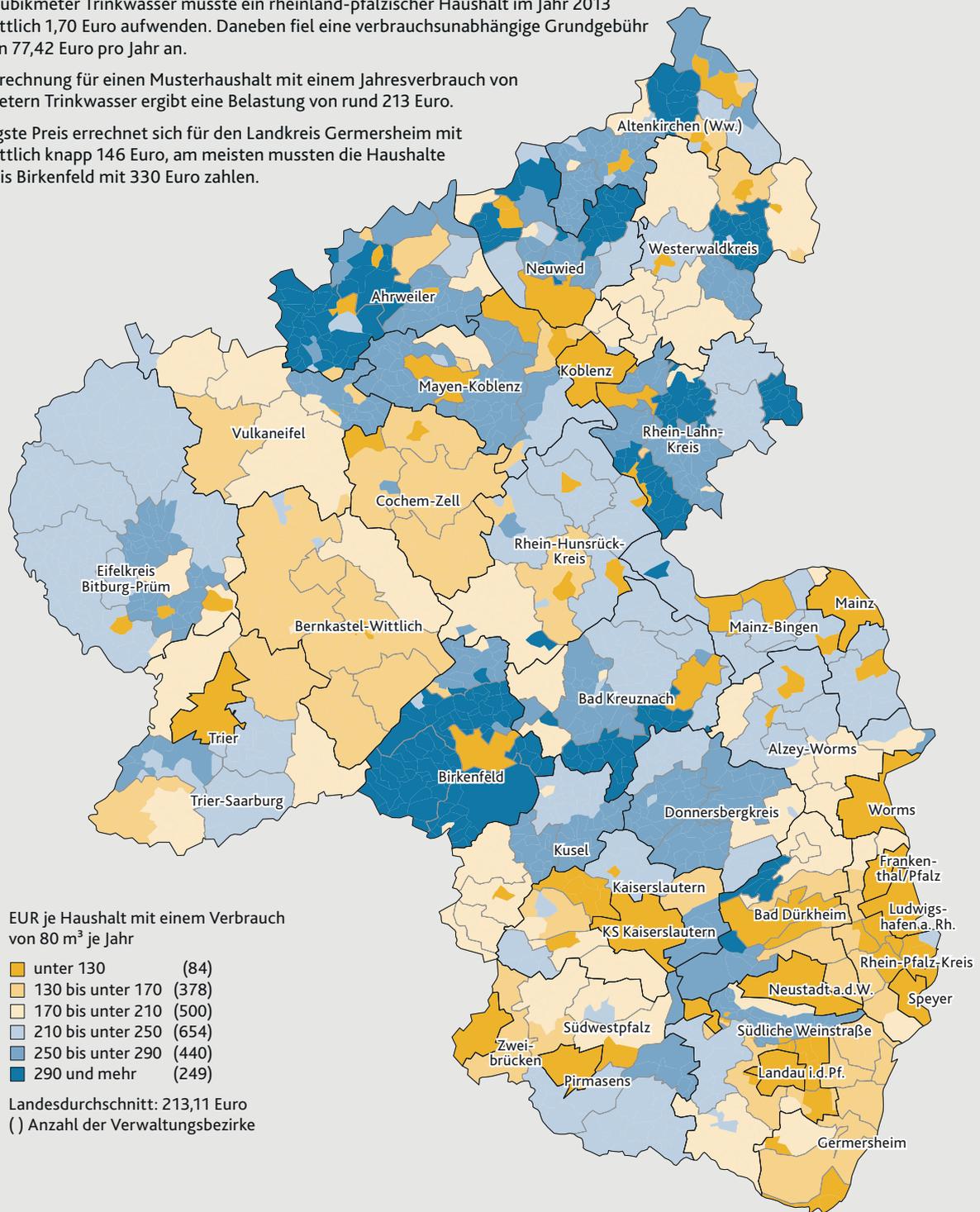
Trinkwasserentgelte 2013 nach Verwaltungsbezirken

Starke regionale Schwankungen bei den Trinkwasserpreisen

Für einen Kubikmeter Trinkwasser musste ein rheinland-pfälzischer Haushalt im Jahr 2013 durchschnittlich 1,70 Euro aufwenden. Daneben fiel eine verbrauchsunabhängige Grundgebühr in Höhe von 77,42 Euro pro Jahr an.

Die Modellrechnung für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 80 Kubikmetern Trinkwasser ergibt eine Belastung von rund 213 Euro.

Der günstigste Preis errechnet sich für den Landkreis Germersheim mit durchschnittlich knapp 146 Euro, am meisten mussten die Haushalte im Landkreis Birkenfeld mit 330 Euro zahlen.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014

Bruttoinlandsprodukt steigt um 1,1 Prozent

Von Dr. Annette Illy und Werner Kertels

Das Wirtschaftswachstum hat in Rheinland-Pfalz 2014 nach zwei schwächeren Jahren wieder an Dynamik gewonnen. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,1 Prozent. Dazu haben sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche beigetragen. Aus der Industrie kamen nur moderate Wachstumsimpulse. Im Vergleich zu Deutschland (+1,6 Prozent) verlief die Entwicklung allerdings unterdurchschnittlich. In jeweiligen Preisen nahm die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz um 2,7 Prozent auf 127,6 Milliarden Euro zu. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, ist aufgrund des deutlichen Anstiegs des Arbeitsvolumens gesunken.

Stärkeres Wirtschaftswachstum als in den Vorjahren

Bruttoinlandsprodukt steigt preisbereinigt um 1,1 Prozent

Das wirtschaftliche Wachstum hat im Berichtsjahr wieder Fahrt aufgenommen. Nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2012 nur um 0,7 Prozent gestiegen und 2013 sogar um 0,4 Prozent gesunken ist, nahm die Wirtschaftsleistung 2014

um 1,1 Prozent zu. Nach dieser ersten noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fiel das Wachstum in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich allerdings unterdurchschnittlich aus. In Deutschland und in den alten Ländern ohne Berlin erhöhte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt jeweils um 1,6 Prozent.

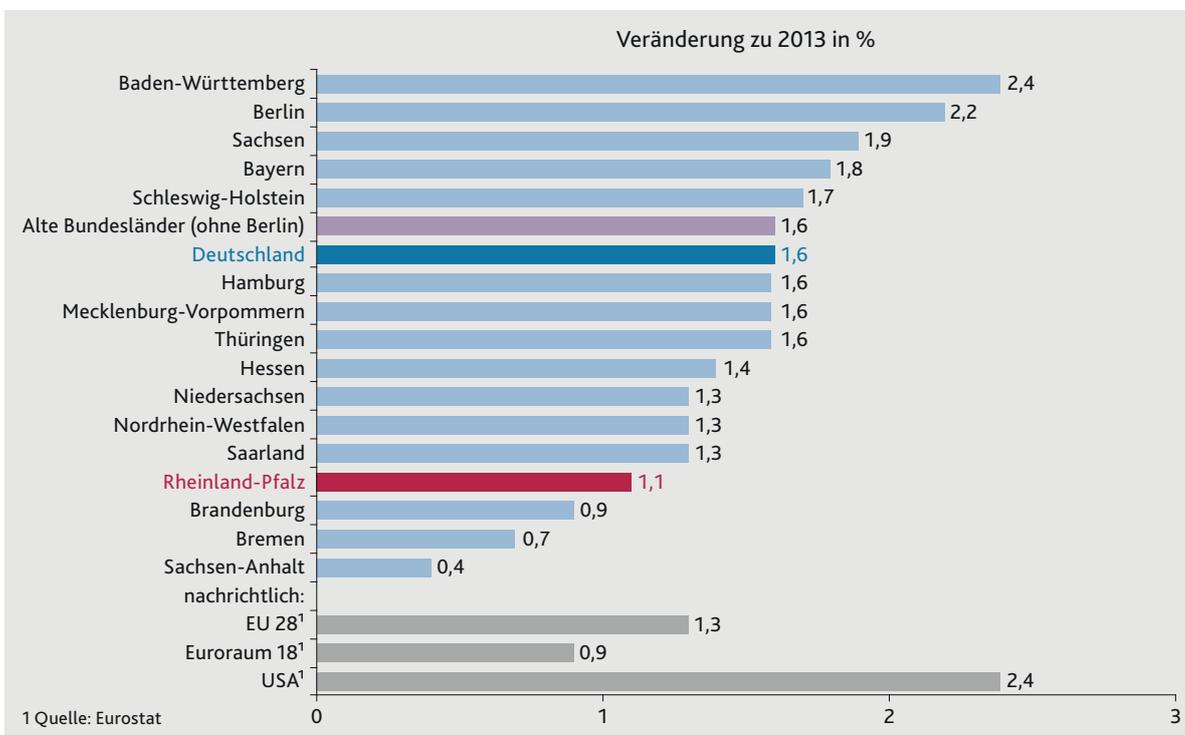
Hinweise zur Revision 2014

Im Rahmen von Revisionen werden die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überarbeitet, um neue Konzepte einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren und neue Datenquellen zu erschließen. Revisionen erfolgen in Abständen von etwa fünf bis zehn Jahren.

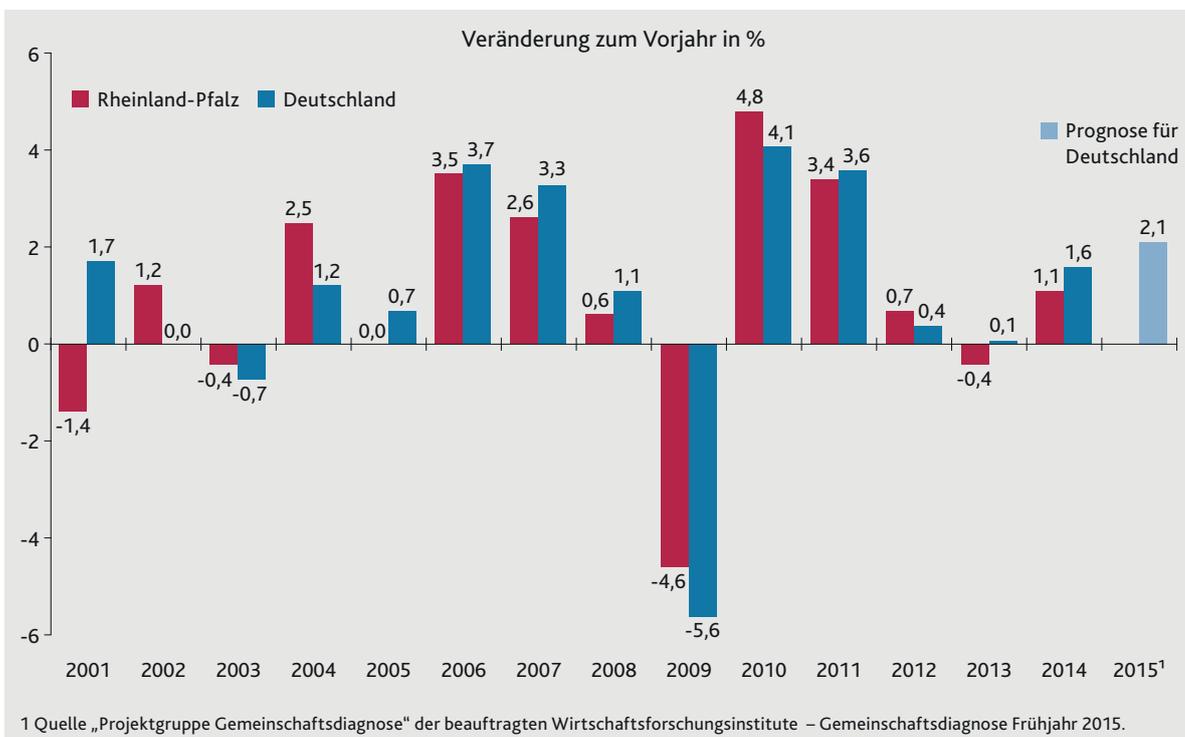
Die Revision 2014 diente in erster Linie der Implementierung des neuen „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG 2010). Die quantitativ bedeutsamsten konzeptionellen Neuerungen sind die geänderte Verbuchung von Forschungs- und Entwicklungsleistungen sowie von militärischen Waffensystemen als Investitionen. Bei den datenbedingten Änderungen sind insbesondere die Ergebnisse der im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführten Gebäude- und Wohnungszählung zu nennen, die für die Berechnung der Wertschöpfung aus Wohnungsvermietung genutzt werden.

Die hier nachgewiesenen Werte sind abgestimmt auf den Berechnungsstand Februar 2015 des Statistischen Bundesamtes. Derzeit liegen Ergebnisse der Revision 2014 zum Bruttoinlandsprodukt sowie zur Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen auf Länderebene für die Berichtsjahre 2000 bis 2014 vor.

G 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2014 nach Bundesländern



G 2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2001–2015



T 1

Bruttoinlandsprodukt 2014 nach Bundesländern

Land	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt	
	Mrd. EUR	Veränderung zu 2013 in %	Index: 2005=100	Veränderung zu 2013 in %
Baden-Württemberg	438,3	4,1	107,9	2,4
Bayern	521,9	3,5	109,6	1,8
Berlin	117,3	4,4	105,9	2,2
Brandenburg	61,9	2,6	102,1	0,9
Bremen	30,2	2,8	105,2	0,7
Hamburg	103,1	3,7	102,5	1,6
Hessen	250,5	3,2	103,8	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	38,5	3,1	101,7	1,6
Niedersachsen	253,6	2,8	106,4	1,3
Nordrhein-Westfalen	624,7	3,1	103,5	1,3
Rheinland-Pfalz	127,6	2,7	104,9	1,1
Saarland	33,5	3,0	103,5	1,3
Sachsen	108,7	3,8	106,5	1,9
Sachsen-Anhalt	55,6	1,7	100,4	0,4
Schleswig-Holstein	84,0	3,4	106,5	1,7
Thüringen	54,3	3,3	105,5	1,6
Deutschland	2 903,8	3,4	105,8	1,6
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 467,5	3,4	106,0	1,6
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	319,0	3,0	103,8	1,4

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2015 (Ergebnisse der Revision 2014).

Nominales
Bruttoinlands-
produkt
beträgt 127,6
Milliarden Euro

In jeweiligen Preisen stieg das Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr um 3,4 Milliarden Euro bzw. 2,7 Prozent auf 127,6 Milliarden Euro (Deutschland: +3,4 Prozent). Damit erwirtschaftete Rheinland-Pfalz 4,4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept).

Moderater Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe

Von der Industrie kamen nur moderate Wachstumsimpulse. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich preisbereinigt um ein Prozent und damit deutlich geringer als in Deutschland (+2,2 Prozent). Auch der Beitrag der Industrie zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts fiel mit knapp 0,3 Prozentpunkten unterdurchschnittlich aus (Deutschland: 0,5 Prozentpunkte). Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung liegt in Rheinland-Pfalz mit gut 25 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (22 Prozent).

Der Anstieg der Wertschöpfung in der Industrie ist vor allem auf die positive Entwicklung des Auslandsgeschäfts und sinkende Preise zurückzuführen. Während die Inlandsun-

Zunahme der
Wertschöpfung
im Verarbeiten-
den Gewerbe
um ein Prozent

T 2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt		
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	Mill. EUR	Veränderung zu 2013 in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	127 614	2,7	3,4	1,1	1,6
Bruttowertschöpfung insgesamt	114 780	2,8	3,4	1,0	1,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 511	-8,4	-7,2	1,7	5,8
Produzierendes Gewerbe	38 693	2,2	3,4	0,7	1,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	33 003	1,5	2,7	0,4	1,4
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	28 972	2,0	3,5	1,0	2,2
Baugewerbe	5 690	6,0	7,7	2,0	3,7
Dienstleistungsbereiche	74 577	3,3	3,5	1,2	1,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	20 427	2,3	3,0	1,0	1,6
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	25 887	2,9	3,6	0,9	1,4
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	28 262	4,5	4,0	1,6	1,1

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2015 (Ergebnisse der Revision 2014).

sätze in jeweiligen Preisen um 1,3 Prozent – und damit noch stärker als in den beiden Vorjahren – sanken, stiegen die Auslandserlöse um 2,8 Prozent. Da der Export in der rheinland-pfälzischen Industrie mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes ausmacht, konnte damit insgesamt ein Umsatzplus von 0,9 Prozent erreicht werden. Preisrückgänge in einigen Branchen sorgten dafür, dass der Zuwachs der preisbereinigten Bruttowertschöpfung sogar geringfügig höher ausfiel. Zur positiven Entwicklung des Auslandsgeschäfts trug vor allem die zunehmende Dynamik der Industrieproduktion außerhalb der EU bei.

Anstieg der Wertschöpfung im Baugewerbe um zwei Prozent

Etwas besser als im Verarbeitenden Gewerbe verlief die Entwicklung im Baugewerbe, das fünf Prozent zur gesamten Wertschöpfung beiträgt (Deutschland: 4,8 Prozent). Preisbereinigt nahm die Wertschöpfung um zwei Prozent zu (Deutschland: +3,7 Prozent), was einen Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten bedeutete. Sowohl im Bauhaupt- als auch im Ausbaugewerbe stiegen die

Umsätze im Berichtsjahr. Das Bauhauptgewerbe profitierte dabei u. a. vom milden Winter.

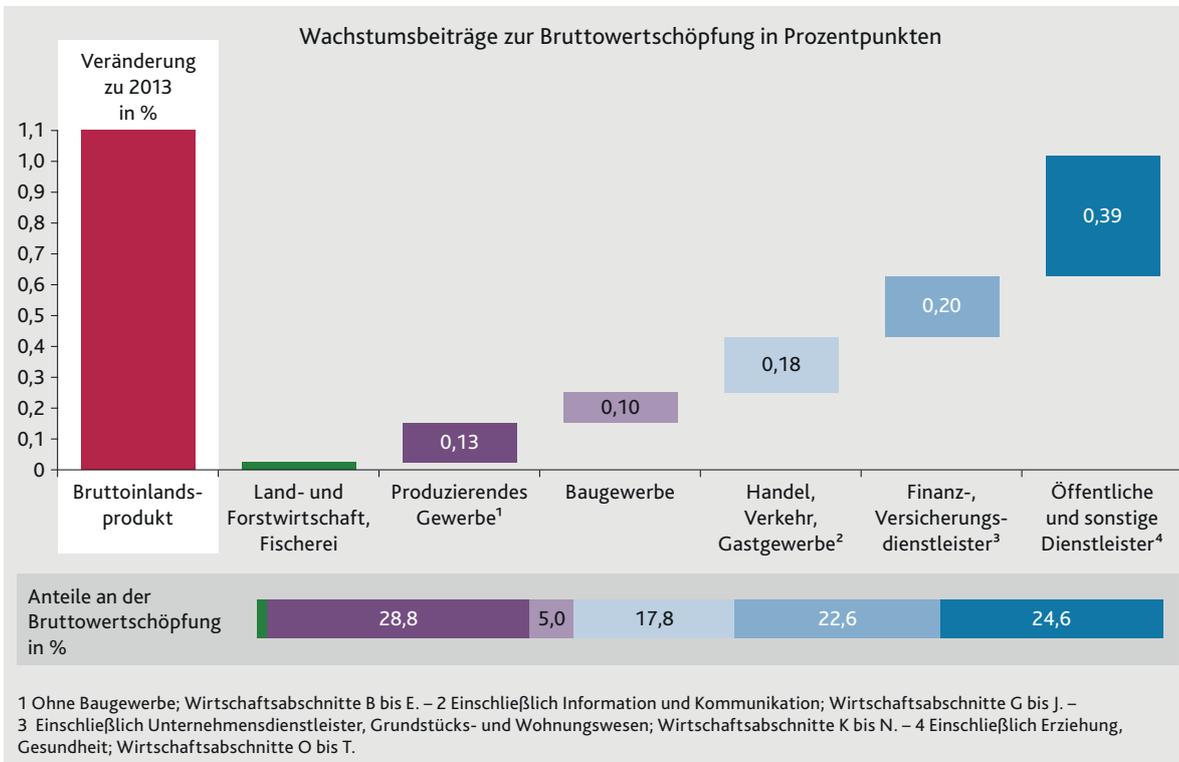
Insgesamt verzeichnete das Produzierende Gewerbe, das auch die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung sowie den in Rheinland-Pfalz relativ kleinen Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, einen Zuwachs der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,7 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Der Anteil des sekundären Sektors an der gesamten Bruttowertschöpfung betrug 34 Prozent (Deutschland: 31 Prozent).

Im primären Sektor nahm die Wertschöpfung überdurchschnittlich zu (+1,7 Prozent), aber deutlich weniger als in Deutschland (+5,8 Prozent). Mit 1,3 Prozent ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Wertschöpfung allerdings sehr gering (Deutschland: 0,8 Prozent). Zur sektoralen Wertschöpfung in Deutschland trägt Rheinland-Pfalz jedoch 7,5 Prozent bei.

Positive Entwicklung in der Land- und Forstwirtschaft

G 3

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche 2014



Nur in Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ist dieser Anteil aufgrund größerer landwirtschaftlicher Flächen noch höher. Der hohe rheinland-pfälzische Anteil erklärt sich durch die höhere Flächenproduktivität, insbesondere im Weinbau.

Auch in den Dienstleistungsbereichen steigt die Wertschöpfung

Aus den Dienstleistungsbereichen, die einen Anteil von 65 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung haben (Deutschland: 69 Prozent), kamen im Berichtsjahr ebenfalls positive Wachstumsimpulse. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung legte im tertiären Sektor um 1,2 Prozent zu (Deutschland: +1,4 Prozent) und trug damit knapp 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum bei.

Dazu leistete vor allem der mit einem Anteil von 25 Prozent größte Dienstleistungsbe- reich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ einen Beitrag. Die Bruttowertschöpfung stieg hier preisbereinigt um 1,6 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent). Maßgeblich trug dazu der größere der beiden Unterbereiche „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit einem Plus von 1,8 Prozent bei. Zurückzuführen ist das Wachstum in erster Linie auf den Bereich Gesundheits- und Sozialwesen, während die Entwicklung im Bereich Erziehung und insbesondere in der öffentlichen Verwaltung deutlich ungünstiger verlief. Im kleineren Unterbereich „Sonstige Dienstleister“ fiel der Zuwachs mit 0,8 Prozent geringer aus. Hierzu gehören beispielsweise künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken und Museen, Interessenvertretungen

„Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“: +1,6 Prozent

und kirchliche Vereinigungen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste.

„Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“:
+1 Prozent

Im kleineren Dienstleistungsbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (Wertschöpfungsanteil: 18 Prozent) verlief die Entwicklung hingegen unterdurchschnittlich. Die Wertschöpfung erhöhte sich preisbereinigt nur um ein Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent). Dies ist vor allem auf den Abschnitt „Information und Kommunikation“ zurückzuführen. Hier nahm die Wirtschaftsleistung um 1,1 Prozent ab. Im Bereich „Handel, Verkehr und Lagererei, Gastgewerbe“ stieg die Wertschöpfung dagegen um 1,6 Prozent und damit sogar geringfügig stärker als in Deutschland.

„Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“:
+0,9 Prozent

Am geringsten war die Zunahme der Bruttowertschöpfung im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (Wertschöpfungsanteil: 23 Prozent) mit +0,9 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Der größte Unterbereich, das Grundstücks- und Wohnungswesen, verzeichnete einen Zuwachs

von 1,3 Prozent. Ähnlich war die Entwicklung bei den Unternehmensdienstleistern mit einem Anstieg um 1,2 Prozent. Dagegen war die preisbereinigte Wertschöpfung der Finanz- und Versicherungsdienstleister mit -1,1 Prozent rückläufig.

Stundenproduktivität sinkt

Die Erwerbstätigkeit hat 2014 wie in den Vorjahren zugenommen. Mit 1,968 Millionen Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt wurde ein neuer Rekordwert erreicht. Gegenüber 2013 war dies ein Anstieg um 15 800 Erwerbstätige bzw. 0,8 Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent). Fast alle großen Wirtschaftsbereiche trugen zu diesem Anstieg bei. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe nahm die Beschäftigung um 1 100 Personen zu (+ 0,3 Prozent), im Baugewerbe um 1 700 Personen (+1,4 Prozent). Den höchsten Anstieg verzeichnete der Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (+8 600 Personen bzw. +1,8 Prozent). Auch

Erwerbstätigkeit nimmt um 0,8 Prozent zu

T 3

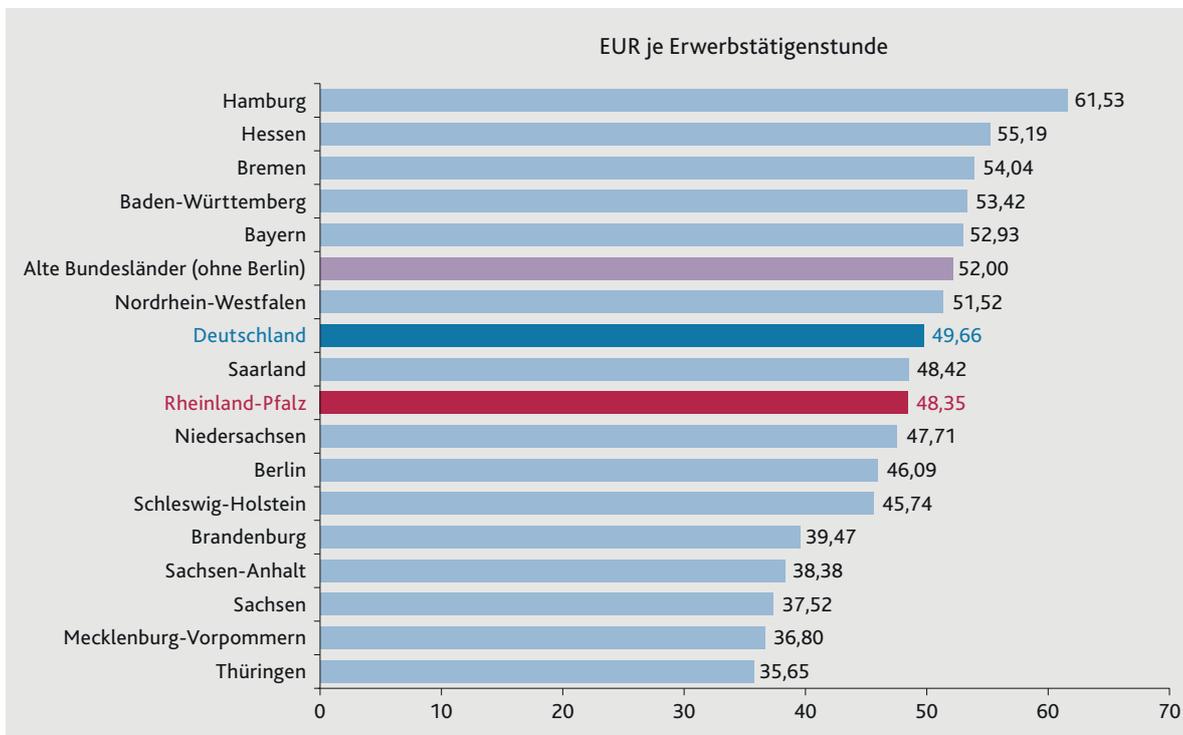
Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen		
	Rheinland-Pfalz	Deutschland		Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	1 000	Veränderung zu 2013 in %		Mill. Stunden	Veränderung zu 2013 in %	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	43,9	3,1	1,5	69,0	1,8	1,1
Produzierendes Gewerbe	512,1	0,6	0,4	762,1	2,5	1,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	389,3	0,3	0,3	563,6	2,4	1,5
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	365,1	0,4	0,4	526,7	2,5	1,6
Baugewerbe	122,8	1,4	0,7	198,5	2,6	1,2
Dienstleistungsbereiche	1 411,7	0,8	1,0	1 807,9	1,5	1,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	495,7	1,8	1,1	653,8	1,3	1,5
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	262,4	- 1,1	1,2	354,7	1,0	1,7
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	653,7	0,9	0,9	799,4	2,0	1,6
Insgesamt	1 967,7	0,8	0,9	2 639,1	1,8	1,5

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2015 (Ergebnisse der Revision 2014).

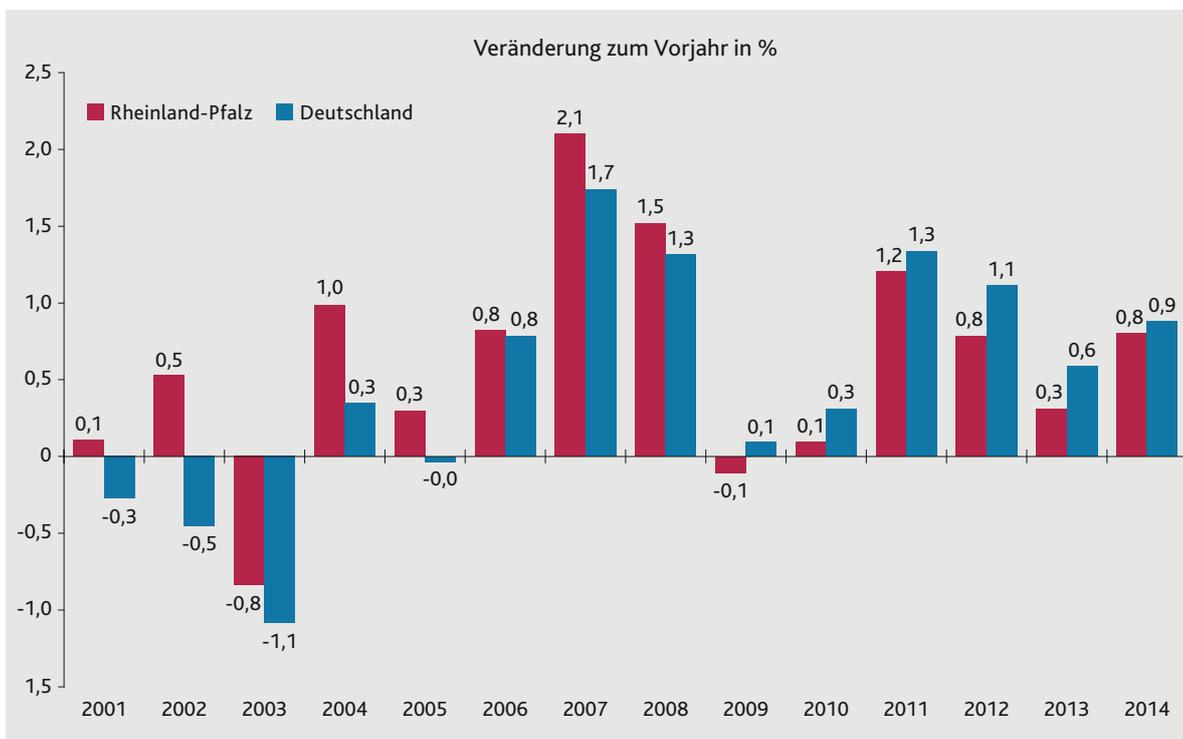
G 4

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2014 nach Bundesländern



G 5

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2001–2014



im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ waren 2014 mehr Personen tätig (+5 900 Personen bzw. +0,9 Prozent). Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ sank die Zahl der Erwerbstätigen hingegen um 2 800 (-1,1 Prozent). Die unterschiedliche Entwicklung in den Teilbereichen des Dienstleistungssektors wurde deutlich beeinflusst von Umstrukturierungen in der Beschäftigtenstatistik bei den geringfügig entlohnten und den kurzfristig Beschäftigten.

Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen um 0,3 Prozent

Da der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts etwas stärker ausfiel als der der Erwerbstätigenzahl, hat sich die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, erhöht. Für Rheinland-Pfalz ergab sich ein Zuwachs um 0,3 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger durchschnittlich rund 64 900 Euro (Deutschland: 68 100 Euro)

und damit gut 1 200 Euro bzw. 1,9 Prozent mehr als 2013 (Deutschland: +1 600 bzw. +2,5 Prozent).

Bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass Veränderungen des Arbeitsvolumens darin nicht berücksichtigt sind. Das Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst, hat als Bezugsgröße für die Produktivität des Faktors Arbeit eine höhere Aussagekraft als die Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere bei regionalen und intertemporalen Vergleichen. Das Arbeitsvolumen spiegelt im Gegensatz zur Zahl der Erwerbstätigen auch strukturelle Verschiebungen wie vermehrte Teilzeitbeschäftigung oder zunehmende geringfügige Beschäftigung wider.

Das Arbeitsvolumen hat 2014 deutlich zugenommen. Dies ist u. a. auf die gestiegene Zahl der Erwerbstätigen und einen zusätzlichen Arbeitstag zurückzuführen. Insgesamt wurden gut 2,6 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, das waren 47 Millionen Stunden

Arbeitsvolumen nimmt um 1,8 Prozent zu

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de.

bzw. 1,8 Prozent mehr als 2013 (Deutschland: +1,5 Prozent). Jeder Erwerbstätige arbeitete somit durchschnittlich 1 341 Stunden, 13 Stunden mehr als im Vorjahr. Das Arbeitsvolumen ist in allen Wirtschaftsbereichen gestiegen. Die höchste Zunahme verzeichneten das Baugewerbe mit einem Plus von 2,6 Prozent bzw. fünf Millionen Stunden und das Verarbeitende Gewerbe mit einem Plus von 2,5 Prozent bzw. knapp 13 Millionen Stunden. Am geringsten fiel der Anstieg im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ aus (+1 Prozent bzw. +3,4 Millionen Stunden), gefolgt vom Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (+1,3 Prozent bzw. +8,4 Millionen Stunden).

Rückgang des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde um 0,7 Prozent

Aufgrund des deutlichen Anstiegs des Arbeitsvolumens ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, im Gegensatz zur Pro-Kopf-Produktivität gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent gesunken (Deutschland: +0,1 Prozent). In jeweiligen Preisen wurden je Erwerbstätigenstunde 48,35 Euro erwirtschaftet (Deutschland: 49,66 Euro). Im Vergleich zu 2013 bedeutete dies einen Anstieg um 0,9 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent). Die Stundenproduktivität unterscheidet sich in den Wirtschaftsbereichen deutlich: Im Produzierenden Gewerbe lag sie mit 50,77 Euro je Erwerbstätigenstunde (Deutschland: 51,08 Euro) um 9,52 Euro über der Produktivität im Dienstleistungssektor (41,25 Euro, Deutschland: 42,93 Euro). Dabei ist zu beachten, dass in den Dienstleistungsbe- reichen der Teilbereich „Wohnungsvermierung“ enthalten ist, der die Aktivitäten aller Wirtschaftssubjekte zusammenfasst, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung

von Wohnungen erstrecken. Die Arbeitsproduktivität ist in diesem Bereich sehr hoch. In der Land- und Forstwirtschaft wurden je Stunde durchschnittlich nur 21,89 Euro erwirtschaftet (Deutschland: 18,49 Euro).

Die Arbeitnehmerentgelte, die sämtliche Geld- und Sachleistungen umfassen, die den Beschäftigten aus den Arbeits- oder Dienstverhältnissen zufließen (einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber), sind um 3,9 Prozent gestiegen (Deutschland: +3,7 Prozent). Je Arbeitnehmer bedeutete dies ein Plus von 2,8 Prozent (Deutschland: +2,5 Prozent). Das Entgelt je geleisteter Arbeitsstunde (Lohnkosten) erhöhte sich durchschnittlich um 1,6 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Da die Lohnkosten somit stärker zugenommen haben als die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen, sind die Lohnstückkosten im Berichtsjahr weiter gestiegen.

Lohnstückkosten steigen weiter

Auch in der Industrie wurden 2014 höhere Arbeitnehmerentgelte gezahlt (+3,5 Prozent, Deutschland: +3,3 Prozent). Der Anstieg je Arbeitnehmer fiel mit einem Plus von drei Prozent sogar noch etwas höher aus als in der Wirtschaft insgesamt (Deutschland: +2,8 Prozent). Je geleisteter Arbeitsstunde nahmen die Arbeitnehmerentgelte allerdings nur um 0,7 Prozent zu (Deutschland: +1,4 Prozent). Da die nominale Stundenproduktivität 2014 rückläufig war (-0,5 Prozent, Deutschland: +1,9 Prozent), ist auch in der Industrie ein weiterer Anstieg der Lohnstückkosten zu verzeichnen.

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt“. Dr. Anette Illy ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in diesem Referat.

Ausgabe N° 34 der Reihe „Statistische Analysen“

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2014 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014“. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden die Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen sowie die Themenbereiche „Preise“, „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt“ sowie „Außenhandel“ aus der Analyse vorgestellt.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/stat_analysen/wirtschaft/jw2014.pdf zur Verfügung. Anhangtabellen zu dieser Analyse finden Sie unter www.statistik.rlp.de/stat_analysen/wirtschaft/jw2014_tabellenanhang.pdf.

Die Printausgabe kann zum Preis von 10 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen:



Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15

Zahl der Kinder im Primarbereich erstmals seit 15 Jahren wieder leicht steigend



Von Bettina Link

Umfassende Informationen zu Schulen, Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie pädagogischem Personal werden jährlich zu Beginn eines jeden Schuljahres an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erfragt. Das Erhebungsprogramm orientiert sich dabei zum einen an Vorgaben der Kultusministerkonferenz und zum anderen am landesspezifischen Informationsbedarf. Die aus der Schulstatistik ermittelten Daten sind eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und Planungen. Sie werden zudem intensiv in der Bildungsforschung genutzt und nicht zuletzt auch für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

Gesamtschülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit zehn Jahren rückläufig

Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt weiter

Im aktuellen Schuljahr 2014/15 besuchen 418 512 Schülerinnen und Schüler die 1 510 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das sind 5 276 Kinder und Jugendliche weniger als ein Jahr zuvor (-1,2 Prozent).

Das Schuljahr 2014/15 ist damit bereits das elfte in Folge, in dem sinkende Gesamtschülerzahlen zu verzeichnen sind. Die Ursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter. Dieser resultiert aus den über Jahre niedrigen

Geburtenzahlen, die nicht zuletzt auf die zunehmend schwächer besetzten Elternjahrgänge zurückgeführt werden können. In den letzten beiden Jahren waren bei der Zahl der Einschulungen zwar erstmals wieder Zuwächse festzustellen, diese sind jedoch auf Zuzüge zurückzuführen.

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Schülerzahlen im Schuljahr 2014/15 unterschiedlich. Während der Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) erstmals seit Ende der 90er-Jahre wieder Zuwächse verzeichnete, schritt der Schülerrückgang im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) weiter fort. In der Sekundarstufe II (Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13)¹ konnten nun bereits zum zweiten Mal in Folge wieder

Mehr Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II

¹ Seit 2013/14 auch Jahrgangsstufe 10 an achtjährigen Gymnasien (G8-GTS).

T 1

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2014/15 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	%						
Schulkindergärten ¹	228	-89	-28,1	84	36,8	144	63,2	.	.
Grundschulen	133 707	687	0,5	64 715	48,4	68 992	51,6	30 755	23,0
Hauptschulen	476	-85	-15,2	189	39,7	287	60,3	18	3,8
Realschulen	4 187	-371	-8,1	3 135	74,9	1 052	25,1	114	2,7
Realschulen plus	88 636	-4 947	-5,3	40 028	45,2	48 608	54,8	16 071	18,1
Gymnasien	133 757	-1 641	-1,2	71 036	53,1	62 721	46,9	8 827	6,6
Integrierte Gesamtschulen	39 769	1 261	3,3	19 285	48,5	20 484	51,5	4 783	12,0
Freie Waldorfschulen	2 454	-47	-1,9	1 293	52,7	1 161	47,3	46	1,9
Kollegs und Abendgymnasien	684	-32	-4,5	305	44,6	379	55,4	52	7,6
Förderschulen	14 614	-12	-0,1	5 205	35,6	9 409	64,4	1 885	12,9
Insgesamt	418 512	-5 276	-1,2	205 275	49,0	213 237	51,0	62 551	15,0

¹ Daten zum Migrationshintergrund werden an Schulkindergärten nicht erhoben.

steigende Schülerzahlen beobachtet werden. Hintergrund hierfür ist zum einen die noch relativ starke Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung. Zum anderen werden die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II auch durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie durch individuelle Bildungsentscheidungen bestimmt. Insbesondere der anhaltende Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen wirkt dem Schülerrückgang in der Oberstufe entgegen. Wie im Folgenden erläutert wird, hat auch die Einführung des achtjährigen Gymnasiums Einfluss auf die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schulstufen.

Wieder mehr Einschulungen

Im August 2014 wurden 34 502 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult.² Die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger lag um 3,8 Prozent über dem

Wert des Vorjahres. Damit stieg die über Jahre rückläufige Zahl der Einschulungen wie schon 2013 wieder an. Der Anstieg dürfte vor allem auf Zuzüge zurückzuführen sein.

Der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen stieg zum Schuljahr 2014/15 leicht auf 4,2 Prozent. Der Anteilswert der vorzeitigen Einschulungen lag ebenfalls bei 4,2 Prozent. Mit einem Anteil von 92 Prozent wurde die Mehrheit der Kinder regulär eingeschult.

Gut vier Prozent aller Einschulungen vorzeitig

Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

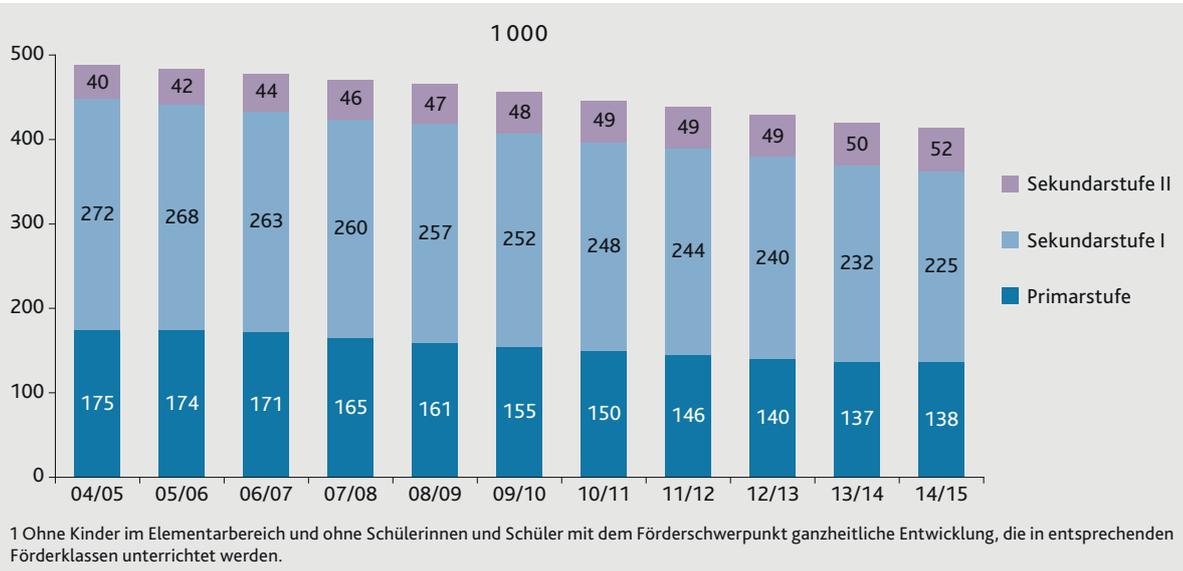
- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland,
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

Sozioökonomische Charakteristika der Familie, wie etwa das Bildungsniveau, der berufliche Status oder die finanzielle Situation der Eltern werden im Rahmen der amtlichen Schulstatistik nicht erhoben.

² Einschließlich wiederholte Einschulungen.

G 1

Schülerinnen und Schüler¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2004/05–2014/15 nach Schulstufen



Kinder mit Migrationshintergrund häufiger verspätet eingeschult

Schon bei der Einschulung zeigen sich Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. So lag, ähnlich wie in den Vorjahren, der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund über dem Durchschnitt (sechs Prozent). Auch fiel bei diesen Kindern der Anteil der vorzeitigen Einschulungen (3,3 Prozent) geringer aus.

Wie im Folgenden gezeigt wird, ziehen sich diese Unterschiede durch die gesamte weitere schulische Laufbahn. Insbesondere Kinder, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, werden häufiger nicht versetzt, wechseln seltener auf ein Gymnasium und erlangen seltener die Hochschulreife.

Ähnliches gilt, wenn auch in geringerem Maße, für Jungen. Auch sie werden häufiger

T 2

Schulanfänger/-innen 2004–2014 nach Einschulungsart und Schulart

Einschulungs-jahr	Ins-gesamt	Grundschulen							Freie Waldorf-schulen	Förder-schulen
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet ¹			
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094
2010	34 541	33 391	1 758	5,3	30 001	89,8	1 632	4,9	166	984
2011	33 833	32 723	1 588	4,9	29 716	90,8	1 419	4,3	158	952
2012	32 722	31 536	1 497	4,7	28 651	90,9	1 388	4,4	180	1 006
2013	33 249	32 065	1 358	4,2	29 404	91,7	1 303	4,1	173	1 011
2014	34 502	33 377	1 408	4,2	30 574	91,6	1 395	4,2	184	941

¹ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

T 3

Schulanfänger/-innen an Grundschulen 2014 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	30 574	91,6	14 775	91,6	15 799	91,6	6 800	90,8
Verspätet ¹	1 395	4,2	494	3,1	901	5,2	446	6,0
Vorzeitig	1 408	4,2	855	5,3	553	3,2	244	3,3
Insgesamt	33 377	100	16 124	100	17 253	100	7 490	100

¹ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

verspätet und seltener vorzeitig eingeschult und durchlaufen das schulische Bildungssystem im Durchschnitt etwas weniger erfolgreich als ihre Mitschülerinnen.

Weniger Kinder besuchen einen Schulkindergarten

Ein anhaltender Rückgang ist bei den Schulkindergärten zu verzeichnen (–28 Prozent). Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife zurückgestellte – Kinder auf den Schulbesuch vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schulkindergärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden.

Mehr Grundschülerinnen und Grundschüler

Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Derzeit besuchen 137 755 Kinder diesen Bildungsabschnitt. Das sind 0,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Gut 97 Prozent der Primarstufenschülerinnen und -schüler lernen an einer Grundschule. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Realschulen plus geführt. Darüber hinaus gibt es noch zwei

private Schulen, an denen eine Grundschule mit einer Hauptschule verbunden ist.

Geänderte Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und umfasst die Klassenstufen 5 bis 10. In diesem Ausbildungsabschnitt soll allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung vermittelt werden. In den verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der neunten Klasse die Berufsreife (früher: Hauptschulabschluss) und nach dem erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse der qualifizierte Sekundarabschluss I (früher: mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Seit dem Jahr 2009 kam es im Sekundarbereich I zu umfassenden Änderungen der Schulstruktur. Mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ wurde zum Schuljahr 2009/10 die Realschule plus eingeführt, die bereits im Einführungsjahr an die Stelle der bisherigen Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen trat und im Schuljahr 2013/14 auch die Haupt- und Realschulen nahezu vollständig ablöste.

T 4

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2014/15 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	13 685	41,0	6 858	42,7	6 827	39,3	1 050	26,0
Integrierte Gesamtschulen	5 954	17,8	2 789	17,4	3 165	18,2	827	20,5
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	2 613	7,8	1 337	8,3	1 276	7,4	166	4,1
Realschulen plus	10 500	31,4	4 636	28,9	5 864	33,8	1 935	48,0
Realschulen	417	1,2	321	2,0	96	0,6	16	0,4
Hauptschulen	9	0,0	2	0,0	7	0,0	0	0,0
Freie Waldorfschulen	12	0,0	8	0,0	4	0,0	0	0,0
Förderschulen	218	0,7	102	0,6	116	0,7	41	1,0
Insgesamt	33 408	100	16 053	100	17 355	100	4 035	100

¹ Aus der Zugangsstatistik des Schuljahres 2013/14.

Fachoberschulen an Realschulen plus führen nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife

Die Neuordnung der Schullandschaft war zum einen eine Reaktion auf den Akzeptanzverlust der Hauptschulen. Sie soll zum anderem dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde zum Schuljahr 2011/12 die Möglichkeit geschaffen, der Realschule plus – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – eine Fachoberschule anzugliedern. Dieser berufsbildende Bildungsgang führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhochschulreife, der Studienberechtigung für die Fachhochschule. Die Ausbildung an der Fachoberschule umfasst neben dem schulischen Unterricht auch einen fachpraktischen Teil: So absolvieren die Schülerinnen und Schüler in ihrem ersten Schuljahr an jeweils drei Tagen der Woche ein berufliches Praktikum. Zurzeit ist an 30 Realschulen plus eine Fachoberschule angeschlossen.

Gymnasien weiterhin beliebteste Schulart

41 Prozent der Kinder wechseln von der Grundschule auf ein Gymnasium

Zum Schuljahr 2014/15 wechselten 33 408 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die fünfte Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Vier von zehn setzen ihre Schullaufbahn an einem

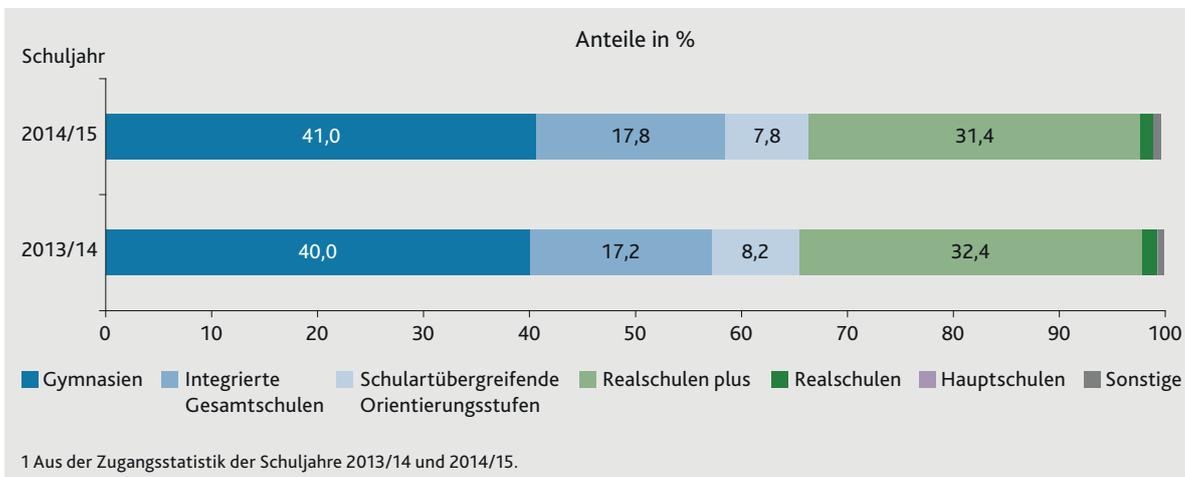
Gymnasium fort (41 Prozent). Damit ist das Gymnasium auch im Schuljahr 2014/15 die beliebteste Schulart. Fast jedes dritte Kind wechselte in die fünfte Klassenstufe einer Realschule plus (31 Prozent). Der Anteil der Realschulen plus ist damit etwas geringer als im Vorjahr (-1 Prozentpunkt). Leichte Zuwächse verzeichnen die 55 Integrierten Gesamtschulen. Sie nahmen 18 Prozent der Grundschulabsolventinnen und -absolventen auf (+0,6 Prozentpunkte). Ebenfalls nur geringe Veränderungen gab es bei den Anteilen der Grundschülerinnen und -schüler, die auf Freie Waldorfschulen und Förderschulen (zusammen 0,7 Prozent) wechselten. Lediglich noch 1,3 Prozent der Schülerinnen

Schullaufbahneempfehlung

In Rheinland-Pfalz erhalten Kinder zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Ihnen werden, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Diese Empfehlung ist nicht bindend, sodass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

G 2

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen der Schuljahre 2013/14 und 2014/15



und Schüler begannen den neuen Bildungsabschnitt an den verbliebenen Haupt- und Realschulen (-0,2 Prozentpunkte).

Weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I

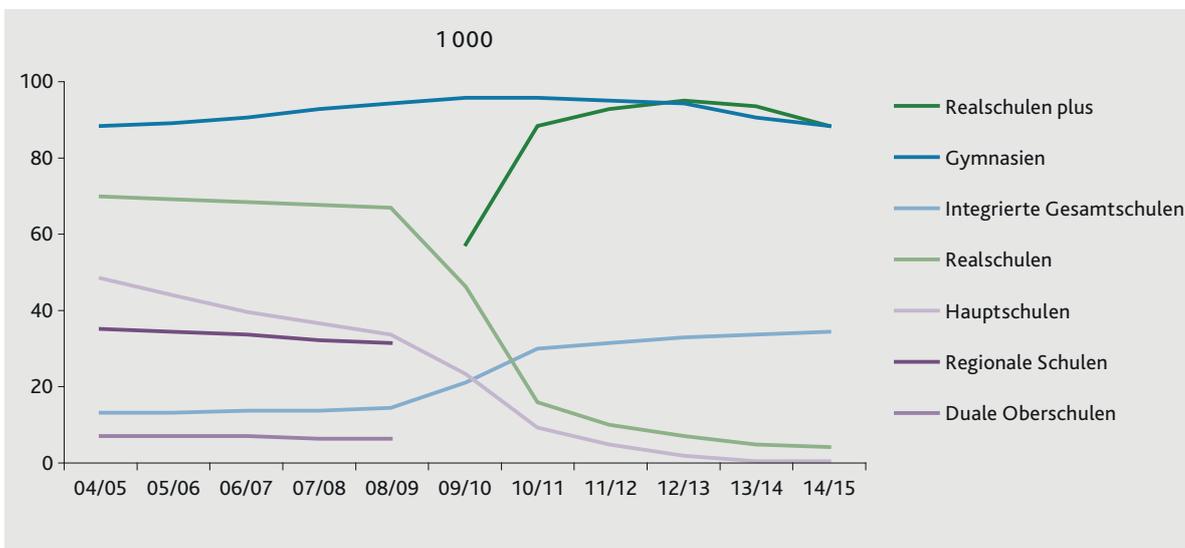
Derzeit besuchen 224 712 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I. Das sind 3,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Innerhalb der letzten zehn Jahre gab es deutliche Verschiebungen bei der Verteilung der Schülerschaft auf die einzelnen Schularten. Diese sind zum einen durch die Schulstrukturreform des Jahres 2009 bedingt. Sie

Kinder mit Migrationshintergrund wechseln seltener auf Gymnasien

Kinder mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihrem Übergangsverhalten auch im Jahr 2014 von dem der Gesamtschülerschaft. So wechselten sie deutlich häufiger auf eine Realschule plus (48 Prozent) und sehr viel seltener auf ein Gymnasium (26 Prozent).

G 3

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in den Schuljahren 2004/05–2014/15 nach ausgewählten Schularten



T 5

Schüler/-innen der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2014/15 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund		Zum Vergleich Schuljahr 2012/13	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anteil in %
Gymnasien	14 680	37,2	7 713	40,5	6 967	34,0	900	18,3	15 228	37,2
Integrierte Gesamtschulen	6 178	15,6	2 908	15,3	3 270	16,0	722	14,7	5 977	14,6
Realschulen plus	16 238	41,1	7 267	38,2	8 971	43,8	3 089	62,7	17 221	42,0
Realschulen	699	1,8	519	2,7	180	0,9	17	0,3	773	1,9
Hauptschulen	106	0,3	43	0,2	63	0,3	4	0,1	110	0,3
Förderschulen	1 406	3,6	488	2,6	918	4,5	188	3,8	1 438	3,5
Freie Waldorfschulen	195	0,5	96	0,5	99	0,5	3	0,1	211	0,5
Insgesamt	39 502	100	19 034	100	20 468	100	4 923	100	40 958	100

sind zudem das Ergebnis einer steigenden Präferenz für jene Schulen, die zum Abitur führen. Von dieser Entwicklung profitierten insbesondere Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen.

41 Prozent aller Achtklässler besuchen eine Realschule plus

Die strukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I werden deutlich anhand der Verteilung der Schülerschaft in der achten Klassenstufe. So besuchen im laufenden Schuljahr 41 Prozent aller Achtklässler eine Realschule plus. Lediglich noch zwei Prozent der Schülerinnen und Schüler werden an einer Haupt- oder Realschule unterrichtet. Mehr als die Hälfte der Achtklässler besucht ein Gymnasium oder eine Integrierte Gesamtschule.

Kinder mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert

Bei Kindern mit Migrationshintergrund lassen sich die bereits beim Übergangsverhalten zu beobachtenden Unterschiede bezüglich der Schulwahl auch in der achten Klassenstufe feststellen. Sie besuchen im Vergleich zur Gesamtschülerschaft überdurchschnittlich häufig eine Realschule plus (63 Prozent) und relativ selten ein Gymnasium (18 Prozent).

Integrierte Gesamtschulen gewinnen auch im Sekundarbereich II an Bedeutung

Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II in der Regel auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Diese verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife.

Mehr Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe

Die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II sind zum Schuljahr 2014/15 gestiegen. Derzeit lernen dort 51 711 Jugendliche und damit 1 481 mehr als ein Jahr zuvor (+2,9 Prozent). Ursächlich für den Anstieg in der Oberstufe sind sowohl die verhältnismäßig stark besetzten Bevölkerungsjahrgänge der zurzeit 16- bis 18-Jährigen, aber auch der wachsende Anteil von Schülerinnen und Schülern, die die Studienberechtigung anstreben. Zudem gibt es seit dem letzten Schuljahr Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe zehn an achtjährigen Gymnasien (G8-GTS). Diese 1 115 Zehntklässlerinnen und Zehntklässler werden – anders

G 4

Ganztagsschülerinnen und -schüler¹ in den Schuljahren 2005/06–2014/15 nach Angebotsart

als bei den übrigen Schularten – nicht zum Sekundarbereich I gezählt, sondern der Sekundarstufe II zugeordnet.³

Die meisten Oberschülerinnen und Oberschüler des Schuljahres 2014/15 besuchen die Sekundarstufe II eines Gymnasiums (45 542) oder einer Integrierten Gesamtschule (5 016). Weitere 1 153 werden an einer Freien Waldorfschule, einem Kolleg oder Abendgymnasium unterrichtet.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule besuchen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Er liegt mittlerweile bei zehn Prozent.

Über 83 600 Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

Im Jahr 2001 startete die rheinland-pfälzische Landesregierung ein Ganztagsschulprogramm mit dem Ziel, die Ganztagsbetreuung auszubauen. Hintergrund hierfür

war das Bestreben, die Bildung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft besser fördern zu können. Zudem sollte durch die Erweiterung der Ganztagsangebote auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Der Ausbau der Ganztagsangebote in Rheinland-Pfalz wurde zudem finanziell durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützt.

Die Teilnahme an den schulischen Ganztagsangeboten wuchs in den letzten neun Jahren deutlich. Im laufenden Schuljahr 2014/15 nutzen 83 614 Schülerinnen und Schüler ein solches Angebot. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung des Merkmals. Insgesamt beträgt der Ganztagschüleranteil im laufenden Schuljahr 20 Prozent (2005/06: 8,8 Prozent).

Die zahlenmäßig größte Bedeutung hat die Ganztagsbetreuung in Angebotsform. Insgesamt gut 15 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nehmen derzeit daran teil. Das

Ganztagsangebote sollen auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern

20 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nutzen schulische Ganztagsangebote

³ Ohne den G8-Effekt läge die Rate der Veränderung zum Vorjahr in der Sekundarstufe II bei +2,5 Prozent und in der Sekundarstufe I bei –3,1 Prozent.

T 6

Schüler/-innen 2013/14 nach Teilnahme am Ganztagsangebot, Schulstufe und Angebotsart

Schulstufe	Insgesamt	Darunter: Teilnahme am Ganztagsangebot		Davon					
				Angebotsform		verpflichtende Form		offene Form	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Primarstufe	137 755	31 803	23,1	28 850	20,9	2 392	1,7	561	0,4
Sekundarstufe I	225 827	45 674	20,2	34 730	15,4	10 608	4,7	336	0,1
Sekundarstufe II	50 596	2 067	4,1	231	0,5	1 539	3,0	297	0,6
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 106	4 070	99,1	40	1,0	4 030	98,1	-	-
Insgesamt	418 284	83 614	20,0	63 851	15,3	18 569	4,4	1 194	0,3

Ganztagschule in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule.

Die **Ganztagschule in Angebotsform** bietet ein Ganztagsangebot von 8:00 bis 16:00 Uhr an mindestens vier Tagen pro Woche. Die Teilnahme ist frei wählbar, aber nach erfolgter Anmeldung bindend.

Bei **Ganztagschulen in verpflichtender Form** erstreckt sich der Unterricht auf die Vormittage und in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Die Teilnahme am Ganztagsangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.

Die **Ganztagschule in offener Form** legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an, die vom Schulträger bereitgestellt wird.

Betreuende Grundschulen

Darüber hinaus existieren an vielen Grundschulen vor und nach dem Unterricht freiwillige Betreuungsgruppen. Diese werden – bei entsprechender Nachfrage – vor Ort von den Schulträgern, den Fördervereinen oder anderen Trägern organisiert und teilweise vom Land bezuschusst.

Ganztagsangebot in verpflichtender Form wird von 4,4 Prozent und das Ganztagsangebot in offener Form von 0,3 Prozent aller Schülerinnen und Schüler genutzt.

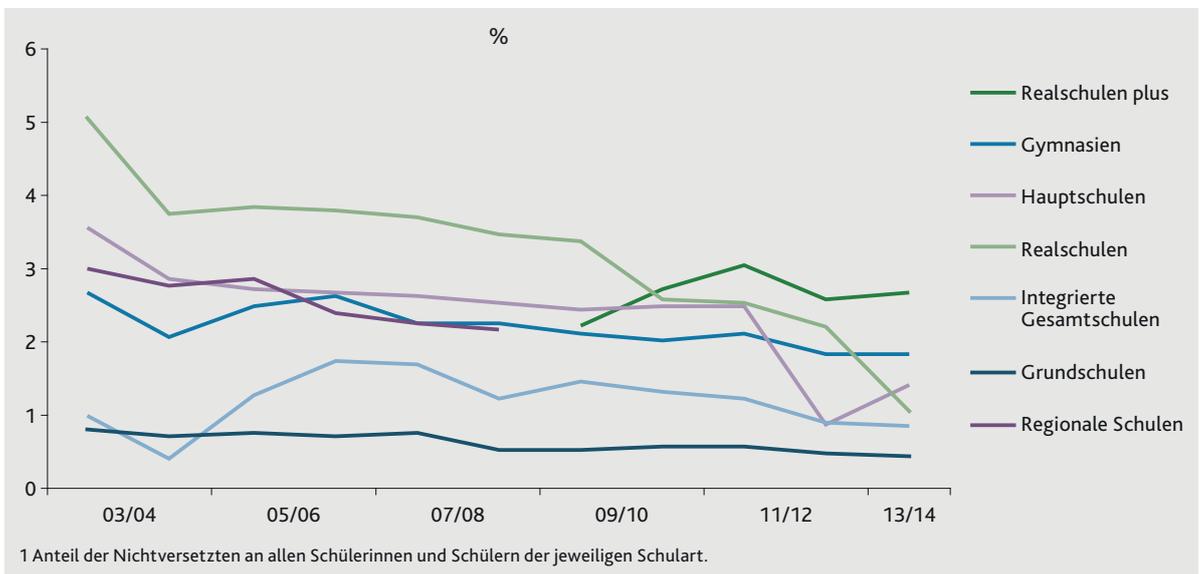
Die Inanspruchnahme ist in den einzelnen Schulstufen teilweise unterschiedlich. Zwischen dem Primarbereich (23 Prozent) und dem Sekundarbereich I (20 Prozent) gibt es kaum Differenzen. Dabei kommt den im Sekundarbereich I seit dem Schuljahr 2008/09 bestehenden G8-Gymnasien (G8GTS) eine besondere Bedeutung zu, da die in dieser Schulart angebotene Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre ab Klassenstufe sieben ausschließlich in Form einer verpflichtenden Ganztagschule erfolgt. Im Sekundarbereich II, in dem Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren unterrichtet werden, hat das Ganztagsangebot mit einer Teilnahmequote von 4,1 Prozent eine geringere Bedeutung, zumal in der Oberstufe durch den üblichen Nachmittagsunterricht weniger Bedarf an Ganztagsangeboten besteht.

23 Prozent der Kinder im Grundschulbereich nehmen Ganztagsangebote wahr

Anteil der Nichtversetzten rückläufig

Schon seit längerem wird die Praxis des „Sitzenbleibens“ in der Wissenschaft und der Bildungspolitik kritisch hinterfragt. Dies gilt sowohl mit Blick auf den mit dieser

G 5 Nichtversetztenquote¹ an ausgewählten Schularten in den Schuljahren 2003/04–2013/14



Maßnahme verbundenen pädagogischen Effekt als auch im Hinblick auf die Kosten. Führende Bildungsverantwortliche halten Nichtversetzungen daher lediglich in Ausnahme- und Einzelfällen für angebracht. Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren insgesamt zu einem Rückgang der Nichtversetztenquoten auf zuletzt 1,5 Prozent im Schuljahr 2012/13. Im Schuljahr 2013/14 fiel die Quote weiter auf 1,4 Prozent.

Am häufigsten verfehlten Schülerinnen und Schüler der Realschule plus das Klassenziel. Am seltensten verblieben Grundschülerinnen und Grundschüler in derselben Klassenstufe.

Nichtversetzungen an Realschulen plus am häufigsten

Vergleichsweise häufig waren es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt wurden.

Jungen werden häufiger nicht versetzt als Mädchen

Sonderpädagogische Förderung auch an Regelschulen

Bei etwa fünf Prozent aller Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2014/15 liegt ein

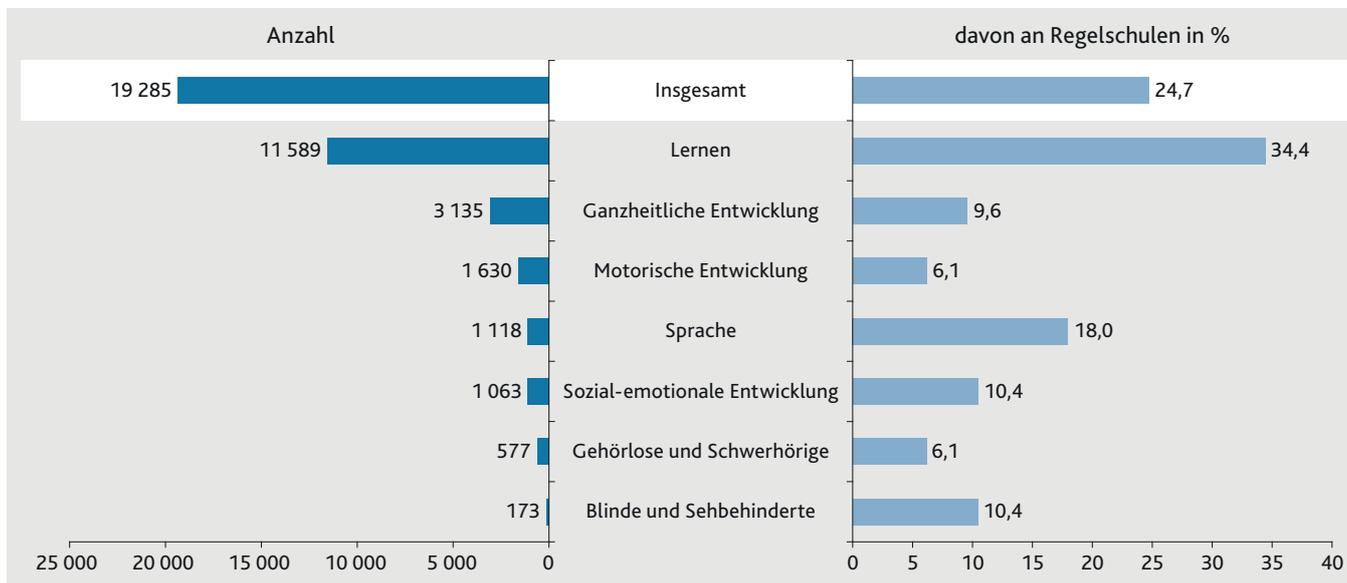
T 7 Nichtversetzte im Schuljahr 2013/14 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %
Primarstufe	588	0,4	250	0,4	338	0,5	248	0,9
Sekundarstufe I	4 274	1,8	1 461	1,3	2 813	2,4	855	3,3
Sekundarstufe II ²	1 140	2,3	480	1,7	660	2,9	139	4,4
Insgesamt	6 002	1,4	2 191	1,1	3 811	1,8	1 242	2,1

1 Anteil der Nichtversetzten in der betrachteten Schülergruppe an allen Schülerinnen und Schülern dieser Gruppe. – 2 Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

G 6

Schülerinnen und Schüler sowie Regelschulanteil im Schuljahr 2014/15 nach Förderschwerpunkten



durch die Schulbehörde festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf vor. Dieser wird festgestellt, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten soweit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogische Förderung benötigen, um in der Schule erfolgreich lernen und einen Schulabschluss erreichen zu können. Schülerinnen und Schüler mit körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen, die bezogen auf das schulische Lernen nicht in einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung münden, werden nicht erfasst.

Die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es im Bereich Lernen (60 Prozent). Weitere 16 Prozent haben einen Förderbedarf im Bereich ganzheitliche Entwicklung und 8,5 Prozent im Bereich motorische Entwicklung.

Drei Viertel der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem Förderbedarf werden

derzeit an einer Förderschule unterrichtet, 25 Prozent besuchen andere allgemeinbildende Schulen. Am häufigsten werden Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „Sprache“ an Regelschulen integriert, am seltensten jene mit den Förderschwerpunkten „Motorische Entwicklung“ sowie „Gehörlose und Schwerhörige“.

Insgesamt erfolgte in den vergangenen zehn Jahren eine stärkere Orientierung hin zu einem gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern.⁴ Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die integrativ unterrichtet werden, wurde in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Fast 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Im aktuellen Schuljahr 2014/15 haben 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen einen Migrationshintergrund in der Abgrenzung der Kultus-

Türkisch und Russisch sind häufigste nicht-deutsche Familiensprachen

⁴ Link, Bettina: Sonderpädagogische Förderung im Schuljahr 2010/11. In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Monatshefte. Ausgabe 6/2011. S. 526-536.

T 8

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen im Jahr 2014 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss ¹	2 357	5,5	891	4,2	1 466	6,7	497	9,8
Hauptschulabschluss	8 001	18,6	3 150	14,9	4 851	22,2	1 594	31,6
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 230	42,4	9 107	43,0	9 123	41,8	2 121	42,0
Fachhochschulreife (schulischer Teil)	808	1,9	418	2,0	390	1,8	73	1,4
Allgemeine Hochschulreife	13 624	31,7	7 627	36,0	5 997	27,5	767	15,2
Insgesamt	43 020	100	21 193	100	21 827	100	5 052	100

1 Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

ministerkonferenz (62 551). Die meisten von ihnen sind deutsche Staatsbürger (39 003). Unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern dominieren jene mit türkischem Pass (20 Prozent). Ebenfalls viele dieser Kinder und Jugendlichen haben eine polnische (8,2 Prozent) oder eine italienische (6,9 Prozent) Staatsangehörigkeit. Insgesamt 52 605 Schülerinnen und Schüler sprechen in der Familie vorwiegend nicht Deutsch. Das sind 13 Prozent der gesamten Schülerschaft. Die häufigste nichtdeutsche Familiensprache ist mit einem Anteil von 26 Prozent Türkisch, gefolgt von Russisch (20 Prozent).

Weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss

Fast 32 Prozent verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife oder mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2004 lediglich knapp 23 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger das Abitur, so waren es im Jahr 2014 fast 32 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und

Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 5,3 Prozentpunkte auf nun rund 42 Prozent. Auch hier macht sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, lag im Jahr 2014 bei 5,5 Prozent (2004: 8,1 Prozent).

Mit einem Anteil von 58 Prozent stammte die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen. Von den insgesamt 2 357 Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 37 Prozent ein Abschlusszeugnis der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen⁵ und 15 Prozent einen im Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangt.

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verließen die allgemeinbildenden Schulen relativ häufig ohne Hauptschulabschluss. Mit 9,8 Prozent ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei allen Schülerinnen und Schülern.

5,5 Prozent erreichen keinen Hauptschulabschluss

Die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss kommt aus Förderschulen

⁵ Besondere Form der Berufsreife.

T 9

Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschulen ohne Berufsvorbereitungsjahr	70 624	-2,5	25 857	36,6	44 767	63,4	7 373	10,4
Berufsvorbereitungsjahr	2 415	8,1	865	35,8	1 550	64,2	551	22,8
Berufsfachschulen	20 363	-0,3	10 332	50,7	10 031	49,3	2 958	14,5
Fachoberschulen	1 916	22,6	951	49,6	965	50,4	101	5,3
Fachschulen	14 196	3,6	8 893	62,6	5 303	37,4	1 672	11,8
Berufsoberschulen	2 188	-2,9	843	38,5	1 345	61,5	268	12,2
Duale Berufsoberschulen	1 606	-12,7	611	38,0	995	62,0	161	10,0
Berufliche Gymnasien	9 852	4,6	4 751	48,2	5 101	51,8	1 013	10,3
Insgesamt	123 160	-0,6	53 103	43,1	70 057	56,9	14 097	11,4

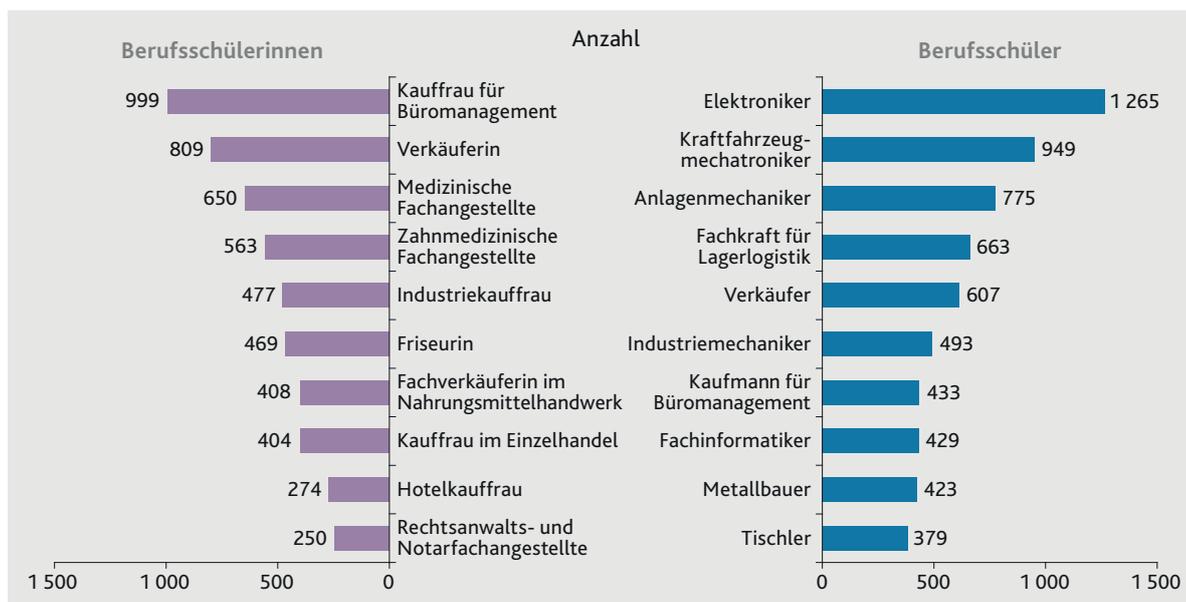
Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen gesunken

Die meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II belegen Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung. Im laufenden Schuljahr absolvieren 123 160 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule. Das waren 0,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Der Rückgang der Schülerzahlen ist teilweise demografisch bedingt. Zur allgemein sinkenden Zahl der Jugendlichen kommt aber auch ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen wählen allgemeinbildende Schulen, die zum Abitur führen und entscheiden sich dann für ein Studium und nicht für die Ausbildung an einer berufsbildenden Schule.

G 7

Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschüler/-innen im ersten Ausbildungsjahr im Schuljahr 2014/15 nach Geschlecht



Eine gegenläufige Entwicklung ergibt sich in den nächsten Jahren möglicherweise durch die neu eingerichteten Fachoberschulen. Bisher ist an 30 der insgesamt 198 Realschulen plus eine Fachoberschule angegliedert.

In den übrigen berufsbildenden Schulformen entwickelten sich die Schülerzahlen im Vergleich zum Schuljahr 2013/14 unterschiedlich. Im größten Bereich, der dualen Ausbildung, sank die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 2,5 Prozent auf 70 624. Noch stärkere Rückgänge verzeichnen die Dualen Berufsoberschulen (-13 Prozent) sowie die Berufsoberschulen (-2,9 Prozent). Demgegenüber gab es bei den beruflichen Gymnasien deutliche Zuwächse (+4,6 Prozent). An den neuen Fachoberschulen werden mittlerweile 1916 Schülerinnen und Schüler unterrichtet (+23 Prozent).

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stellen an den berufsbildenden Schulen im laufenden Schuljahr einen Anteil von elf Prozent. Überdurchschnittlich stark vertreten sind sie im Berufsvorbereitungs-

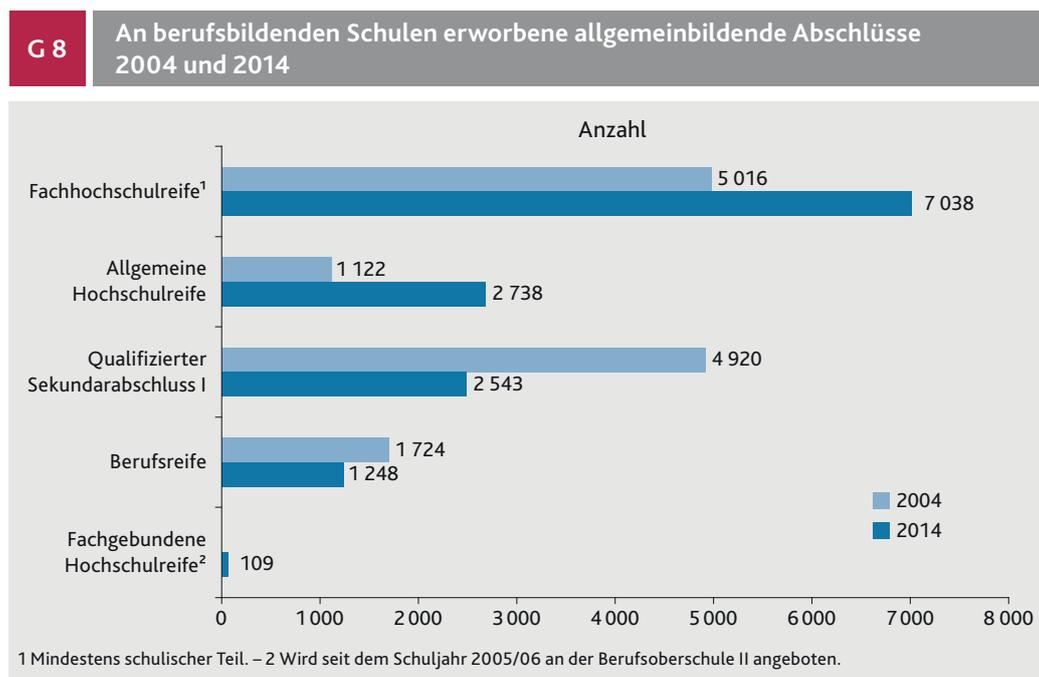
jahr (23 Prozent). An den neuen Fachoberschulen beträgt ihr Anteil 5,3 Prozent und liegt damit deutlich niedriger als an den beruflichen Gymnasien (zehn Prozent).

Frauen sind in den berufsbildenden Schulen traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Schuljahr 43 Prozent. Wie in den vorangegangenen Schuljahren gibt es auch im Schuljahr 2014/15 deutliche Unterschiede bei der Berufswahl junger Frauen und Männer. Während Berufsschülerinnen im Dualen System eher Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen Umfeld wählten, bevorzugten Berufsschüler vor allem Berufe aus dem technischen und handwerklichen Bereich.

43 Prozent
Frauenanteil an
berufsbildenden
Schulen

Berufsbildende Schulen auch bei der Vermittlung allgemeiner Bildung wichtig

An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. Vom Hauptschulabschluss über die mittlere



T 10 Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 2004–2014 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte ¹			Studienberechtigtenquote ^{1, 2}		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%		
2004	17 194	7 963	9 231	37,9	41,6	34,4
2005	16 861	7 876	8 985	36,4	39,6	33,3
2006	17 631	7 996	9 635	37,7	41,9	33,7
2007	19 855	10 727	9 128	41,3	45,3	37,6
2008	21 201	11 450	9 751	43,8	48,2	39,7
2009	21 881	11 795	10 086	45,3	49,9	40,9
2010	22 967	12 420	10 547	47,7	53,0	42,8
2011	23 488	12 796	10 692	49,8	55,4	44,3
2012	23 892	12 668	11 224	51,7	56,4	47,4
2013	20 876	11 129	9 747	46,3	50,9	42,0
2014	20 575	11 141	9 434	.	.	.

Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen beruhen auf Rundungsdifferenzen.
 1 Seit 2013 ohne schulischen Teil der Fachhochschulreife. – 2 Ab 2006 Berechnung nach dem Quotensummenverfahren.

Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinbildenden Abschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt werden. Im Jahr 2014 verließen 47 265 Schülerinnen und Schüler die Einrichtungen der beruflichen Bildung, darunter 13 676 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem berufsbildenden Abschluss.

Jede dritte Studienberechtigung an einer berufsbildenden Schule erlangt

Mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen wurden im vergangenen Jahr an berufsbildenden Schulen erlangt. Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ergab sich für das Jahr 2013⁶ eine Studienberechtigtenquote von knapp 46 Prozent (2004: 38 Prozent).

Seit dem Schuljahr 2013/14 wird der schulische Teil der Fachhochschulreife, anders als in den Vorjahren, nicht mehr der Hochschulzugangsberechtigung zugerechnet sondern dem qualifiziertem Sekundarabschluss I. Durch diese methodische Änderung kam es gegen den Trend der letzten Jahre zu einem Rückgang der Studienberechtigtenquote.

⁶ Werte für 2014 liegen noch nicht vor.

Jede zweite Lehrkraft an berufsbildenden Schulen 50 Jahre und älter

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichten derzeit 35 068 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in Vollzeit (59 Prozent). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals sind Frauen (71 Prozent). Insbesondere an Grundschulen sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (90 Prozent). Ausgeglichenere ist das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 57 Prozent). Derzeit sind 35 Prozent der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 50 Jahre oder älter.

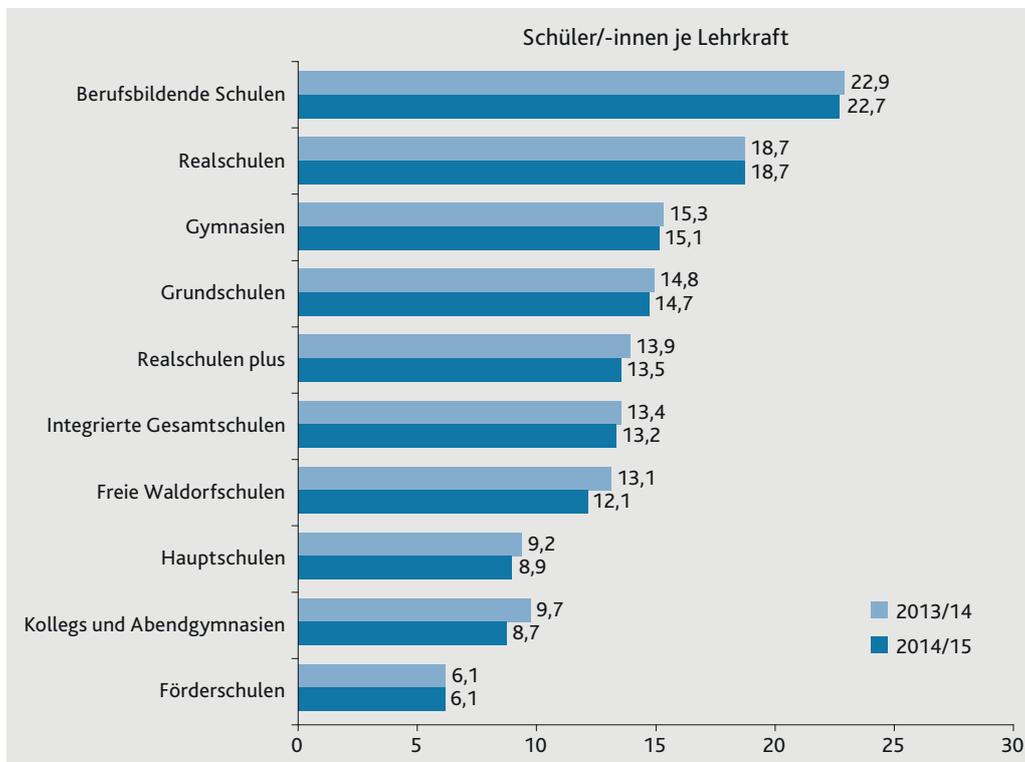
An Grundschulen lehren überwiegend Frauen

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Dazu wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres, die die (vollständige) Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, auf die Bevölkerung im entsprechenden Alter bezogen. Die Berechnung erfolgt seit dem Berichtsjahr 2006 nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

G 9

Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 2013/14 und 2014/15 nach ausgewählten Schularten



Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist die Mehrheit der 5 809 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich (53 Prozent). Die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer fällt etwas ungünstiger aus als an den allgemeinbildenden Schulen. So liegt der Anteil der 50 Jahre oder älteren hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer bei 51 Prozent. Das

heißt, in den nächsten zehn bis 15 Jahren wird voraussichtlich die Hälfte der derzeitigen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen.

Betreuungsrelation an fast allen Schularten günstiger als im Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Relation von Schülerinnen und Schülern zu Lehrkräften an vielen Schularten verbessert. Wurden an allgemeinbildenden Schulen ein Jahr zuvor noch 13,9 Schülerinnen und Schüler von einer Lehrkraft („Vollzeitlehrereinheit“) betreut, so sind es derzeit 13,7. An berufsbildenden Schulen fiel die Schüler-Lehrer-Relation im selben Zeitraum von 22,9 auf 22,7.

Die Schüler-Lehrer-Relation wird wesentlich durch das unterschiedliche Aufgabenspek-

Vollzeitlehrereinheit

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nichthauptberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

Schüler-Lehrer-Relation variiert zwischen den verschiedenen Schularten

trum und die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an den einzelnen Schularten bestimmt. Daher ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten. So werden beispielsweise an Förderschulen relativ wenige Kinder je Lehrkraft betreut, während die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen, insbesondere aufgrund des hohen Anteils von Teilzeitbildungsgängen, traditionell sehr hoch liegt.

Fazit

Auch das Schuljahr 2014/15 ist von überwiegend demografisch bedingten Rückgän-

gen der Schülerzahlen geprägt. Allerdings zeichnet sich in den jüngeren Altersgruppen eine gegenläufige Entwicklung ab. So waren in der Primarstufe erstmals seit 15 Jahren wieder Zuwächse zu verzeichnen. Auch das anhaltend hohe Interesse an höheren Bildungsabschlüssen wirkt an allgemeinbildenden Schulen den Schülerrückgängen entgegen.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften leitet das Referat „Bildung, Verdienste, Preise“.

Fast ein Prozent der weltweiten Rebfläche liegt in Rheinland-Pfalz

Der Weinbau aus statistischer Sicht

Von Jörg Breitenfeld

Die weltweite Rebfläche beträgt rund 7,4 Millionen Hektar. Fast ein Prozent dieser Fläche entfällt auf Rheinland-Pfalz, das in Deutschland das größte weinbautreibende Bundesland ist. Auch innerhalb des rheinland-pfälzischen Agrarsektors ist der Weinbau der führende Produktionszweig. Flächenmäßig beansprucht er etwa neun Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Rund 40 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe betreiben Weinbau. Auf der bestockten Rebfläche von rund 64 000 Hektar werden im langjährigen Durchschnitt etwa sechs Millionen Hektoliter Wein erzeugt. Das sind etwa zwei Prozent der weltweiten Produktion.

Rheinland-Pfalz ist das „Weinbauland“ in Deutschland

Rheinland-Pfalz ist mit einer bestockten Rebfläche von rund 64 000 Hektar das größte weinbautreibende Bundesland in Deutschland. Von der bestockten Rebfläche (102 000 Hektar) entfallen gut 60 Prozent auf Rheinland-Pfalz. Mit größerem Abstand folgt Baden-Württemberg (27 Prozent).

Weltweit
7,4 Millionen
Hektar Reb-
fläche

Im weltweiten Vergleich entfällt fast ein Prozent der Rebfläche auf Rheinland-Pfalz. Das Deutsche Weininstitut gibt – unter Berufung auf Daten der Internationalen Organisation für Reben und Wein in Paris – die weltweite Rebfläche für das Jahr 2013 mit 7,4 Millionen Hektar¹ an. In dieser Fläche sind auch die für die Produktion von Tafeltrauben,

Rosinen usw. genutzten Flächen enthalten. Die Länder mit den größten Weinbauflächen sind Spanien, Frankreich, Italien, China und die Türkei. Auf diese fünf Länder entfällt knapp die Hälfte der weltweiten Rebfläche. Deutschland steht im internationalen Länderranking auf dem fünfzehnten Platz. Die rheinland-pfälzische Rebfläche entspricht etwa der von Ungarn, das Platz 17 belegt.

Rheinland-Pfalz
vor Ungarn und
Österreich

Die weltweite Weinerzeugung weist aufgrund der Witterungsbedingungen größere Schwankungen auf. Im Zeitraum 2010 bis 2013 variierte sie zwischen 260 und 280 Millionen Hektoliter. Die größten Weinerzeuger sind Italien, Spanien, Frankreich und die USA. Diese vier Länder tragen über die Hälfte zur weltweiten Weinerzeugung bei. Mit einem Anteil von drei Prozent belegt Deutschland den zehnten Platz ein. Der rheinland-pfälzische Anteil liegt bei gut zwei Prozent.

¹ Deutsches Weininstitut GmbH: Deutscher Wein Statistik 2014 / 2015, Seite 6. Abrufbar unter www.deutscheweine.de/fileadmin/user_upload/Website/Service/Downloads/statistik_2014_NEU_web.pdf [Stand: 21.04.2015]

T 1

Rebflächen¹ 2010–2013 nach ausgewählten Ländern

Länder	2010	2011	2012	2013
	1 000 ha			
Spanien	1 082	1 032	1 018	1 023
Frankreich	818	806	800	794
Italien	795	776	759	752
China	539	560	580	600
Türkei	514	508	497	504
USA	404	407	407	408
Iran	232	239	239	239
Portugal	243	240	236	229
Argentinien	228	218	221	224
Chile	200	200	205	207
Rumänien	205	204	205	205
Australien	170	170	162	158
Südafrika	131	131	131	130
Griechenland	115	111	110	110
Deutschland	102	102	102	102
Brasilien	92	92	91	87
Ungarn	68	65	64	63
Österreich	50	46	44	44
Neuseeland	37	37	38	38
Schweiz	15	15	15	15
Welt	7 645	7 499	7 436	7 436
darunter: EU	3 654	3 554	3 500	3 481

¹ Gesamtrebfläche (mit Erzeugung von Tafeltrauben, Rosinen etc.).
Quelle: Deutsches Weininstitut, nach Angaben des Office International de la Vigne et du Vin, Paris

Weinbau wichtiger Produktionszweig

Weinbau trägt ein Drittel zum Produktionswert bei

Die wirtschaftliche Bedeutung, die dem Weinbau innerhalb der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft zukommt, zeigt die Berechnung des Produktionswertes. Fast ein Drittel des gesamten Produktionswertes von rund 2,6 Milliarden Euro entfiel 2012 auf die Erzeugung von Weinmost und Wein. In Baden-Württemberg, für das der Weinbau ebenfalls eine größere Bedeutung aufweist, erreichte der Anteil sechs Prozent. In Deutschland lag der Beitrag nur bei rund zwei Prozent.

Neben dem Weinbau kommt auch der Gemüseproduktion mit einem Anteil von 17 Prozent eine größere Bedeutung zu. Es folgen die Getreideproduktion und die Milcherzeugung. In Deutschland sind demgegenüber die Milcherzeugung und die Getreideproduktion mit jeweils rund 17 Prozent die wichtigsten Betriebszweige vor der Schweineproduktion.

Bei der Berechnung des Produktionswertes wird die Wertschöpfung der Winzergenossenschaften und Kellereien nicht berücksichtigt. Ebenso werden die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft nicht monetär bewertet. So weist in vielen Weinbauregionen der Tourismus eine große wirtschaftliche Bedeutung auf; es lassen sich vielerorts Synergieeffekte zwischen Weinbau und Tourismus beobachten. So entfielen im Jahr 2013 fast drei Zehntel der Übernachtungen auf die durch den Weinbau geprägte Tourismusregion Mosel-Saar.

Synergieeffekte zwischen Weinbau und Tourismus

Viele Betriebe bewirtschaften Rebflächen

Rund neun Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes sind mit Reben bestockt. Diese Fläche wurde 2013 von 8 500 Betrieben bewirtschaftet. Bezogen auf die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten gut 40 Prozent aller Betriebe Rebflächen.

T 2

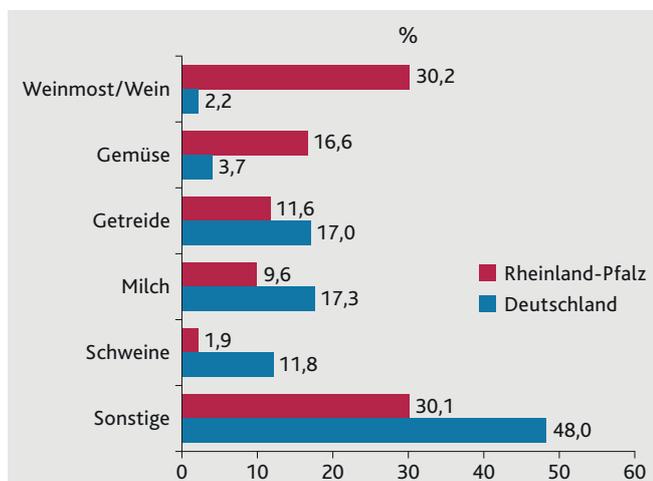
Weinproduktion 2010–2013 nach ausgewählten Ländern

Länder	2010	2011	2012	2013 ¹
	Mill. hl			
Italien	48,5	42,8	43,8	44,9
Spanien	35,4	33,4	31,1	42,7
Frankreich	44,3	50,8	41,1	42,0
USA	20,9	19,2	20,5	22,0
Argentinien	16,3	15,5	11,8	15,0
Chile	8,8	10,5	12,6	12,8
Australien	11,4	11,2	12,3	12,5
China	13,0	13,2	13,8	11,7
Südafrika	9,3	9,7	10,6	11,0
Deutschland	6,9	9,1	9,0	8,3
Portugal	7,1	5,6	6,3	6,7
Rumänien	3,3	4,1	3,3	4,3
Griechenland	3,0	2,8	3,2	3,7
Brasilien	2,5	3,4	2,9	2,7
Ungarn	2,0	2,4	1,8	2,7
Österreich	1,7	2,8	2,1	2,4
Welt	264,0	267,0	256,0	277,0
darunter: EU	156,4	156,9	146,0	162,2

¹ Schätzung.
Quelle: Deutsches Weininstitut, nach Angaben des Office International de la Vigne et du Vin, Paris

G 1

Produktionswert 2012 nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen



Weinbaubetriebe immer größer

Im Rahmen des Strukturwandels wurden die Betriebe immer größer. Im Jahr 2013 kam ein Betrieb auf durchschnittlich 7,6 Hektar. Im Jahr 1999 lag die durchschnittliche Flächenausstattung erst bei 4,1 Hektar. Noch deutlicher wird die Veränderung in der Bewirtschaftung, wenn die Zahl der Betriebe nach Größenklassen betrachtet wird. Über mehr als zehn Hektar Rebfläche verfügten 2 200 Betriebe, das waren 26 Prozent aller Betriebe. Die von diesen Betrieben bewirtschaftete Rebfläche belief sich auf 41 900 Hektar. Das ist ein Anteilswert von 66 Prozent. Im Jahr 1999 kamen nur elf Prozent der Betriebe auf mehr als zehn Hektar Rebfläche. Ihr Anteilswert an der Rebfläche lag bei 41 Prozent.

Neue Techniken

Die Einführung neuer Techniken ermöglicht den Betrieben die Erweiterung ihrer Produktionsgrundlagen. Die zunehmende Mechanisierung im Weinbau, z. B. der Einsatz von Traubenvollerntern, führt zu einer Reduzierung der Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte. Im Weinbau sind sehr viele Teilzeitbeschäftigte tätig. Aus diesem Grunde wird als Vergleichszahl die betriebliche Arbeitsleistung herangezogen. Wurden 1999 noch

20 000 Arbeitskräfteeinheiten benötigt, waren es 2013 nur noch 17 100 Arbeitskräfteeinheiten.

Weinbaubetriebe passen Rebsortenspiegel den Verbraucherwünschen an

Die mit Keltertrauben bestockte Fläche betrug zum Ende des Weinwirtschaftsjahres 2013/14 rund 64 100 Hektar. Hiervon waren etwa zwei Drittel mit weißen Rebsorten bepflanzt (44 700 Hektar). Die mit roten Rebsorten bestockte Rebfläche betrug 19 300 Hektar. Der Rebsortenspiegel hat sich im Laufe der zurückliegenden Jahre deutlich gewandelt und folgt so der Nachfrage auf den Weinmärkten.

Insbesondere in der Dekade von 1996 bis 2005 war eine deutliche Ausweitung der Anbaufläche für Rotwein festzustellen. Sie hat sich von 8 900 auf 20 500 Hektar mehr als verdoppelt. Dies war in der deutlich gestiegenen Nachfrage nach Rotweinen begründet. Seit 2005 geht die Fläche für den Anbau von Rotweinen wieder zurück während der Weißweinanbau zunimmt.

Seit 2005 wieder Zunahme der Weißweinfläche

Riesling wichtigste Rebsorte

Zwar befindet sich eine Vielzahl an Rebsorten im Anbau, aber nur wenige Sorten weisen – gemessen an der Fläche – eine größere Bedeutung auf. Riesling gehört traditionell zu den wichtigen Rebsorten und ist seit 1991 die führende Rebsorte im Land. Seinerzeit löste er Müller-Thurgau ab. Mit rund 17 000 Hektar wächst Riesling auf 27 Prozent der gesamten bestockten Rebfläche und konnte in den letzten Jahren im Anbau weiter zulegen. Ein Grund für diese Entwicklung ist die auch international zunehmende Nachfrage nach deutschen Rieslingweinen. Innerhalb

T 3

Mit Keltertrauben bestockte Rebfläche 1989–2014 nach ausgewählten Rebsorten

Rebsorte	1989	1999	2009	2014	
				insgesamt	Anteil
	ha				
					%
Insgesamt	66 812	66 831	63 995	64 054	100
Weißweinrebsorten	60 223	55 213	44 364	44 716	69,8
Riesling, Weißer	14 584	15 390	16 291	17 029	26,6
Müller-Thurgau	15 435	13 072	8 481	7 933	12,4
Silvaner, Grüner	5 835	4 956	3 560	3 291	5,1
Ruländer	830	1 036	2 543	3 276	5,1
Burgunder, Weißer	439	1 243	2 322	2 856	4,5
Kerner	6 173	5 573	2 848	2 231	3,5
Chardonnay	3	408	993	1 370	2,1
Scheurebe	3 687	2 909	1 456	1 202	1,9
Bacchus	2 840	2 449	1 138	927	1,4
Sauvignon blanc	-	5	373	632	1,0
Gewürztraminer	383	481	532	596	0,9
Elbling	1 073	986	543	503	0,8
Huxelrebe	1 563	1 285	611	490	0,8
Ortega	1 188	1 020	593	490	0,8
Morio-Muskat	1 886	1 143	483	393	0,6
Faberrebe	2 008	1 564	544	373	0,6
Sonstige	2 296	1 693	1 053	1 124	1,8
Rotweinrebsorten	6 589	11 618	19 631	19 338	30,2
Dornfelder	1 037	3 383	7 348	7 390	11,5
Spätburgunder, Blauer	1 268	2 485	3 909	4 163	6,5
Portugieser, Blauer	3 832	4 505	3 860	3 188	5,0
Regent	-	217	1 581	1 521	2,4
Saint Laurent	24	171	633	617	1,0
Merlot	-	26	396	490	0,8
Cabernet Sauvignon	-	41	259	311	0,5
Müllerrebe	66	201	260	247	0,4
Sonstige	362	589	1 385	1 411	2,2

Ein Drittel der weltweiten Rieslingfläche in Rheinland-Pfalz

Deutschlands ist Riesling mit 23 300 Hektar die wichtigste Rebsorte. International wird der Rieslinganbau auf knapp 50 000 Hektar geschätzt.² Damit liegt rund ein Drittel der weltweiten Rieslingfläche in Rheinland-Pfalz.

Müller-Thurgau, der bis 1990 den größten Flächenanteil beanspruchte, wurde im Anbau kontinuierlich reduziert und kommt nur noch auf 7 900 Hektar. Das sind gut 60 Prozent der in Deutschland mit Müller-Thurgau bestockten Rebfläche. Neben dem Müller-Thurgau verloren weitere traditionell in Rheinland-Pfalz angebaute Rebsorten an Bedeutung. Hierzu gehören z. B. Kerner, Scheurebe, Silvaner, Bacchus und Faberrebe.

Demgegenüber konnten sich zur Burgunderfamilie gehörende Rebsorten etablieren. Diese sind aus der Pinot-Traube entstanden, die ihren Ursprung in der französischen Region Burgund hat. Die mit Grauburgunder (Pinot Grigio oder Ruländer) bestockte Fläche umfasst mittlerweile 3 300 Hektar. Weitere Weißweinrebsorten mit größeren Flächenzuwächsen sind Weißburgunder (Pinot Blanc; 2 900 Hektar) und der mit den Burgundersorten verwandte Chardonnay (1 400 Hektar).

Im Bereich der roten Rebsorten übernahm Dornfelder im Jahr 2001 Position eins der wichtigsten Rotweinrebsorten. Dieser Platz kam davor dem Portugieser zu. Aktuell kommt Dornfelder auf 7 400 Hektar. Im Jahr 1999 wuchs diese Rebsorte erst auf

Burgundersorten im Kommen

Spätburgunder international wichtige Rebsorte

² Deutsches Weininstitut GmbH: Deutscher Wein Statistik 2014 / 2015, Seite 11.

3 400 Hektar. Neben dem Dornfelder verzeichnete Spätburgunder, ebenfalls eine Rebsorte aus dem Burgund, einen großen Zuwachs. Gegenüber 1999 nahm die Anbaufläche um 1 700 auf 4 200 Hektar zu; sie übersteigt damit die des Portugieser. Er liegt im Rotweinbereich mit 3 200 Hektar zurzeit auf dem dritten Platz. Der Spätburgunder ist eine international verbreitete Sorte mit einer weltweiten Anbaufläche von gut 98 000 Hektar. Rund 30 Prozent der Fläche liegen in Frankreich. Auf Rheinland-Pfalz entfällt ein Anteil von etwa vier Prozent.

Neben den bekannten roten Rebsorten wurden in zurückliegenden Jahren weitere Rotweinsorten verstärkt angebaut. Eine große Flächenausdehnung erfuhr der Regent. Diese pilzwiderstandsfähige Rebsorte wuchs 1999 lediglich auf 200 Hektar. Inzwischen sind daraus 1 500 Hektar geworden. Saint Laurent legte im gleichen Zeitraum um 400 auf 600 Hektar zu. Des Weiteren wurden Rebstöcke aus der Cabernet-Familie, wie Cabernet Sauvignon, Cabernet Mitos oder Cabernet Dorsa, verstärkt gepflanzt. Sie waren in den 90er-Jahren im rheinland-

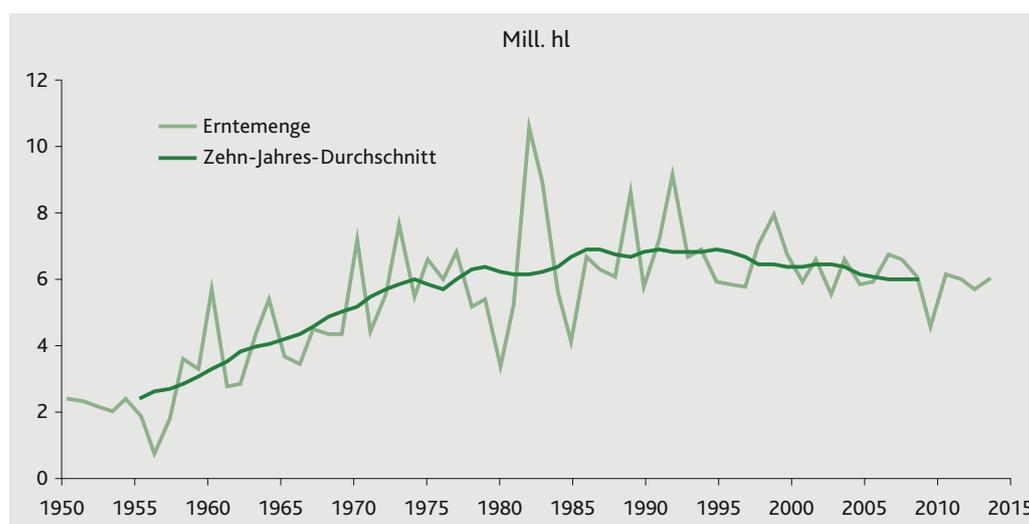
pfälzischen Weinbau so gut wie unbekannt und kommen inzwischen auf eine Fläche von zusammen 700 Hektar. Gleiches gilt für Merlot und Acolon.

Rund sechs Millionen Hektoliter Weinmost

Die Weinbaubetriebe erzeugten im zehnjährigen Durchschnitt 2004/13 aus ihren Trauben rund sechs Millionen Hektoliter Weinmost, wobei allerdings über die Jahre hinweg stark schwankende Erntemenge zu beobachten waren. Bis Anfang der neunziger Jahre wurden in einzelnen Jahren noch Erntemengen von neun Millionen Hektoliter und mehr erzielt. Diese großen Mengen waren nur mit entsprechenden Preisnachlässen zu vermarkten. Sinkende Einkommen waren die Folge. Deshalb wurden mit dem Weingesetz von 1994 Maßnahmen zur Mengenregulierung eingeführt. Das bedeutete, dass die Winzerinnen und Winzer nur noch bestimmte Weinmengen vermarkten durften. Die darüber hinausgehende Produktion die sogenannte Übermenge, muss einer Destillation zu Industrialkohol zugeführt

Gesetzliche Maßnahmen zur Mengenbeschränkung zeigen Wirkung

G 2 Weinmosternte 1950–2014



werden. Da dies finanziell nicht attraktiv ist, reduzierten die Weinbaubetriebe die Erntemengen, z. B. durch eine Entblätterung.

Die Weinmosternte umfasst im langjährigen Schnitt rund 3,9 Millionen Hektoliter Weißmost und 2,1 Millionen Hektoliter Rotmost. Dies entspricht in etwa auch dem Flächenverhältnis von weißen zu roten Sorten. Die größte Menge entfällt auf Riesling vor Dornfelder und Müller-Thurgau. Diese drei Sorten stellen über 50 Prozent der Weinmosternte.

Hektarerträge variieren sortenspezifisch

Die Erntemenge für eine Rebsorte errechnet sich als das Produkt von Ertragsrebläche und Hektarertrag. Auch beim Hektarertrag weisen die einzelnen Sorten größere Unterschiede auf. Der durchschnittliche Hektarertrag liegt im langjährigen Mittel bei 97 Hektoliter, wobei die weißen Rebsorten mit durchschnittlich 92 Hektoliter niedrigere Erträge aufweisen als die roten (109 Hektoliter).

Dornfelder liefert hohe Erträge

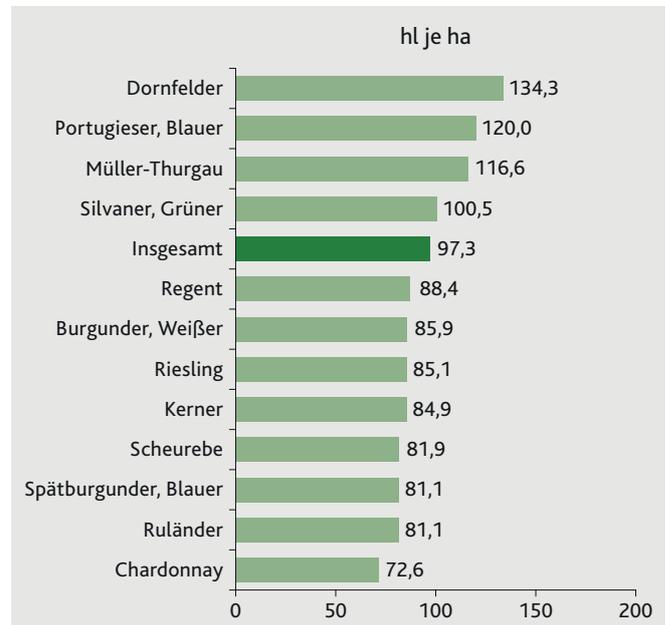
Dornfelder verzeichnet mit den höchsten Durchschnittsertrag (134 Hektoliter je Hektar), gefolgt vom Elbling (130 Hektoliter je Hektar). Überdurchschnittlich ertragreich ist auch der Portugieser mit 120 Hektoliter je Hektar; gefolgt vom Müller-Thurgau (117 Hektoliter je Hektar). Demgegenüber werden von anderen flächenmäßig bedeutsamen Rebsorten, wie z. B. Riesling, durchschnittlich nur 85 Hektoliter je Hektar geerntet. Spätburgunder liegt mit 81 Hektoliter je Hektar auf einem vergleichbaren Niveau.

Überwiegend Qualitätswein erzeugt

Der größte Teil der Moste wird zu Qualitätsweinen ausgebaut. Im langjährigen Durchschnitt galt dies für 66 Prozent der Moste.

G 3

Durchschnittlicher Hektarertrag nach ausgewählten Rebsorten 2004/2013



Für den Ausbau zu Prädikatsweinen – wie Spät- und Auslesen – wurden 27 Prozent der Moste genutzt. Auf Wein oder Landwein entfielen nur sieben Prozent.

Größere Unterschiede gibt es beim Ausbau der roten und weißen Weinmoste. Von den weißen Rebsorten werden 37 Prozent zu Prädikatsweinen ausgebaut, während es bei den roten Sorten nur acht Prozent sind. Ursächlich hierfür sind die unterschiedlichen Vermarktungswege für Weiß- und für Rotwein.

Weinbau regional konzentriert

Die Weinrebe stellt bestimmte Klimaansprüche. Auf der nördlichen Halbkugel liegt die Anbauzone etwa zwischen dem 30. und 50. Breitengrad. In Rheinland-Pfalz konzentriert sich der Anbau auf die Täler der Flüsse Rhein und Mosel sowie deren Nebenflüsse. Auf Grund der unterschiedlichen geografischen und klimatischen Bedingungen wurden die Anbauregionen in sechs Weinbau-

gebiete eingeteilt. Die Anbauggebiete zeigen deutliche Unterschiede in der Betriebsstruktur und im Rebsortenspiegel.

Rheinhessen größtes Anbauggebiet Deutschlands

In Rheinhessen wirtschaften die größten Weinbaubetriebe

Rheinhessen verfügt mit 26 563 Hektar über mehr als ein Viertel der deutschen Rebfläche und ist somit das größte Weinanbauggebiet in Deutschland. Im Jahr 2010 wurden dort knapp 2 900 Betriebe registriert, die im Durchschnitt mehr als neun Hektar bewirtschafteten. Rheinhessen weist damit die größten Betriebe in Deutschland auf. Die beiden wichtigsten weißen Rebsorten sind Riesling (4 359 Hektar) und Müller-Thurgau. Mit einer Fläche von 4 243 Hektar verfügt Rheinhessen über das größte deutsche Anbauareal für Müller-Thurgau. Weitere weiße Rebsorten sind Silvaner (2 349 Hektar), Ruländer (1 495 Hektar) und Weißburgunder (1 134 Hektar). Das Spektrum der roten Sorten wird von Dornfelder mit 3 491 Hektar vor dem Spätburgunder (1 453 Hektar) und Portugieser (1 368 Hektar) angeführt. Die Erntemenge liegt im mehrjährigen Schnitt bei knapp 2,6 Millionen Hektoliter.

Pfalz mit der größten Rotweinfläche Deutschlands

Die Pfalz ist mit 23 592 Hektar das Anbauggebiet mit der größten Rotweinfläche in Deutschland. Das Anbauareal wurde im Jahr 2010 von 2 900 Betrieben bewirtschaftet. Ihre durchschnittliche Betriebsgröße lag bei knapp acht Hektar.

Pfalz: Rieslinganbaugbiet Nummer 1

Im Jahr 2014 waren 8 748 Hektar bzw. 37 Prozent mit roten Sorten bestockt. Zugleich verfügt die Pfalz über die größte Rieslingfläche (5 779 Hektar). Sie übernahm im Jahr 2008 den Rang vom Anbauggebiet Mosel,

das bis dahin als die größte Rieslinganbauregion galt.

Den Rotweinanbau bestimmen Dornfelder (3 115 Hektar), Portugieser (1 687 Hektar) und Spätburgunder (1 658 Hektar). Bei den weißen Sorten weisen noch Müller-Thurgau (2 053 Hektar), Ruländer (1 375 Hektar) und Weißburgunder (1 122 Hektar) größere Anbauflächen auf. Produziert werden im Anbauggebiet Pfalz jährlich durchschnittlich 2,2 Millionen Hektoliter Weinmost.

Deutliche Reduzierung der Rebfläche an der Mosel

Das Anbauggebiet Mosel weist im langfristigen Vergleich eine deutliche Reduzierung der Rebflächen auf. Insbesondere in den Jahren 2000 bis 2005 schrumpfte das Anbauareal um über 2 000 Hektar. Aktuell sind noch 8 685 Hektar bestockt. Eine wesentliche Ursache für die Entwicklung sind die vielen Steillagen, auf denen oftmals kein rentabler Weinbau möglich ist. Im Jahr 2010 wurden noch knapp 2 700 Betriebe registriert, die durchschnittlich etwas mehr als drei Hektar bewirtschafteten.

Traditionell werden an der Mosel Rieslingweine gekeltert. Sie hatten 2014 einen Anteil von 62 Prozent an der Rebfläche. Insgesamt waren 5 357 Hektar mit Rieslingtrauben bestockt.

Mosel mit hohem Rieslinganbau

Müller-Thurgau wächst auf 1 065 Hektar. Elbling, eine Spezialität der Mosel, kam auf 502 Hektar. Der Rotweinanteil erreicht mit 9,5 Prozent einen unterdurchschnittlichen Wert. Der Anbau wird dabei von Spätburgunder (378 Hektar) und Dornfelder (318 Hektar) dominiert. Aufgrund der starken Flächenreduzierungen werden an der Mosel im Durchschnitt nur noch 820 000 Hektoliter geerntet.

An der Nahe wurde jeder zehnte Hektar aufgegeben

Auch an der Nahe gab es in der Vergangenheit größere Flächenreduzierungen. Aktuell sind noch 4 202 Hektar bestockt; im Jahr 2000 waren es 4 536 Hektar. Die Zahl der Betriebe belief sich 2010 auf 579. Ein durchschnittlicher Betrieb verfügte über gut sieben Hektar. Die führenden Rebsorten sind Riesling (1 181 Hektar), Müller-Thurgau (534 Hektar) und Dornfelder (442 Hektar). Auch an der Nahe gilt Riesling mit 28 Prozent als wichtigste Rebsorte. Das Produktionspotential beläuft sich durchschnittlich auf 330 000 Hektoliter.

Ahr hat den höchsten Rotweinanteil aller Anbaugebiete

Spätburgunder an der Ahr und ...

Das Anbaugebiet Ahr ist bekannt für seine Rotweine und verfügt mit 84 Prozent über den höchsten Rotweinanteil aller Weinanbaugebiete in Deutschland. Insgesamt sind an der Ahr 564 Hektar mit Reben bestockt.

Angeführt wird das Sortiment vom Spätburgunder (356 Hektar), auf den allein 63 Prozent entfallen. Riesling (46 Hektar) folgt weit abgeschlagen. Mit 2,4 Hektar verfügten die 175 Betriebe über eine unterdurchschnittliche Flächenausstattung. Die Produktion beläuft sich jährlich auf durchschnittlich 40 000 Hektoliter.

Mittelrhein ist kleinstes Anbaugebiet

Am Mittelrhein (449 Hektar) bestimmt, wie an der Mosel, der Riesling den Anbau. Er wächst auf 307 Hektar bzw. 68 Prozent der bestockten Rebfläche. Die Flächenausstattung der 149 Betriebe lag mit drei Hektar auf einem mit der Mosel vergleichbaren Niveau. Die Erzeugung erreicht im Durchschnitt nur 28 000 Hektoliter.

... Riesling am Mittelrhein

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat „Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt, Energie“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Ifo Index erneut gestiegen

Geschäftslage wird günstiger beurteilt

Der Ifo Geschäftsklimaindex ist im April 2015 erneut gestiegen. Er erhöhte sich von 107,9 auf 108,6 Punkte. Der Zuwachs ist auf eine günstigere Beurteilung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen; die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Geschäftsaussichten wurden leicht zurückgenommen. Ein verbessertes Geschäftsklima verzeichneten das Verarbeitende Gewerbe, der Großhandel und das Bauhauptgewerbe; lediglich im Einzelhandel gab es leichte Einbußen.

ZEW-Index sinkt erstmals seit Oktober 2014

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten misst, ist im April zum ersten Mal seit Oktober 2014 gesunken. Trotz des Rückgangs um 1,5 Punkte auf 53,3 Punkte lag der Index weiterhin deutlich über seinem langfristigen Mittelwert (24,8 Punkte). Das Minus dürfte u. a. auf die Eintrübung der Weltkonjunktur zurückzuführen sein, die sich auf die Exportaussichten auswirkt; die Binnenkonjunktur wurde weiterhin positiv beurteilt.

Konsumklima verbessert sich weiter

Das Konsumklima, das monatlich von der GfK ermittelt wird, hat sich im April erneut verbessert. Der Indikator erreichte zehn Punkte. Während die Einkommenserwartung weiter zunahm, lagen die Konjunkturerwartung und die Anschaffungsneigung unter dem Niveau des Vormonats. Für Mai erwarten die Konsumforscher aus Nürnberg einen verlangsamten Anstieg des Konsumklimas (+0,1 auf 10,1 Punkte).

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion rückläufig, Auftragseingänge gestiegen

Die Produktion des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes fiel im Berichts-

monat Februar 2015 geringer aus als im Januar. Dies zeigen die „harten“ Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren. Zugleich war eine Zunahme der Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen.

Im Februar lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion um 2,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Gegenüber Februar 2014 blieb der Indexwert fast unverändert (+0,1 Prozent).

Die Vorleistungsgüterindustrie ist in Rheinland-Pfalz die mit Abstand bedeutendste industrielle Hauptgruppe innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes. Sie hatte 2014 einen Anteil am Gesamtumsatz der Industrie von 56 Prozent. Im Februar ist die bereinigte Vorleistungsgüterproduktion um 1,4 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresmonat schrumpfte der Output um 2,9 Prozent.

In der Investitionsgüterindustrie, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, verringerte sich die Produktion gegenüber dem Vormonat um 2,2 Prozent. Zugleich war der Güterausstoß um 1,4 Prozent niedriger als im Februar 2014.

Die Konsumgüterhersteller, die 2014 einen Umsatzanteil von 17 Prozent hatten, mussten ebenfalls Einbußen hinnehmen; in vielen Bereichen fiel der Güterausstoß im Berichtsmontat geringer aus als im Januar. Der bereinigte Produktionsindex sank um 13 Prozent. Trotzdem lag der Output um acht Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

In den drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie war der Güterausstoß

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: -2,4 Prozent

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: -1,4 Prozent

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: -2,2 Prozent

Produktion in der Konsumgüterindustrie: -13 Prozent

Produktion in der Chemischen Industrie: -2,5 Prozent

im Februar rückläufig. In der Chemischen Industrie, der mit einem Umsatzanteil von gut einem Drittel bedeutendsten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, sank der bereinigte Produktionsindex um 2,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich ein Minus von 2,4 Prozent.

Produktion im Fahrzeugbau: -1,7 Prozent

Im Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und 2014 als zweitgrößte Branche 13 Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, nahm der Output im Februar um 1,7 Prozent ab. Im Vergleich zum Vorjahresmonat schrumpfte der Güterausstoß um drei Prozent.

Produktion im Maschinenbau: -5,7 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2014 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beisteuerte, sank der bereinigte Produktionsindex im Berichtsmonat um 5,7 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich der Güterausstoß um 1,4 Prozent.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe: +2,1 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex ist im Februar 2015 um 2,1 Prozent gestiegen. Dieser Zuwachs ist auf eine erhöhte Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen (+6 Prozent). Aus dem Inland gingen weniger Bestellungen ein als im Januar (-3,5 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat legten die Auftragseingänge ebenfalls zu (+3 Prozent). Während die Nachfrage aus dem Ausland um 8,9 Prozent wuchs, nahm das Ordervolumen aus dem Inland um 5,2 Prozent ab.

Nachfrageanstieg in zwei von drei Industriehauptgruppen

Zwei der drei Industriehauptgruppen verzeichneten im Berichtsmonat einen Nachfrageanstieg. Einen kräftigen Zuwachs gab es in der Konsumgüterindustrie; der bereinigte Auftragseingangsindex lag im Februar um 52 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Grund hierfür ist neben einer allgemein günstigen

Entwicklung der Konsumgüternachfrage ein Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterindustrie. Gegenüber dem Vorjahresmonat belief sich die Zunahme auf 38 Prozent. Im Berichtsmonat wurden 2,4 Prozent mehr Investitionsgüter bestellt als im Januar. Gegenüber Februar 2014 stieg das Ordervolumen um 9,5 Prozent. In der Vorleistungsgüterindustrie gingen hingegen weniger Aufträge ein als im Vormonat (-3,3 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich ein Minus von 7,1 Prozent.

In der Chemischen Industrie ist der bereinigte Auftragseingangsindex gegenüber dem Vormonat um 4,4 Prozent gesunken. Die Bestellungen aus dem In- und Ausland nahmen ab (-3 bzw. -5,1 Prozent). Zugleich lag die Nachfrage um zehn Prozent unter dem Niveau von Februar 2014.

Im Fahrzeugbau gingen mehr Aufträge ein als im Januar; das Ordervolumen wuchs um 1,7 Prozent. Einer rückläufigen Nachfrage aus dem Inland (-5 Prozent) standen steigende Bestellungen aus dem Ausland gegenüber (+6,9 Prozent). Die Auftragseingänge waren außerdem um 23 Prozent höher als im Vorjahresmonat.

Im Maschinenbau legten die Bestellungen im Februar um 2,9 Prozent zu. Während die Inlandsnachfrage um 7,7 Prozent abnahm, erhöhten sich die Auftragseingänge aus dem Ausland um 9,9 Prozent. Allerdings blieb das Ordervolumen um 6,2 Prozent hinter dem Niveau des Vorjahresmonats zurück.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gestiegen

Im Bauhauptgewerbe stieg die Nachfrage nach Bauleistungen im Februar 2015 kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonatsergebnis um 3,1 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge dagegen gesunken (-4,6 Prozent).

Auftragseingänge in der Chemischen Industrie: -4,4 Prozent

Auftragseingänge im Fahrzeugbau: +1,7 Prozent

Auftragseingänge im Maschinenbau: +2,9 Prozent

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +3,1 Prozent

Auftrags-
eingänge im
Hochbau:
+2,4 Prozent

Im Hochbau, der 2014 einen Anteil von 50 Prozent an den baugewerblichen Umsätzen des Bauhauptgewerbes hatte, stiegen die Bestellungen im Februar um 2,4 Prozent. Einen besonders kräftigen Zuwachs gab es im gewerblichen Hochbau (+23 Prozent). Der öffentliche Hochbau konnte ebenfalls zulegen (+12 Prozent). Dagegen hatte der Wohnungsbau erhebliche Einbußen zu verzeichnen (-24 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragsingänge im Hochbau um fünf Prozent gesunken. Während das Ordervolumen im gewerblichen Hochbau nur geringfügig hinter dem Vorjahreswert zurückblieb (-0,3 Prozent), verzeichneten der öffentliche Hochbau sowie der Wohnungsbau deutlich sinkende Auftragsingänge (-11 bzw. -10 Prozent).

Auftrags-
eingänge im
Tiefbau:
+3,8 Prozent

Im Tiefbau, auf den 2014 die Hälfte des baugewerblichen Umsatzes entfiel, verbesserte sich die Nachfrage im Vormonatsvergleich um 3,8 Prozent. Im Straßenbau sowie im gewerblichen Tiefbau stiegen die Auftragszahlen (+9,1 bzw. +6,4 Prozent). Der öffentliche Tiefbau meldete dagegen weniger Bestellungen (-9,2 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat wurden im Tiefbau Auftragsseinbußen registriert (-4,3 Prozent). Im öffentlichen Tiefbau fiel der Rückgang besonders stark aus (-22 Prozent). Für den Straßenbau errechneten sich ebenfalls sinkende Auftragszahlen (-1,4 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau konnte dagegen um zwölf Prozent zulegen.

Umsatzsteigerungen im Einzel- und im Kfz-Handel

Umsatz im
Einzelhandel:
+3,2 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im Januar 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,2 Prozent gestiegen. Mit Ausnahme des Juli hatte es von Februar bis Dezember 2014 ebenfalls Umsatzsteigerungen in einem Bereich von 0,1 bis 1,8 Prozent gegeben.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragsingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunktorentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im Kfz-Handel: +4,1 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im Januar 2015 um 4,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Davor war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit August 2013 – mit Ausnahme des Mai 2014 – zwischen 0,2 und 7,7 Prozent gestiegen.

Umsatz im Großhandel: -2,5 Prozent

Im Großhandel waren die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Januar 2015 um 2,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Bereits von Mai bis Dezember 2014 hatte es Rückgänge in einem Bereich von -0,2 bis -3,8 Prozent gegeben.

Umsatz im Gastgewerbe: -3 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Januar 2015 um drei Prozent niedriger aus als im Vorjahresmonat. Im November und Dezember 2014 hatte es ebenfalls rückläufige Umsatzzahlen gegeben (-0,7 bzw. -2,4 Prozent), nachdem für September und Oktober noch leichte Zuwächse berechnet wurden (+0,8 bzw. 1,5 Prozent).

Verbraucherpreise im April leicht gestiegen

Jahresteu-
erungsrate im April bei +0,4 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im April 2015 um 0,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. Zuletzt hatte es im März ebenfalls einen leichten Anstieg der Teuerungsrate gegeben (+0,2 Prozent). Im Januar (-0,4 Prozent) und Februar (-0,1 Prozent) wurden die ersten Preisrückgänge seit Oktober des Krisenjahres 2009 registriert. Seit Januar 2013 blieb der Anstieg der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent).

Die aktuelle Entwicklung wird in erster Linie durch sinkende Energiepreise bestimmt (-6 Prozent). Heizöl (-19 Prozent) und Kraftstoffe (-8 Prozent) waren erheblich billiger als im Vorjahr. Preisrückgänge gab es zudem bei Fernwärme (-3,9 Prozent), Gas (-1,6 Prozent) und Strom (-1,4 Prozent).

Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,1 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3 Prozent). Außerdem verteuerten sich u. a. die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen“ (+2,5 Prozent), „Bekleidung und Schuhe“ (+1,7 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (+1,5 Prozent) überdurchschnittlich. Vor allem in den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ (-1,2 Prozent) sowie „Verkehr“ (-1,1 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosenzahl im April weiter gesunken

Die Arbeitslosigkeit ist im April erneut zurückgegangen. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit hält die positive Stimmung am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt weiterhin an. Insgesamt waren 114 600 Frauen und Männer als arbeitslos registriert, etwa 4 200 weniger als im März (-3,5 Prozent). Gegenüber April 2014 ging die Zahl der Arbeitslosen um 2 700 zurück (-2,3 Prozent).

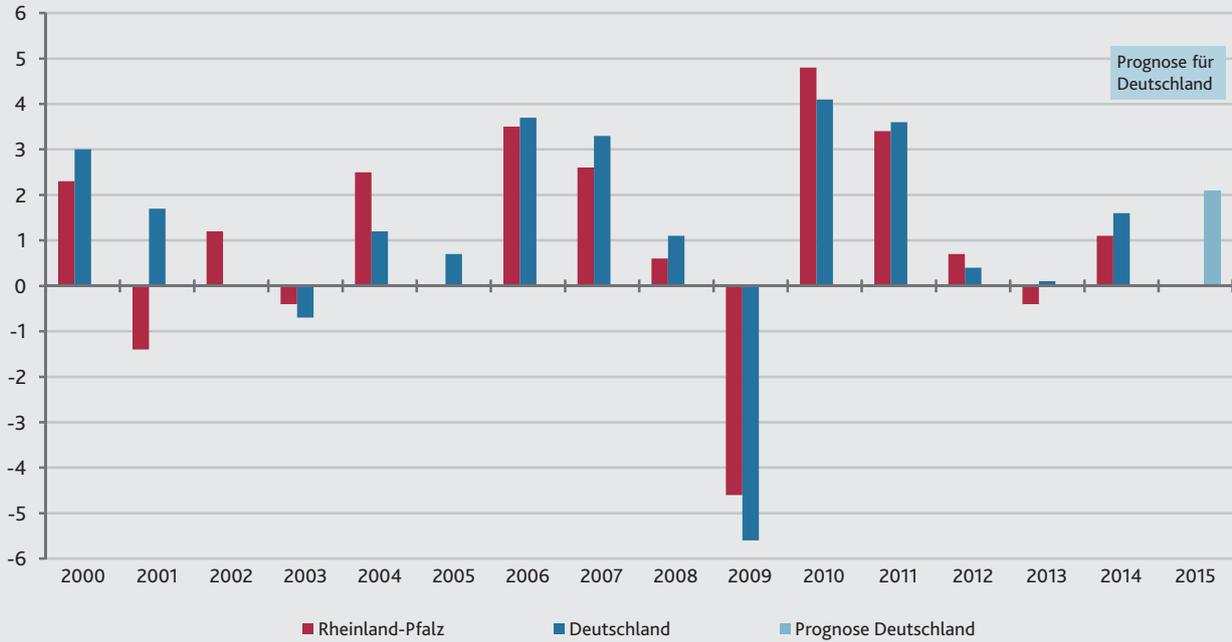
Zahl der Arbeitslosen sinkt um 3,5 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, verringerte sich auf 5,3 Prozent. Sowohl im Vormonat als auch im April 2014 hatte sie bei 5,5 Prozent gelegen.

Arbeitslosenquote sinkt auf 5,3 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

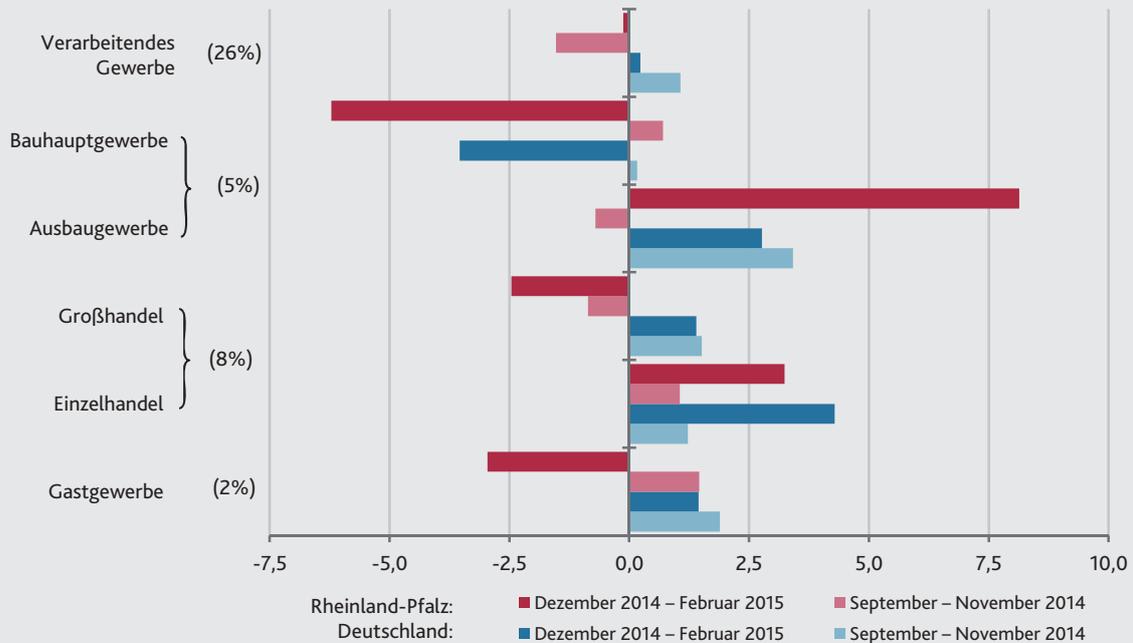


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2015 (Ergebnisse der Revision 2014); nächster Fortschreibungstermin: September 2015.
Quelle Prognosewert 2015: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

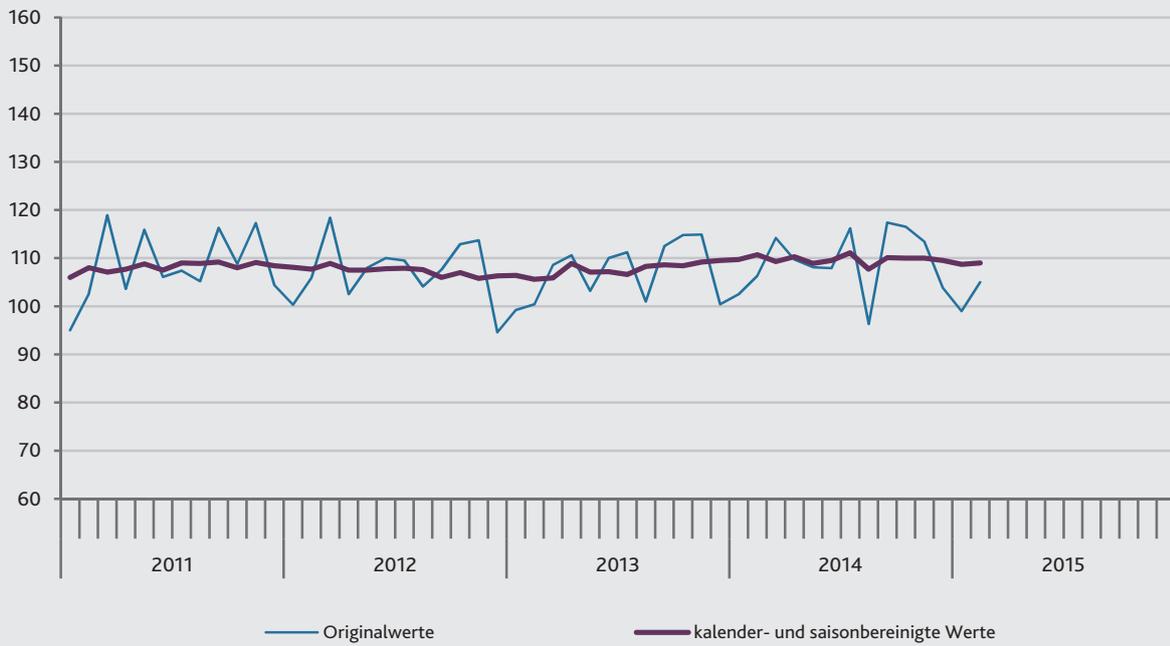


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2013. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

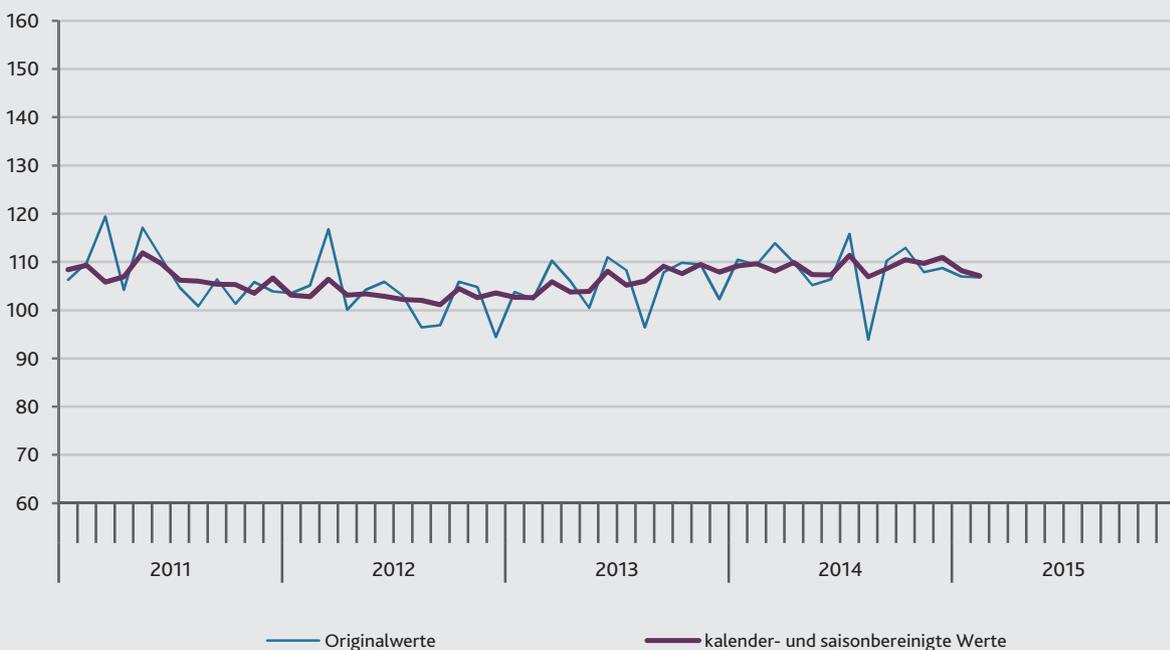


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

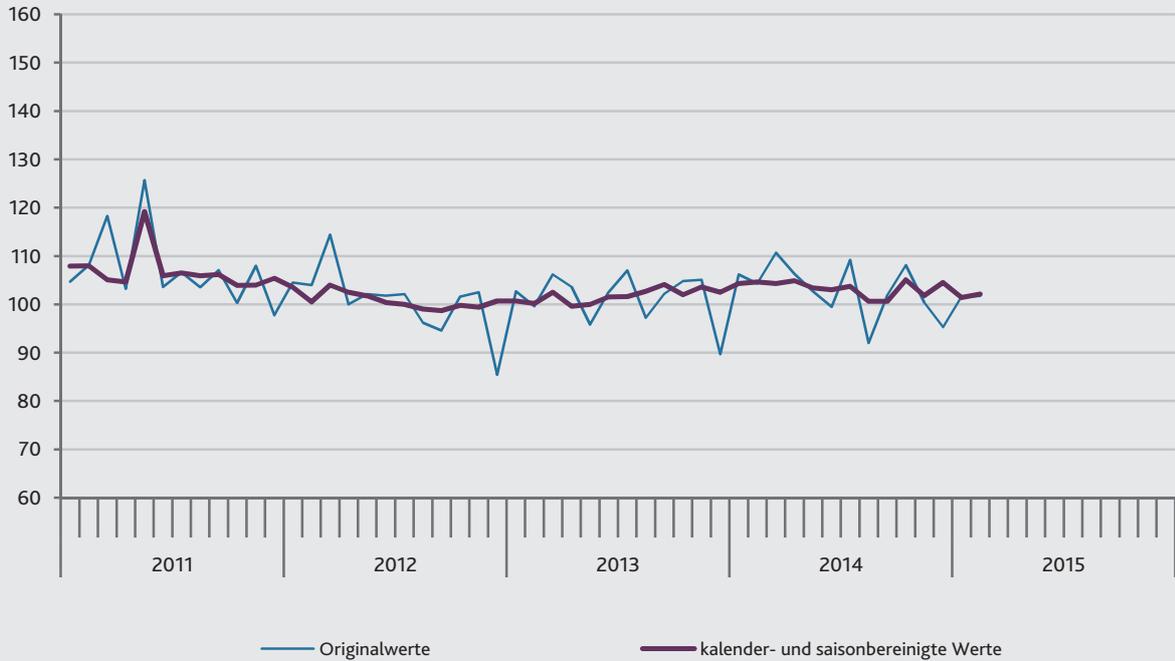


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

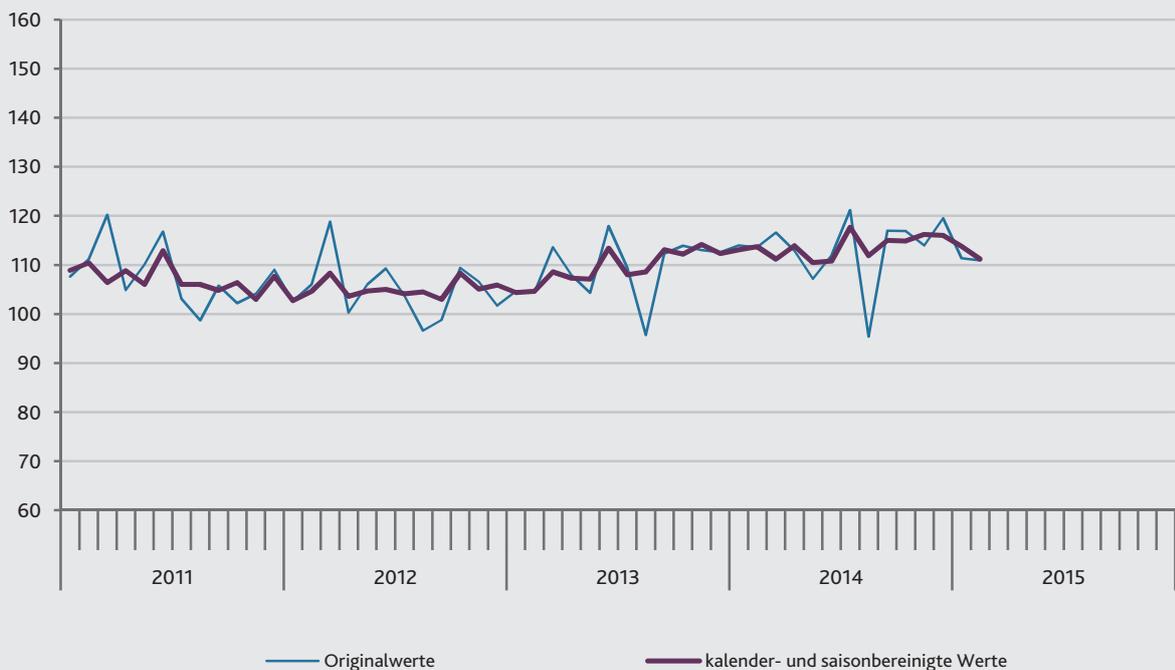


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

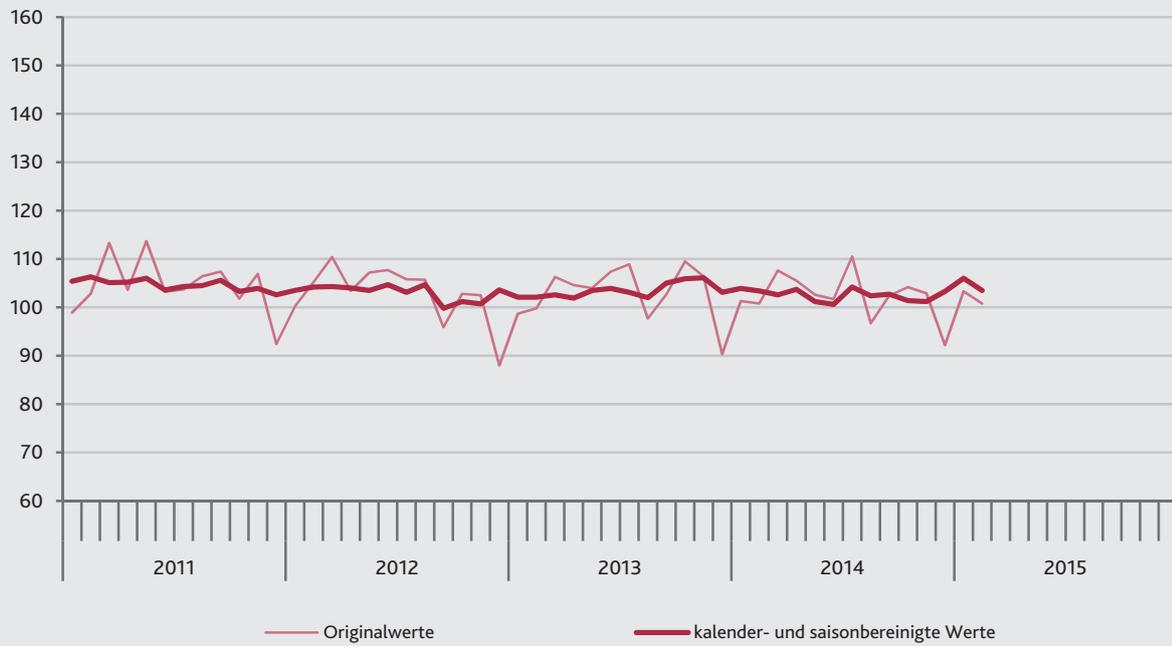


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

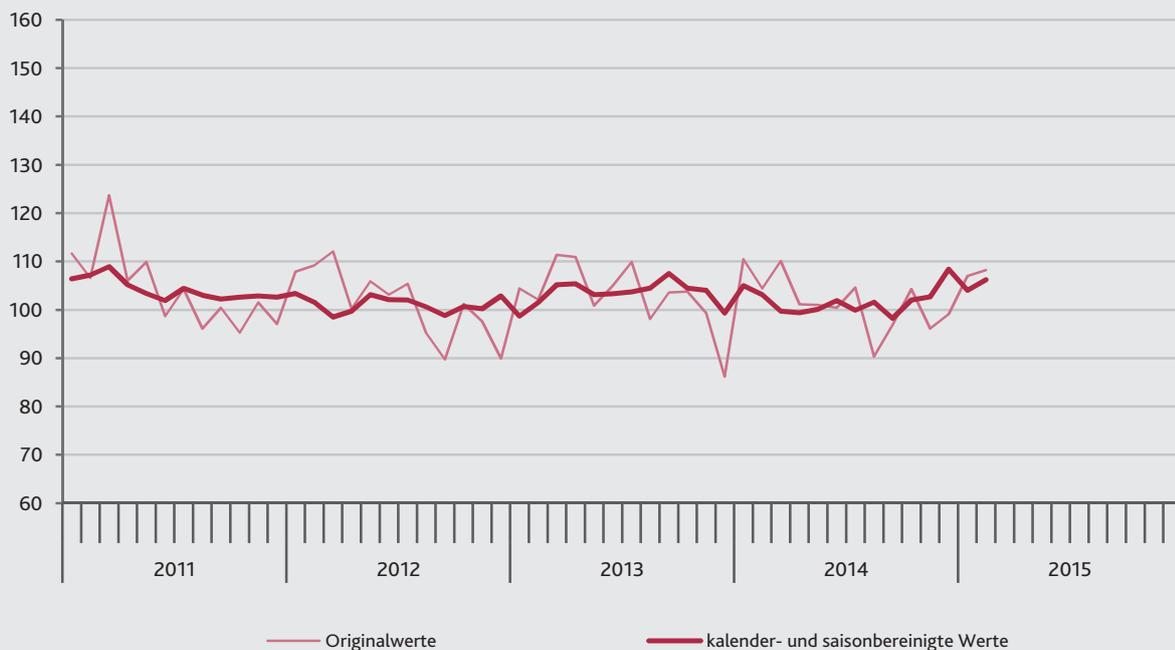


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

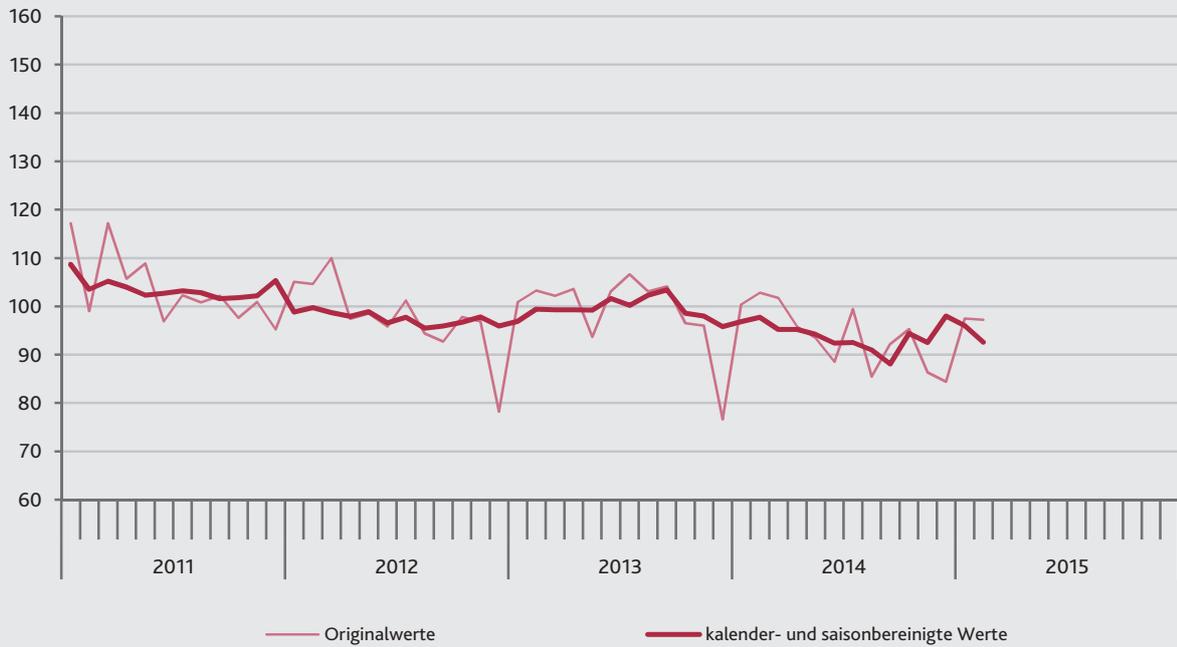


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

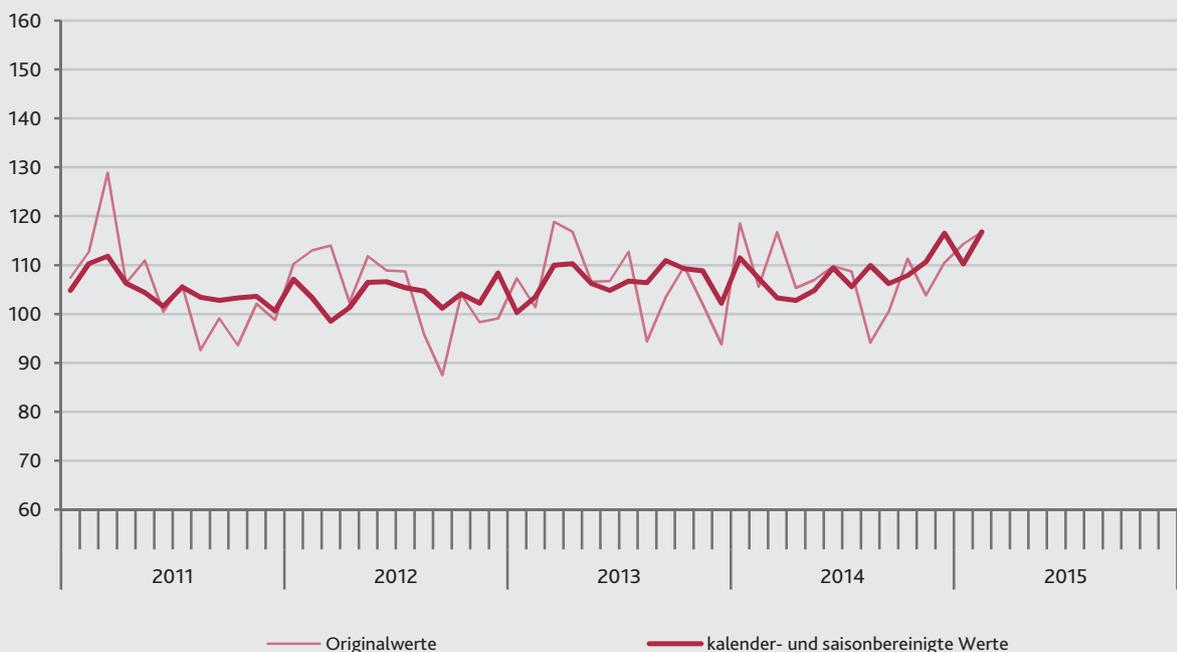


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



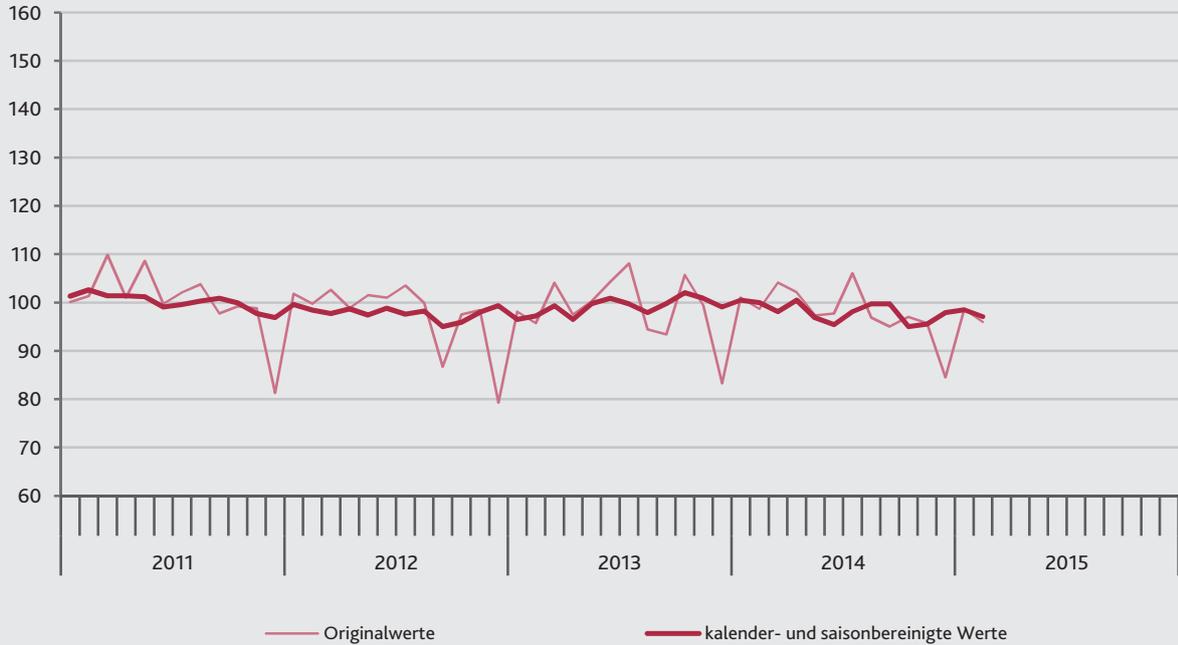
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



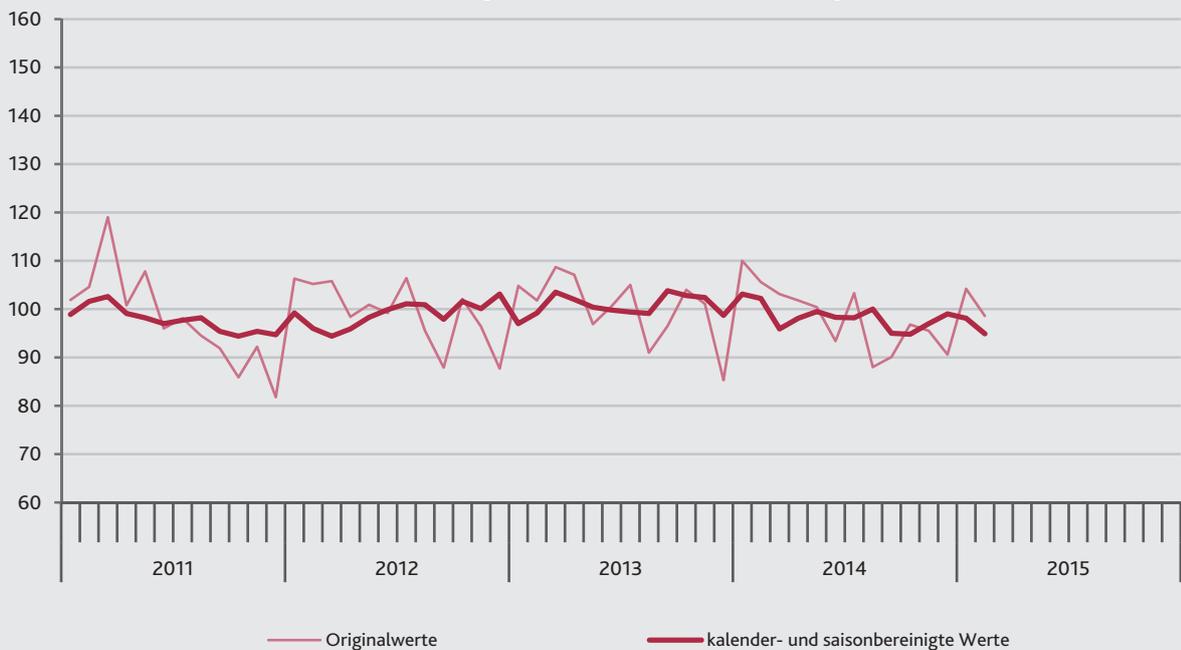
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

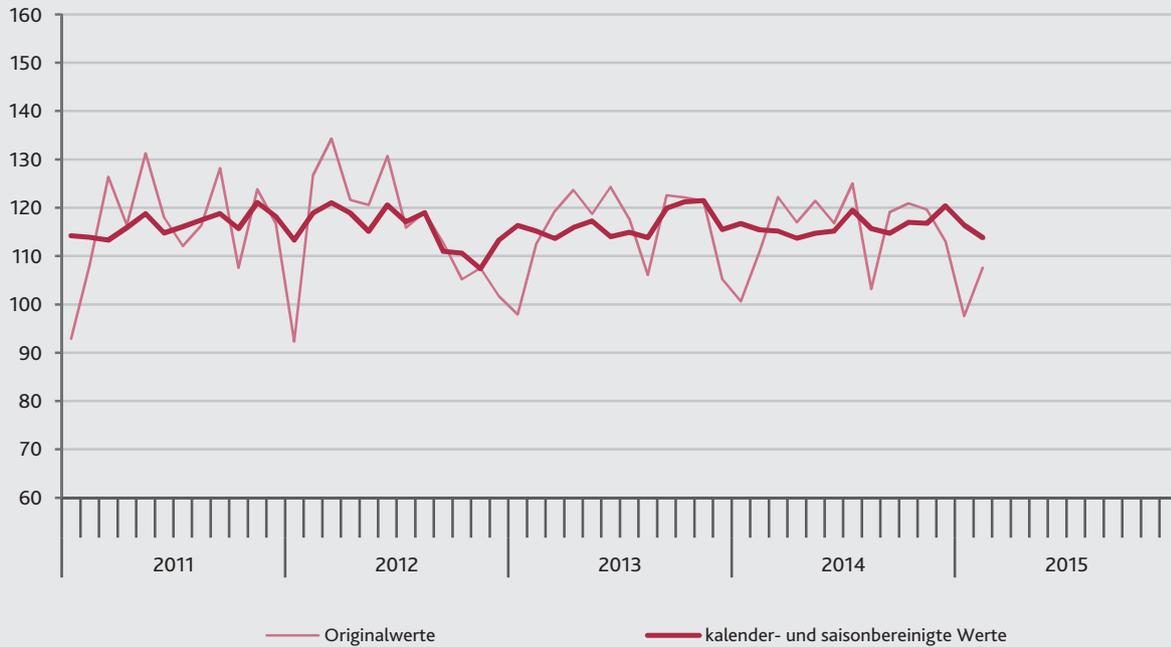


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

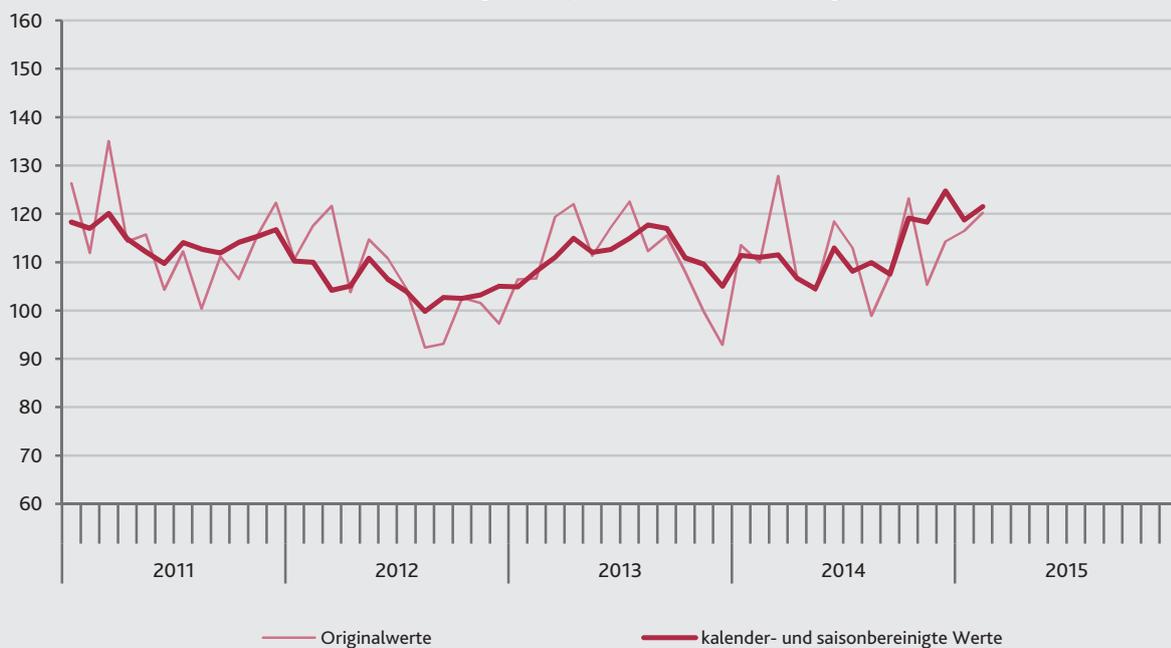


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

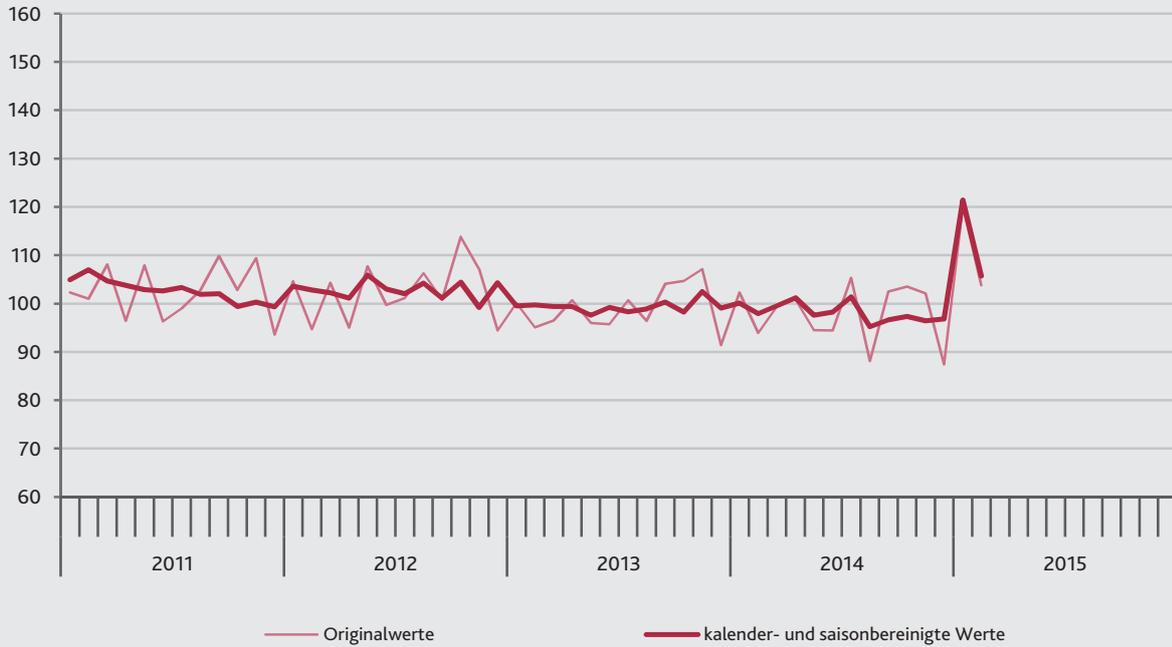


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

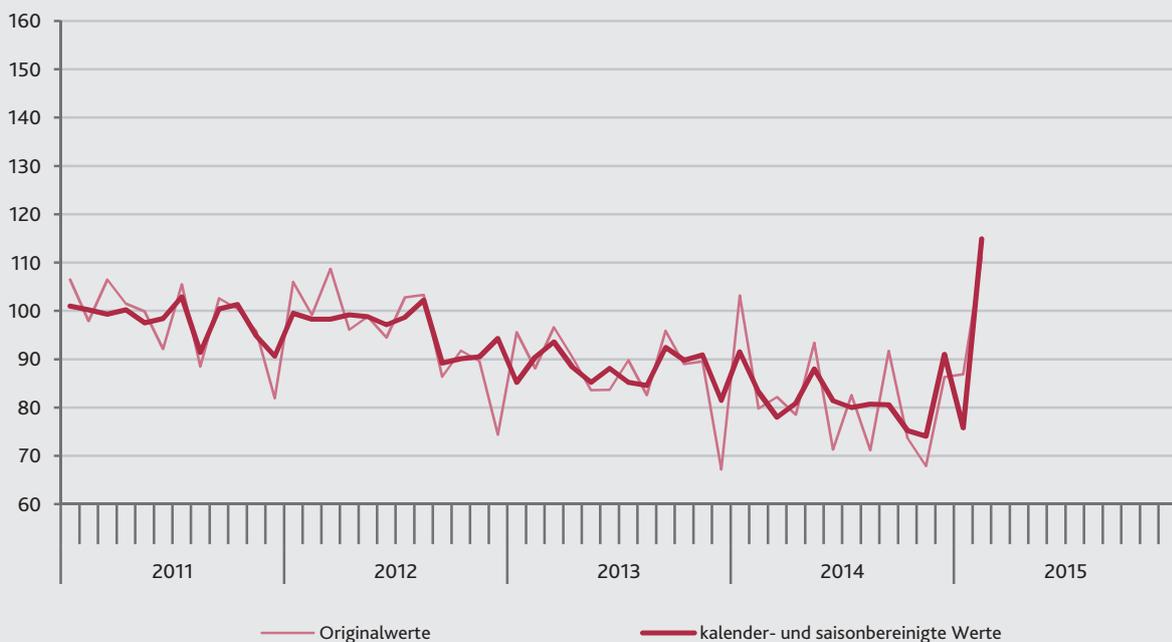


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

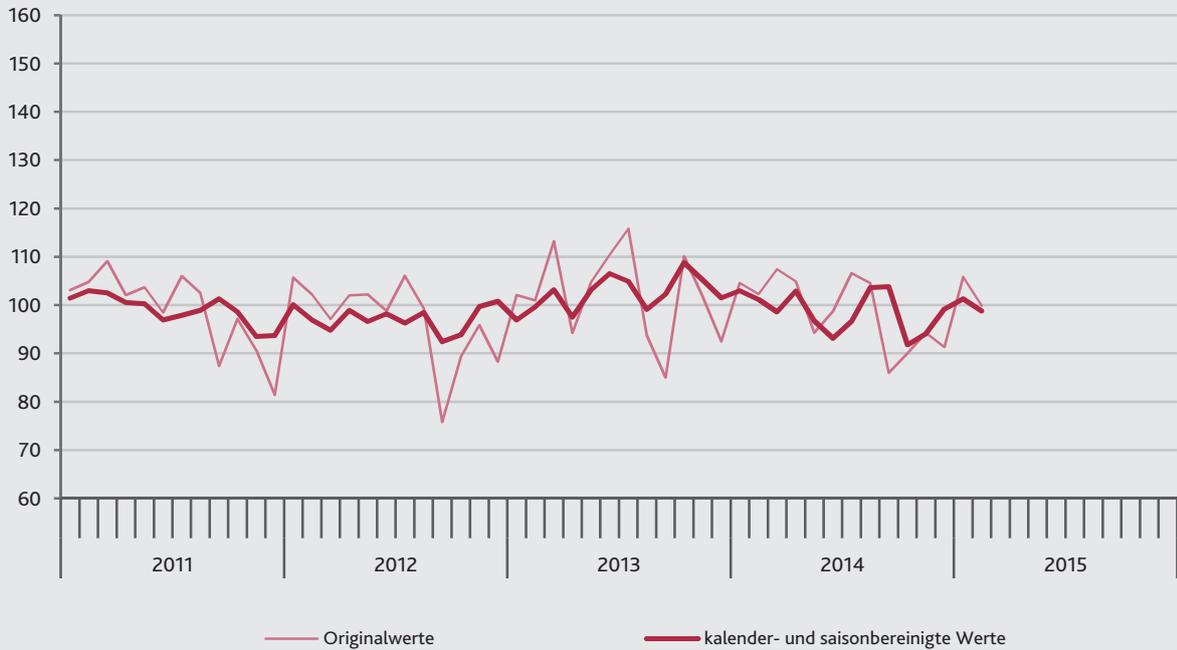
Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

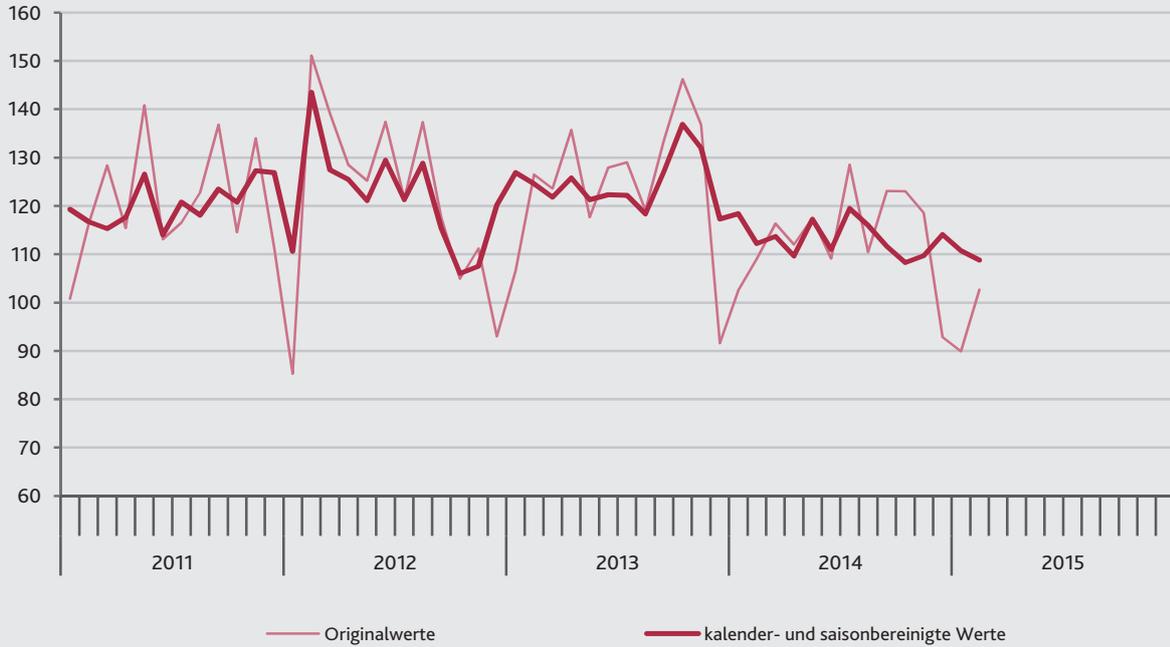
Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

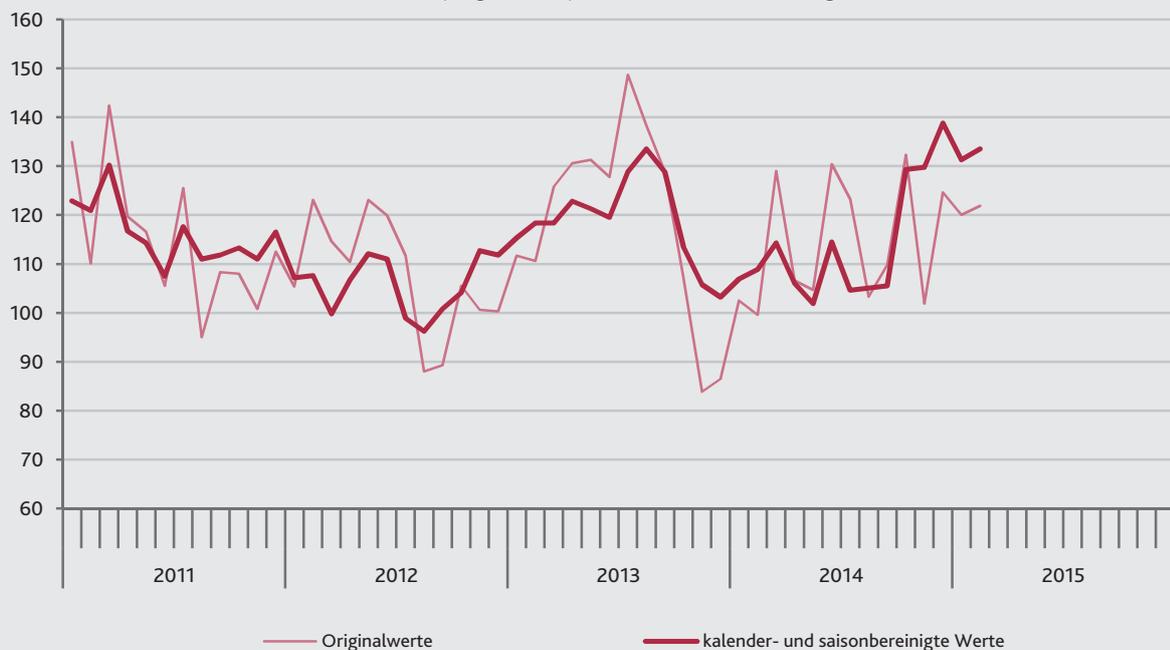
Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

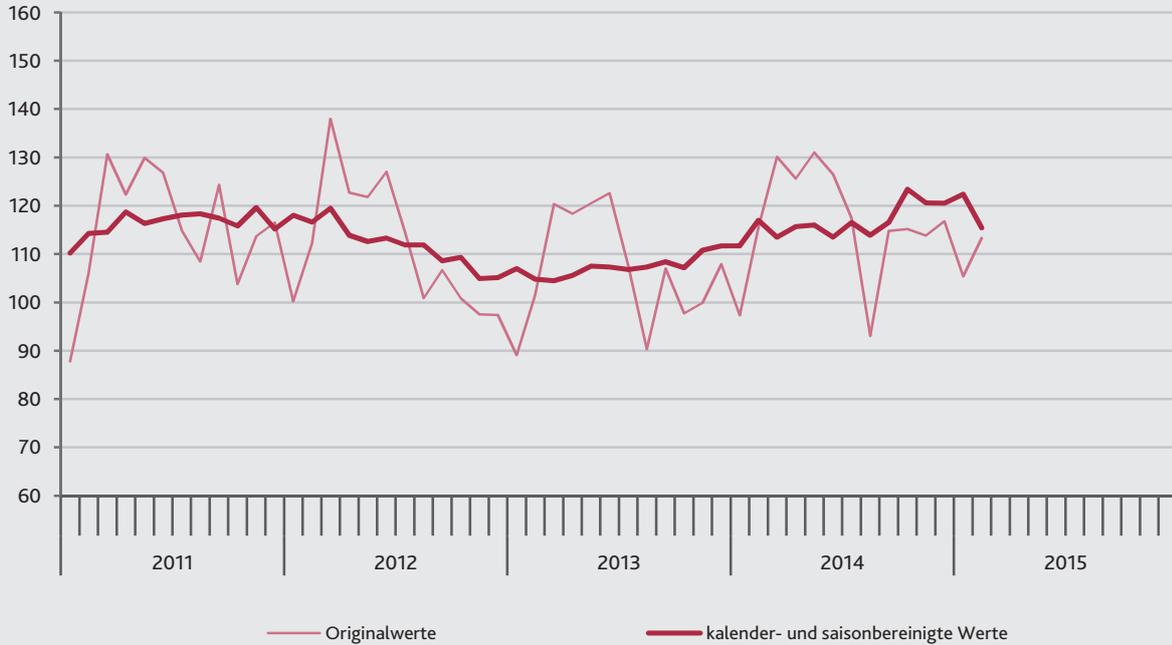


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

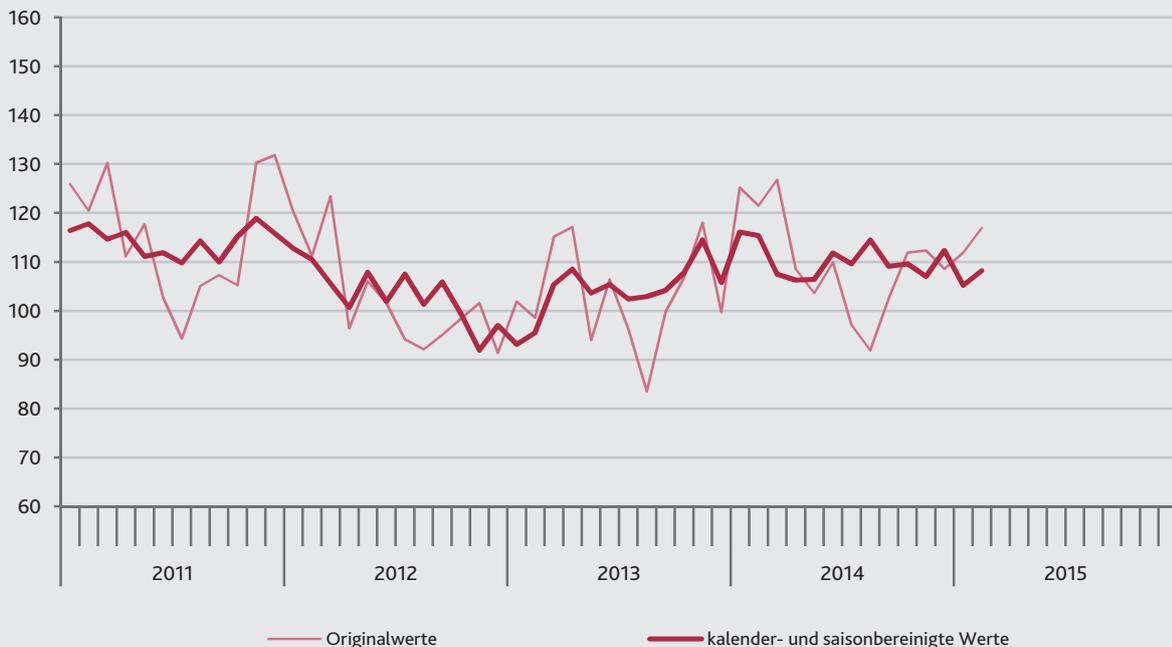


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

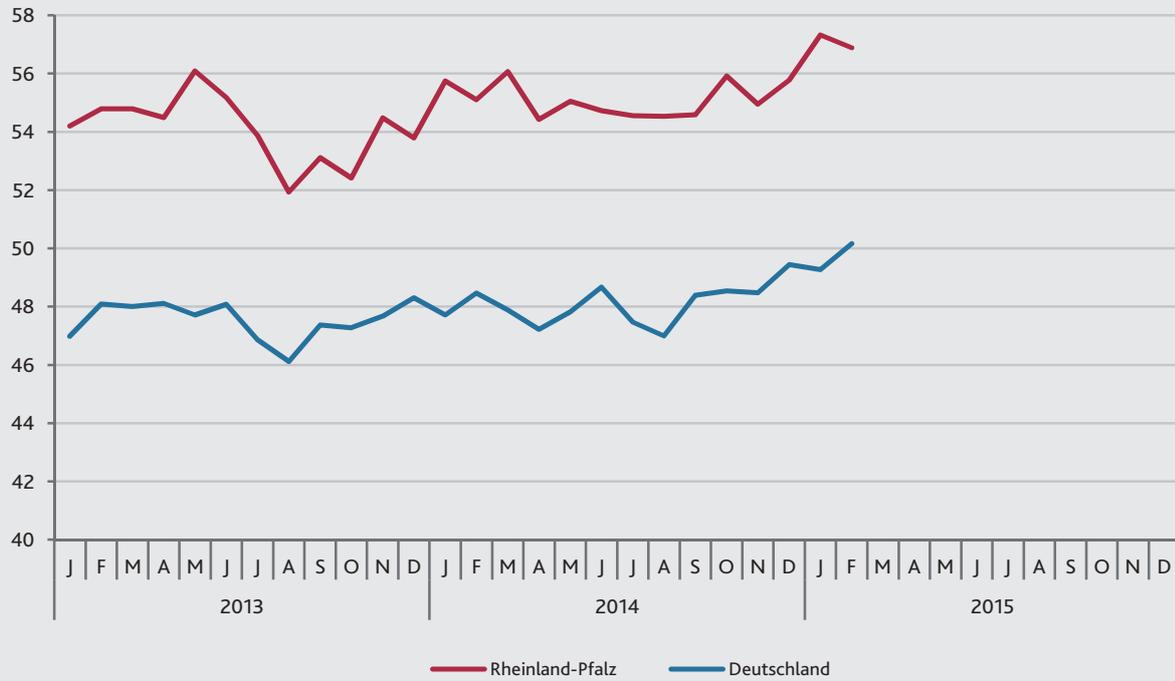
Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

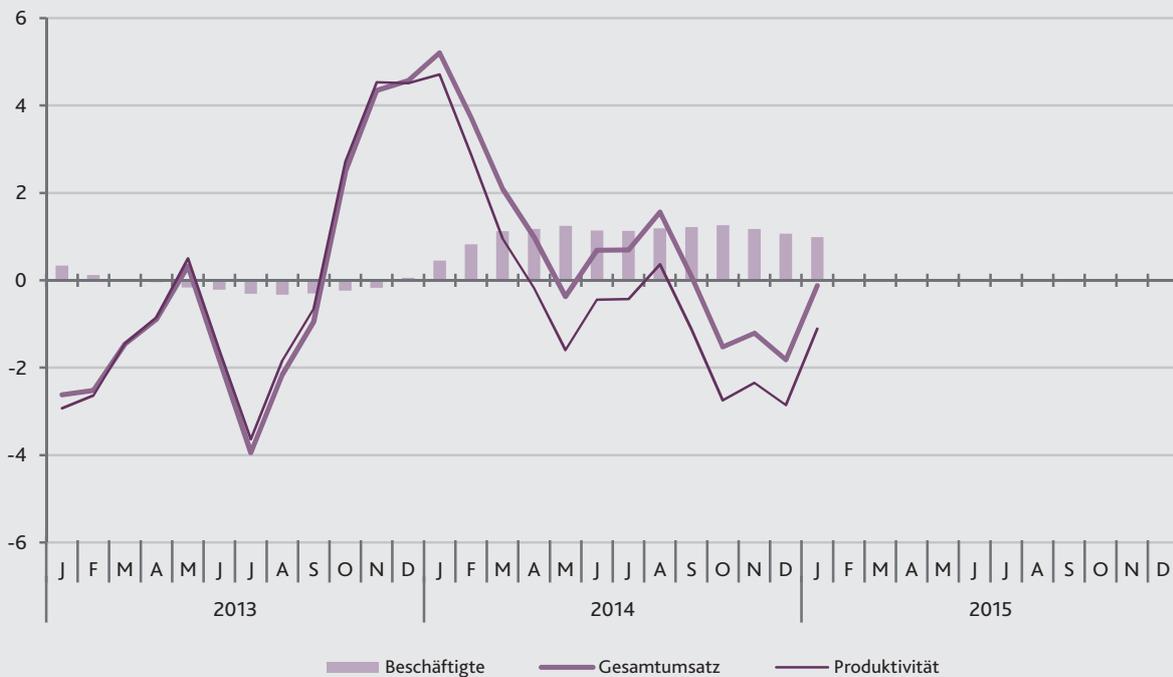
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

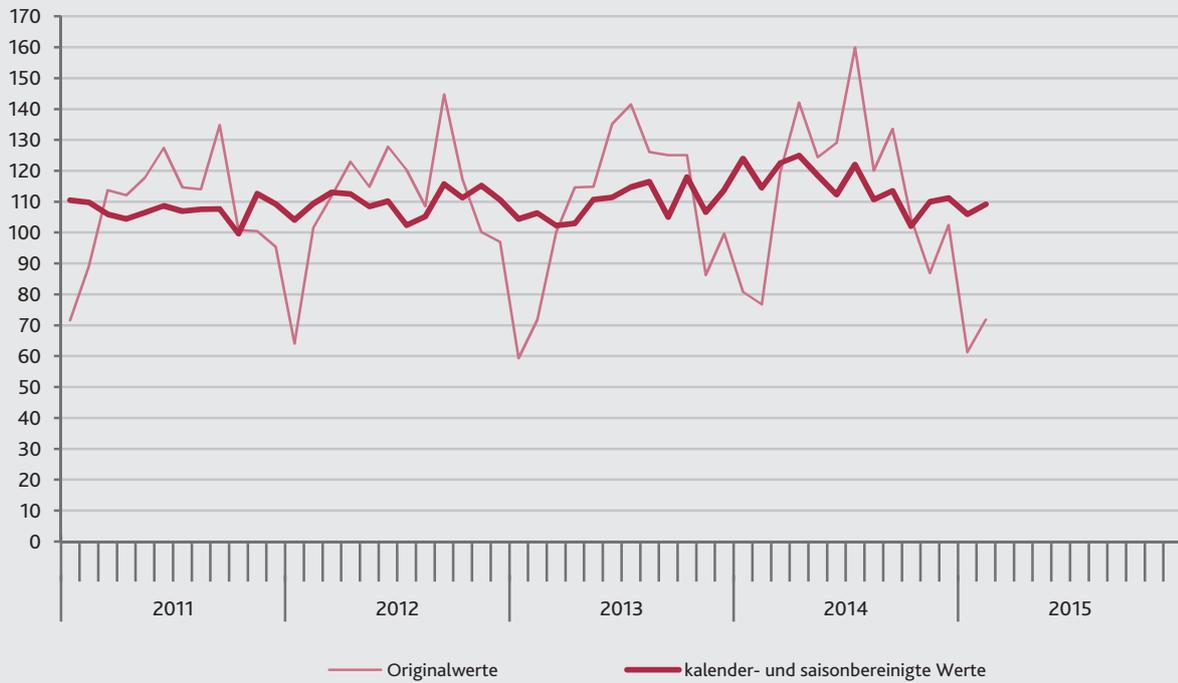


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

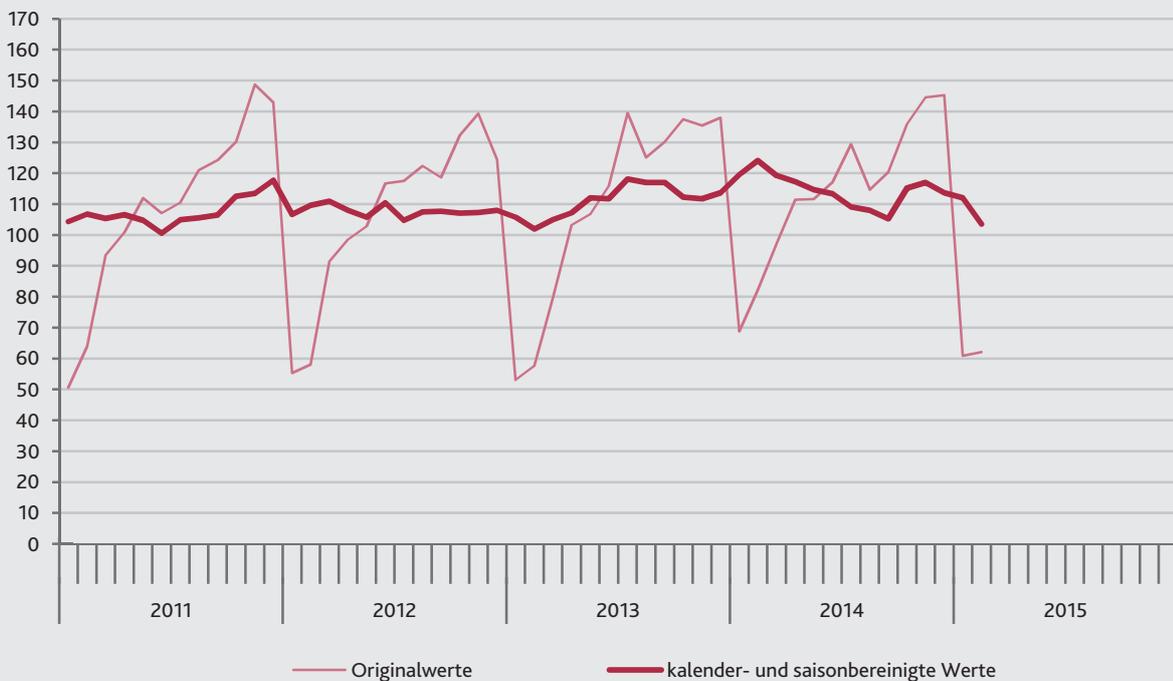
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

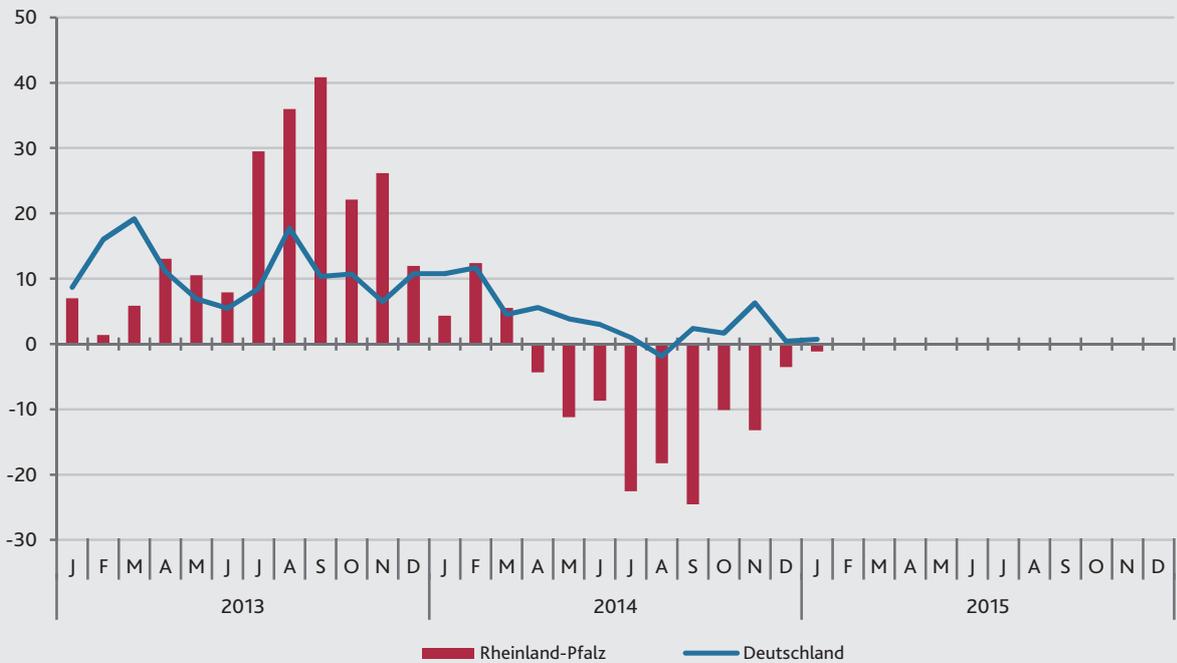
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

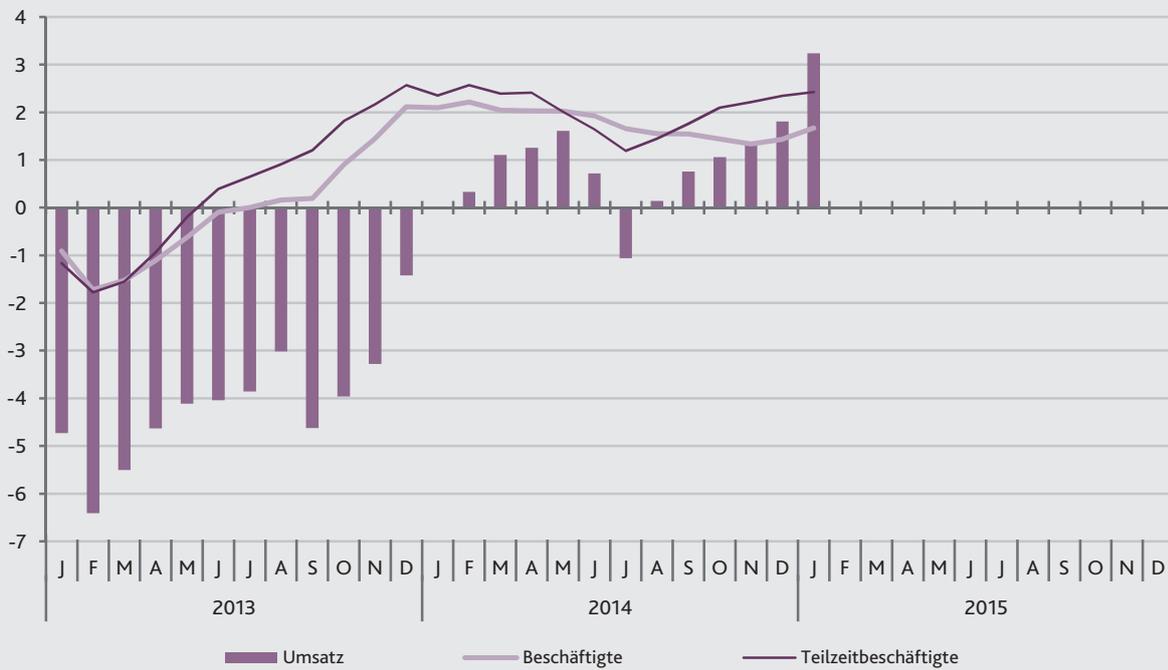


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

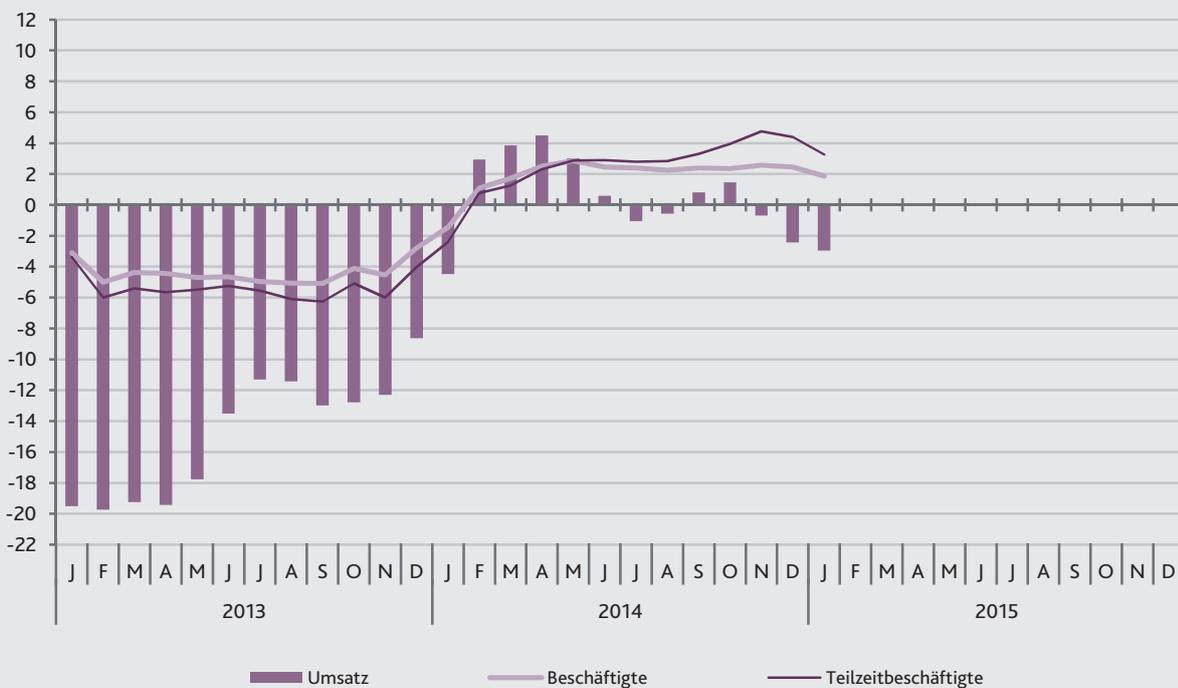
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

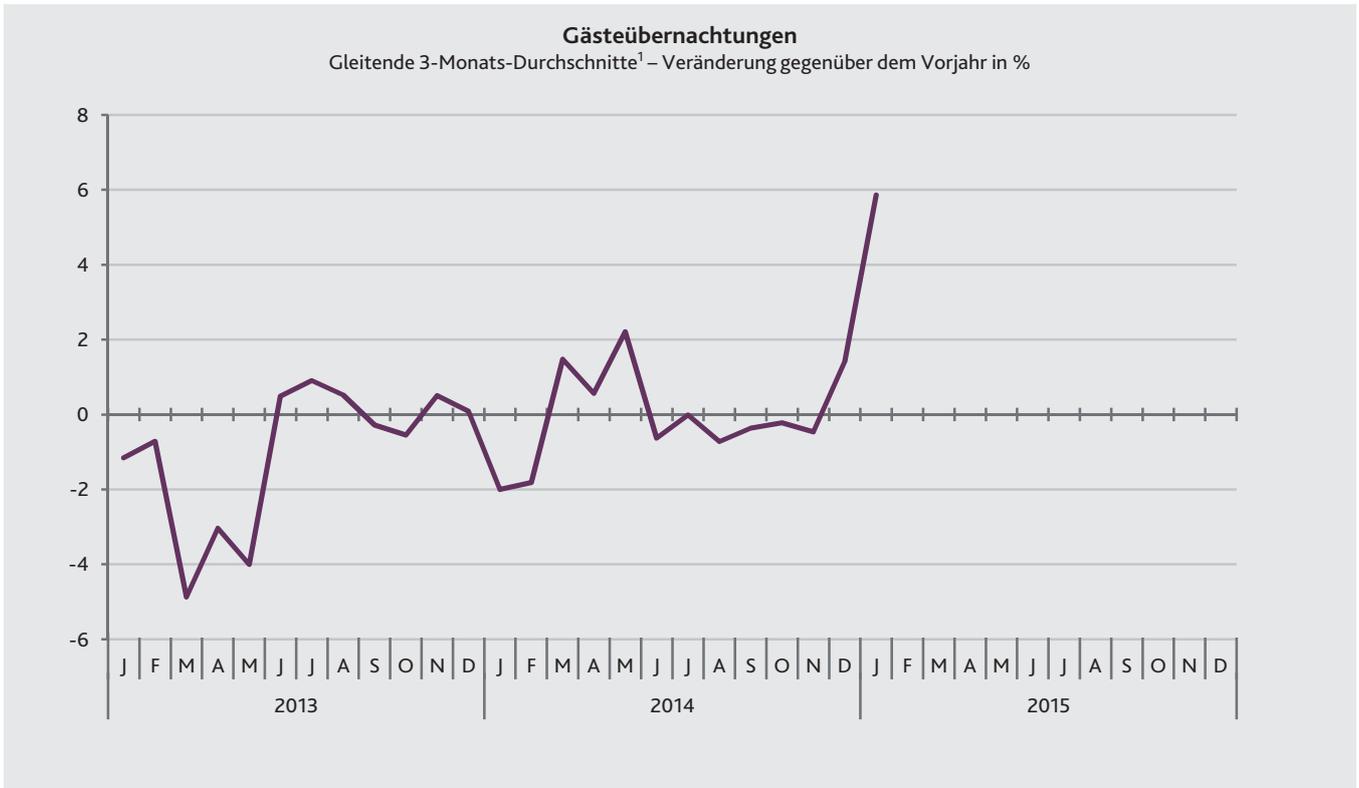
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



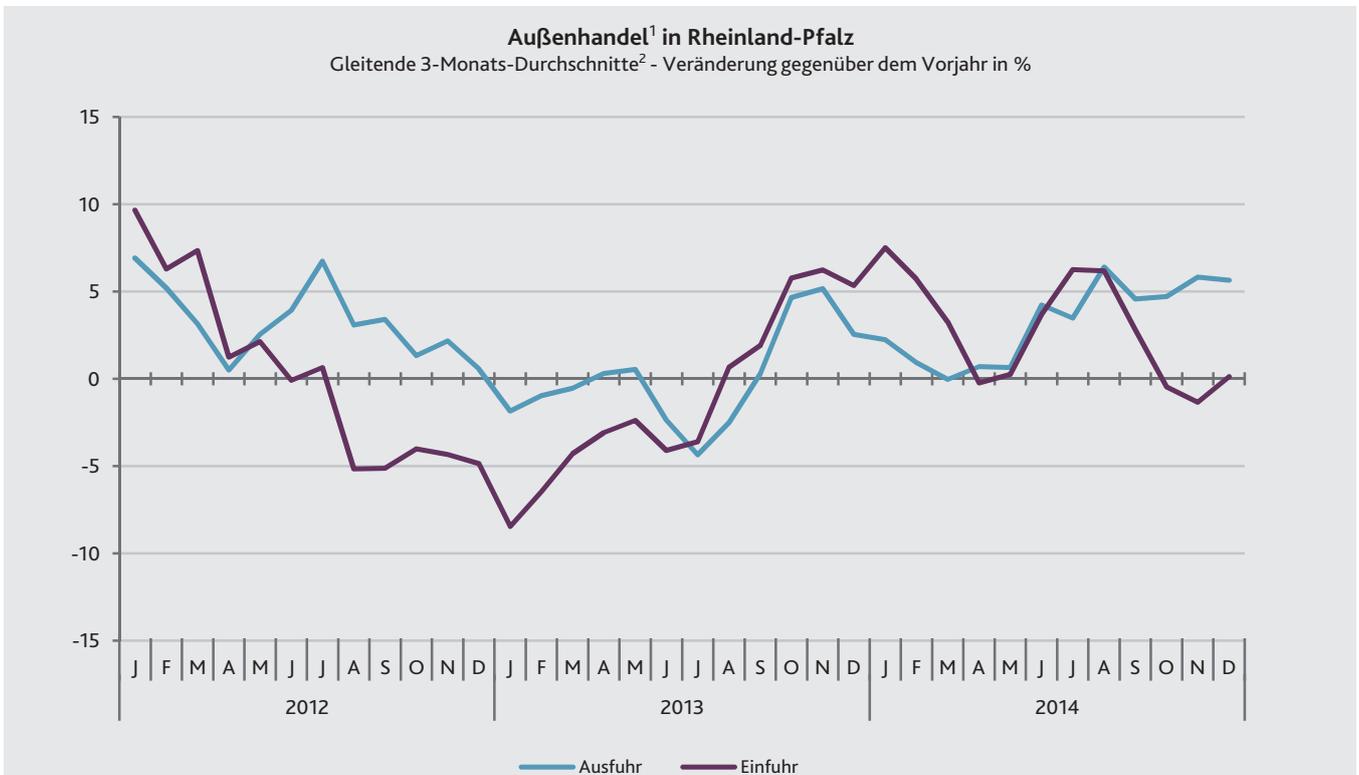
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

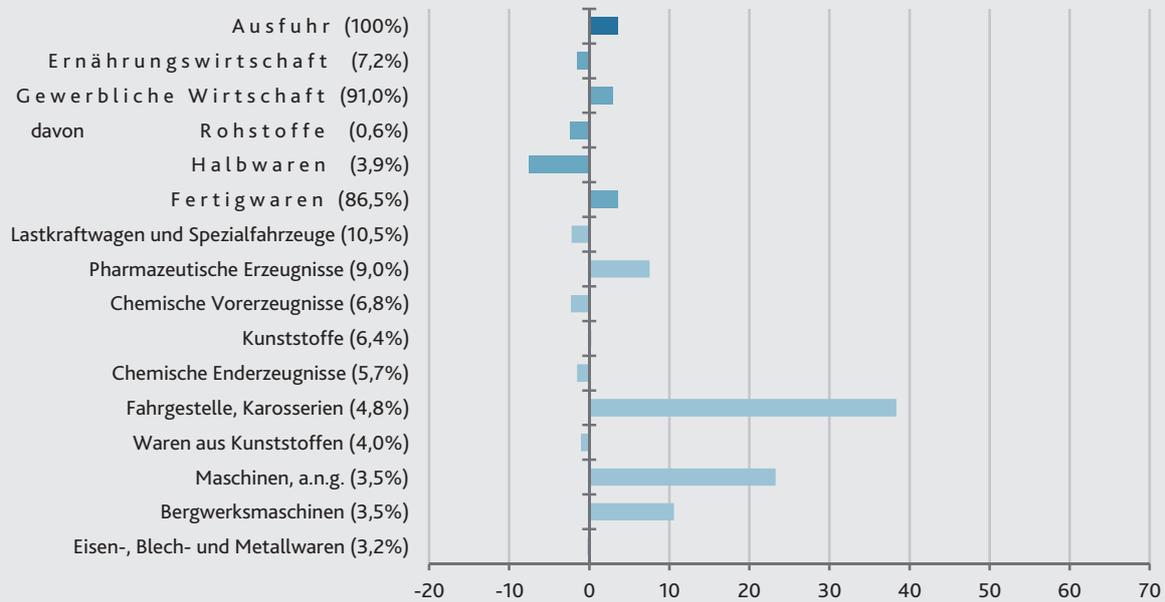


1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

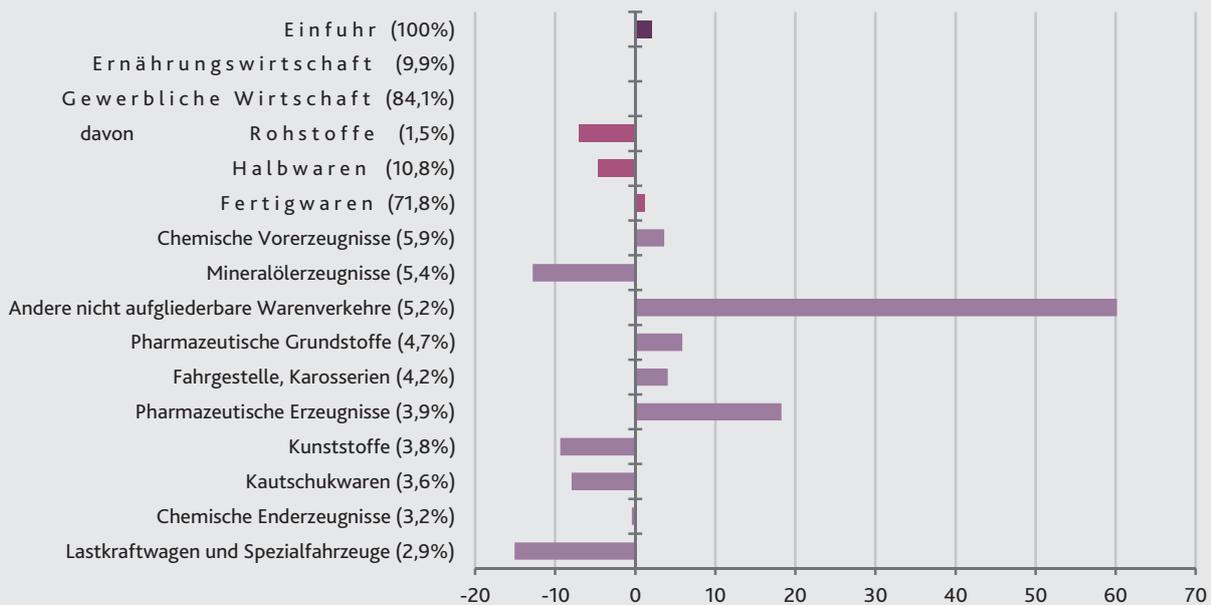
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2014 - Januar 2015 nach Warengruppen¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

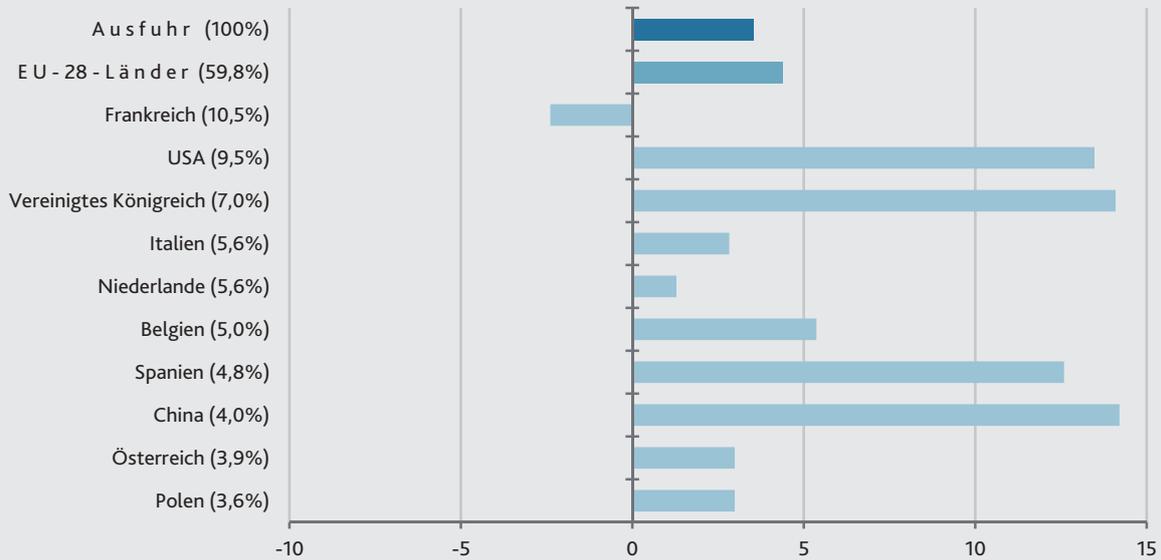
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2014 - Januar 2015 nach Warengruppen¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2014 - Januar 2015 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



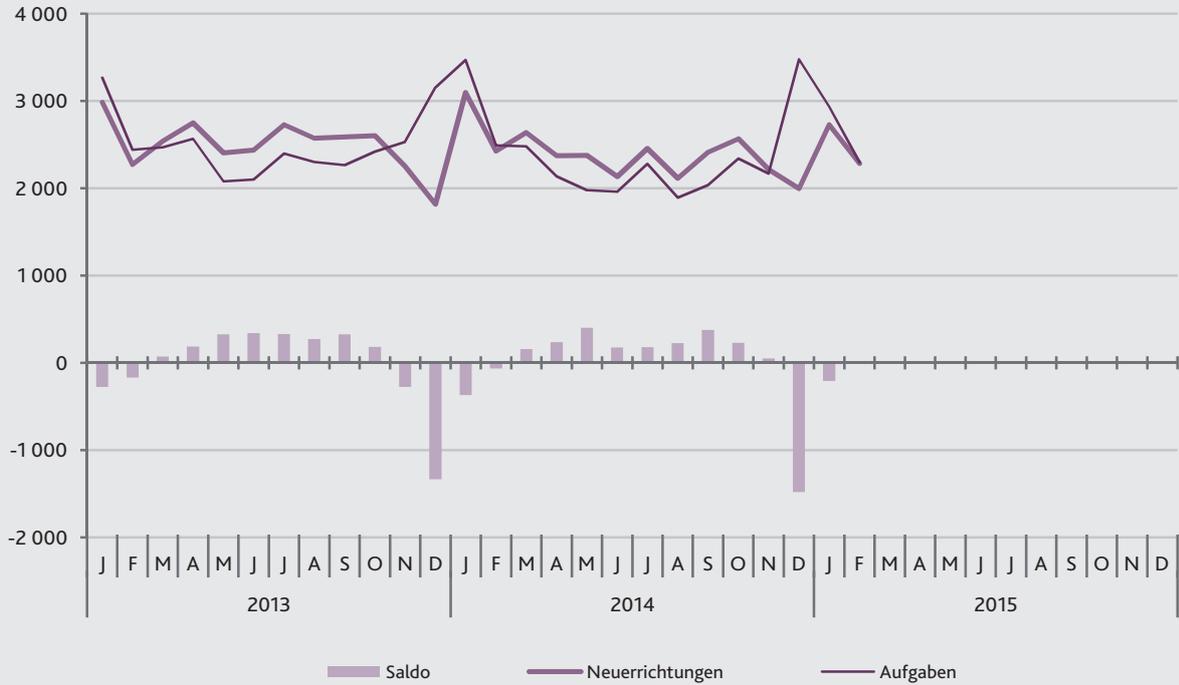
¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2014 - Januar 2015 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2014.

Gewerbeanzeigen

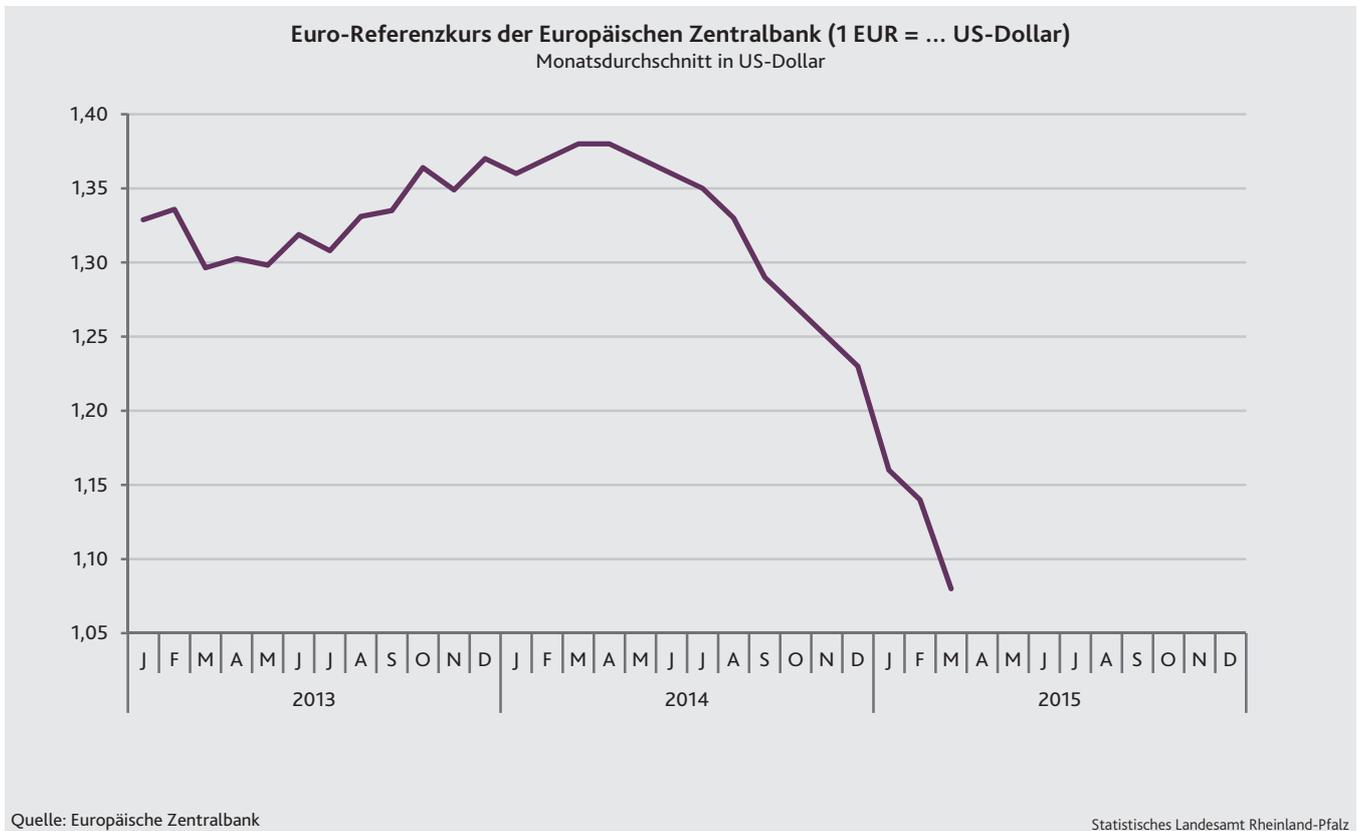
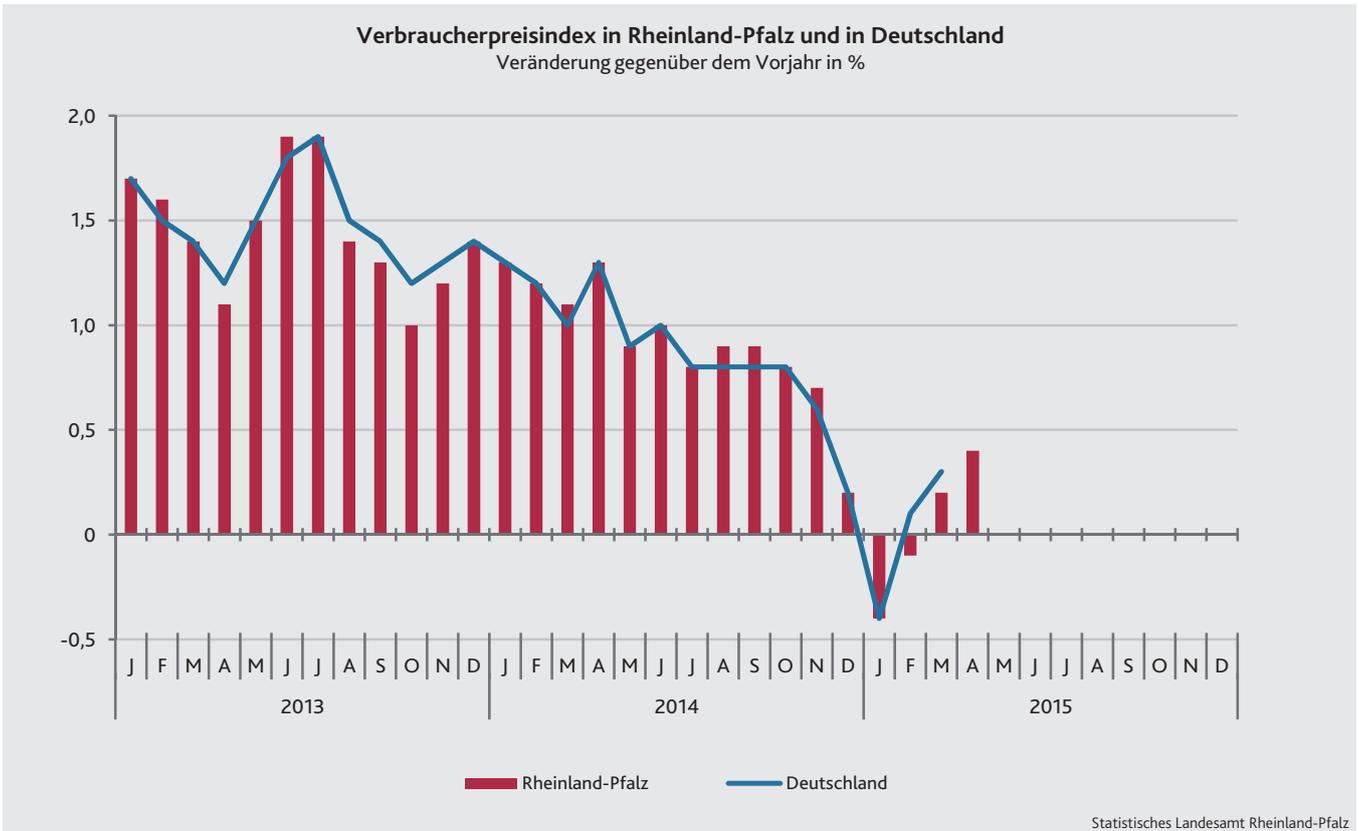


Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

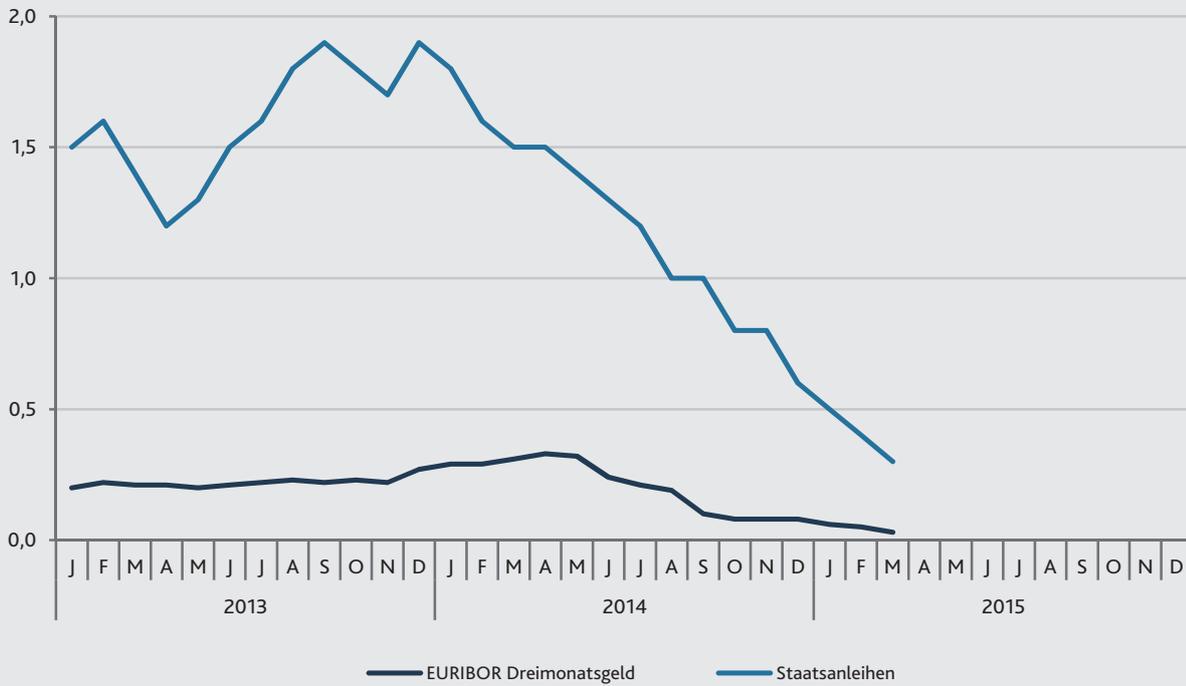
Unternehmensinsolvenzen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



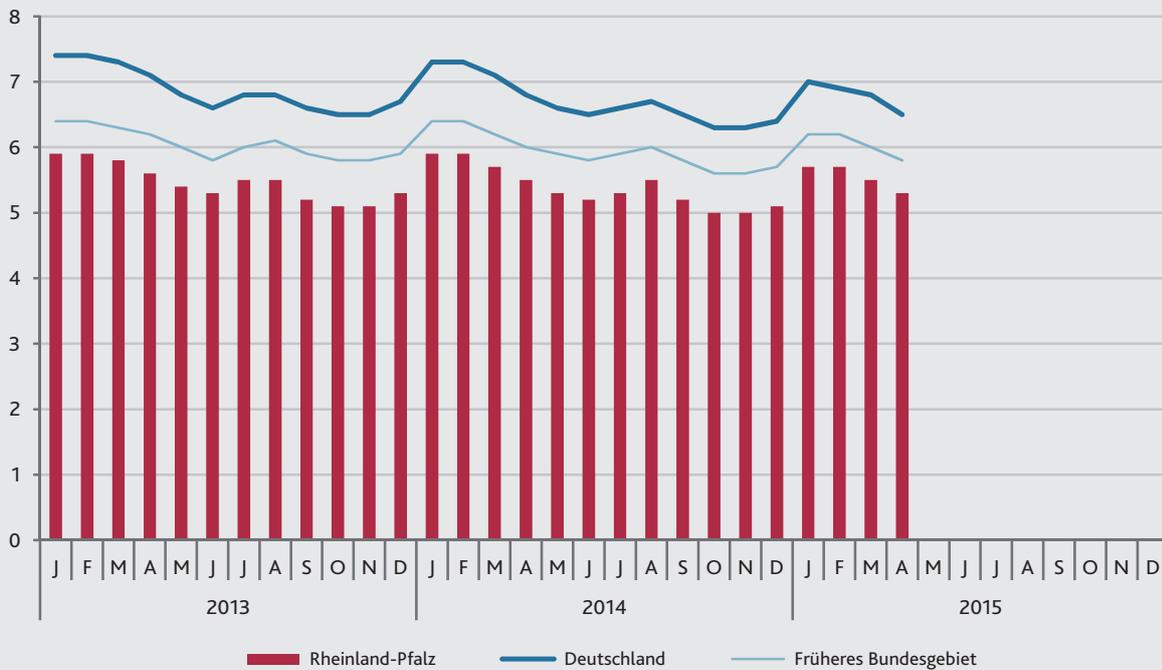
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

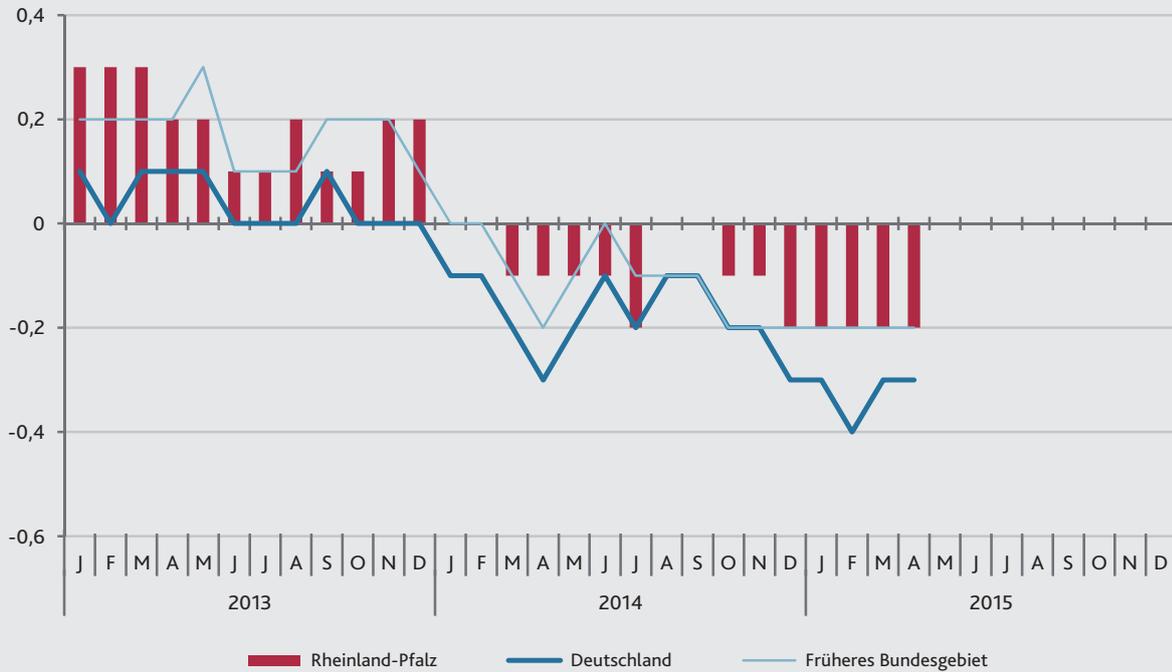
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

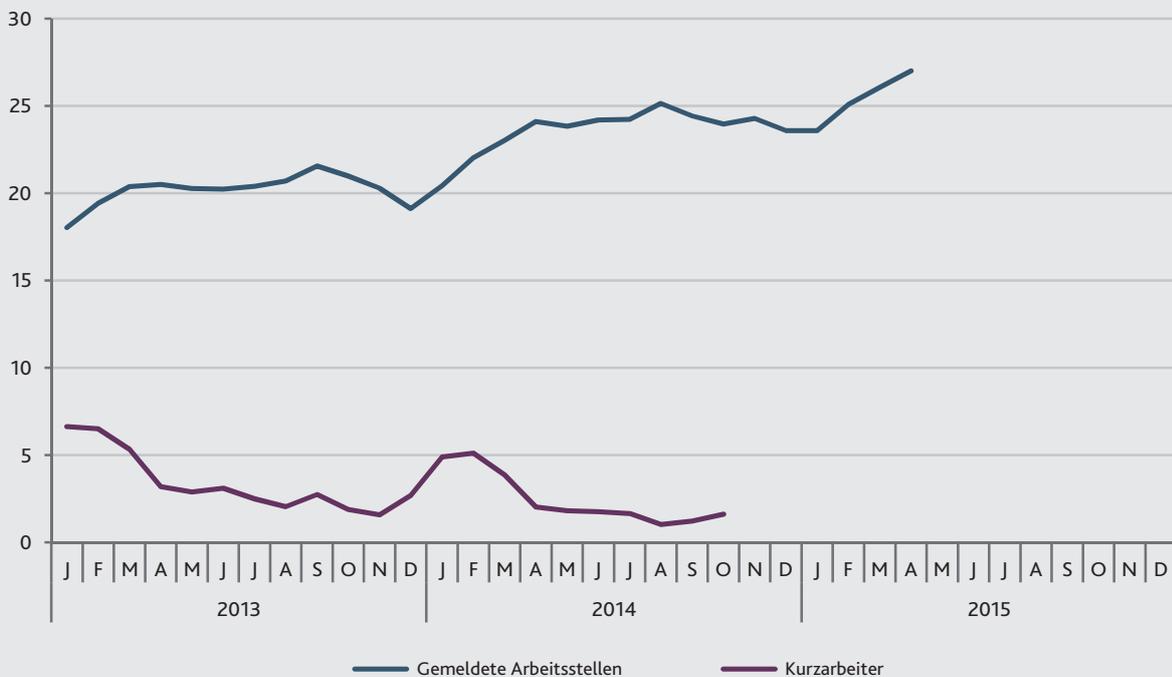
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

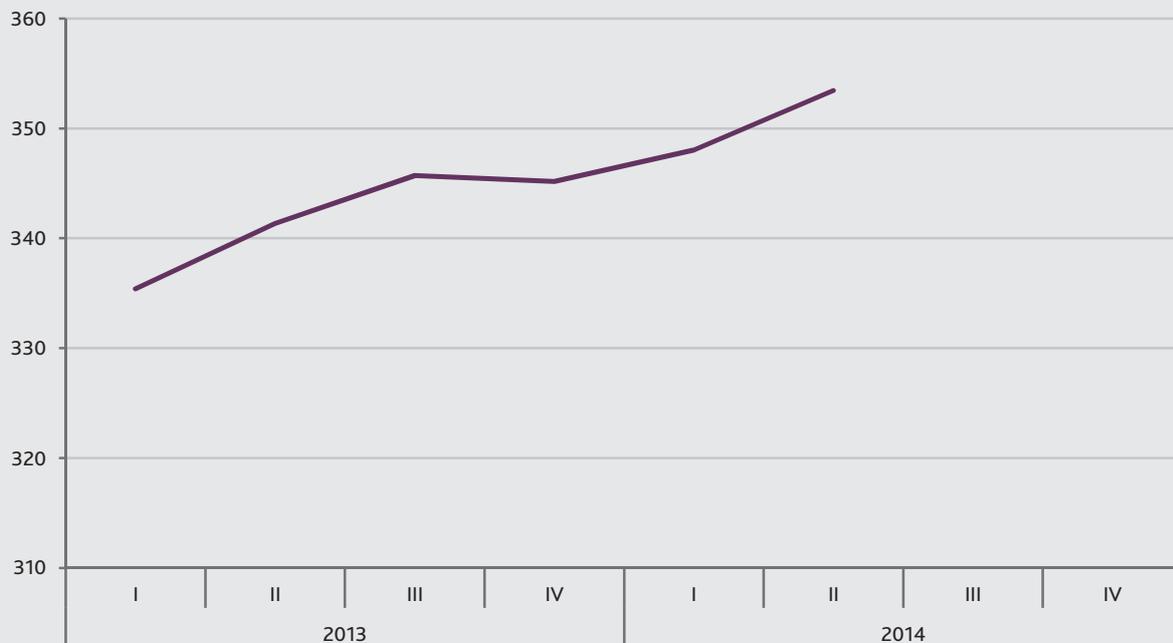
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

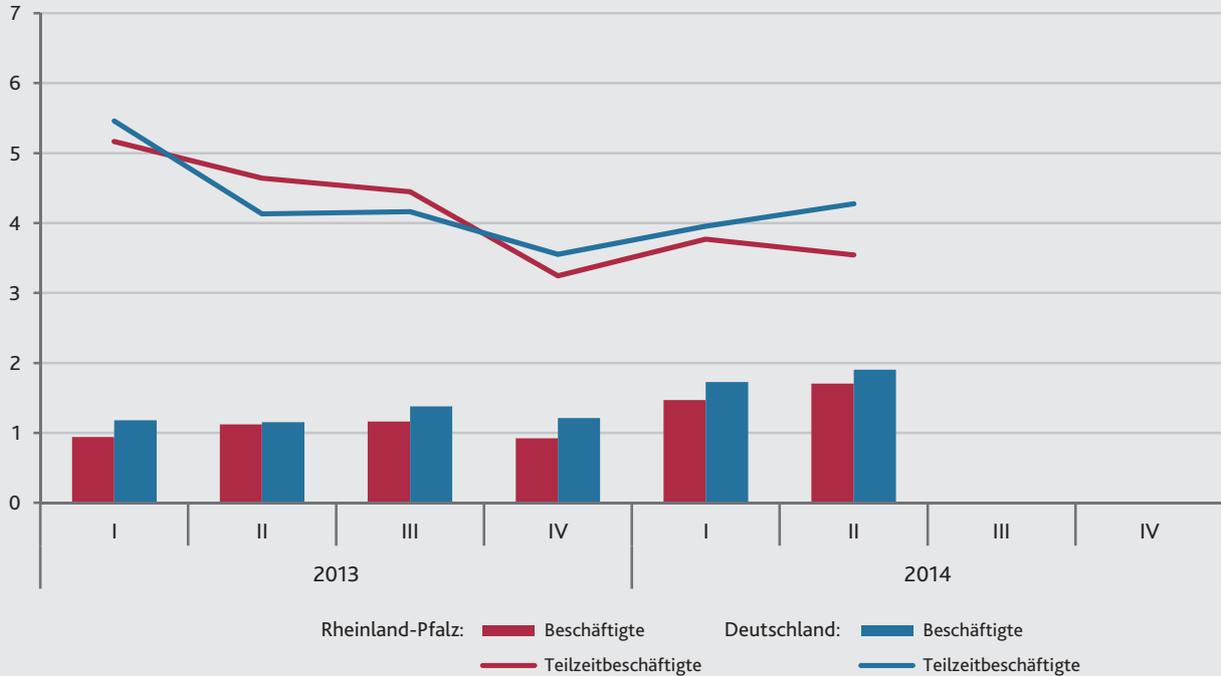
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

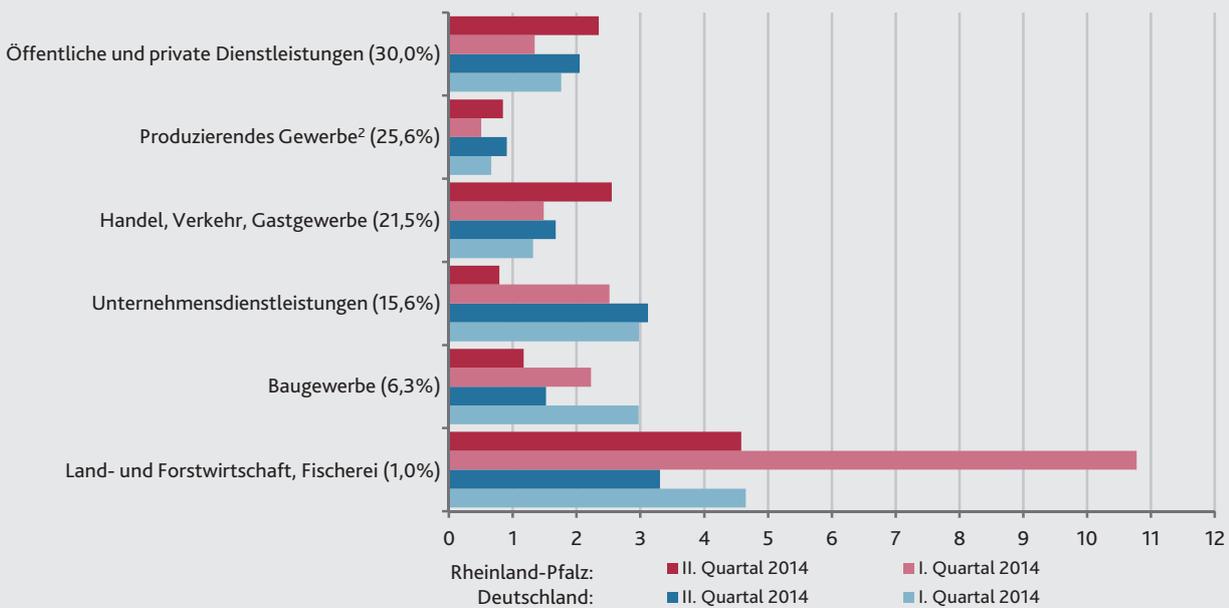
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

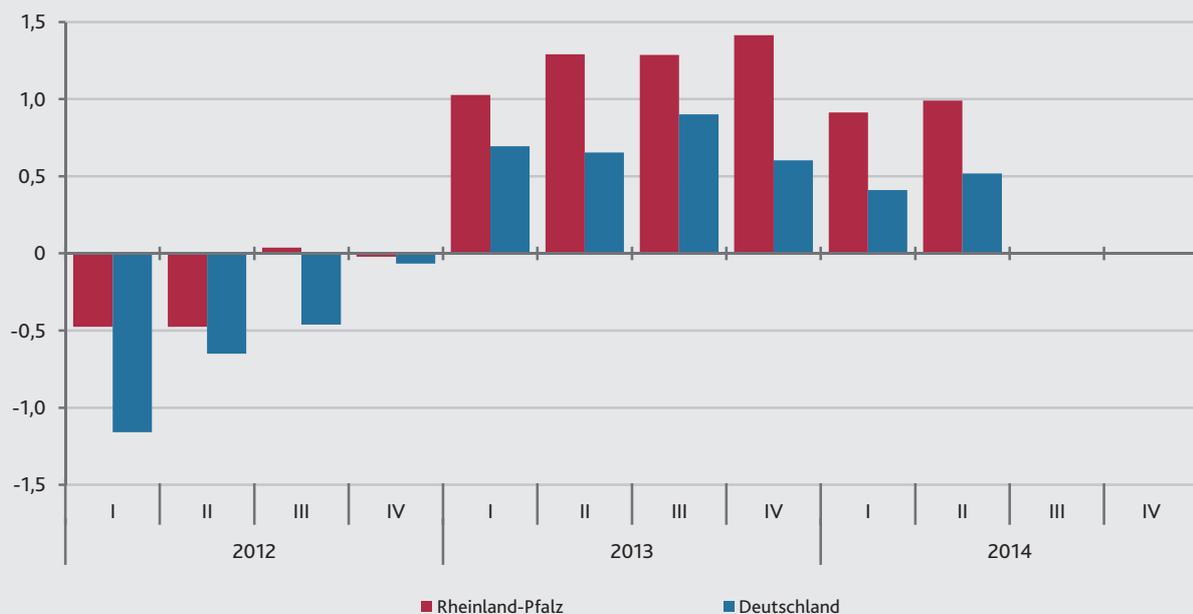
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsplatz
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

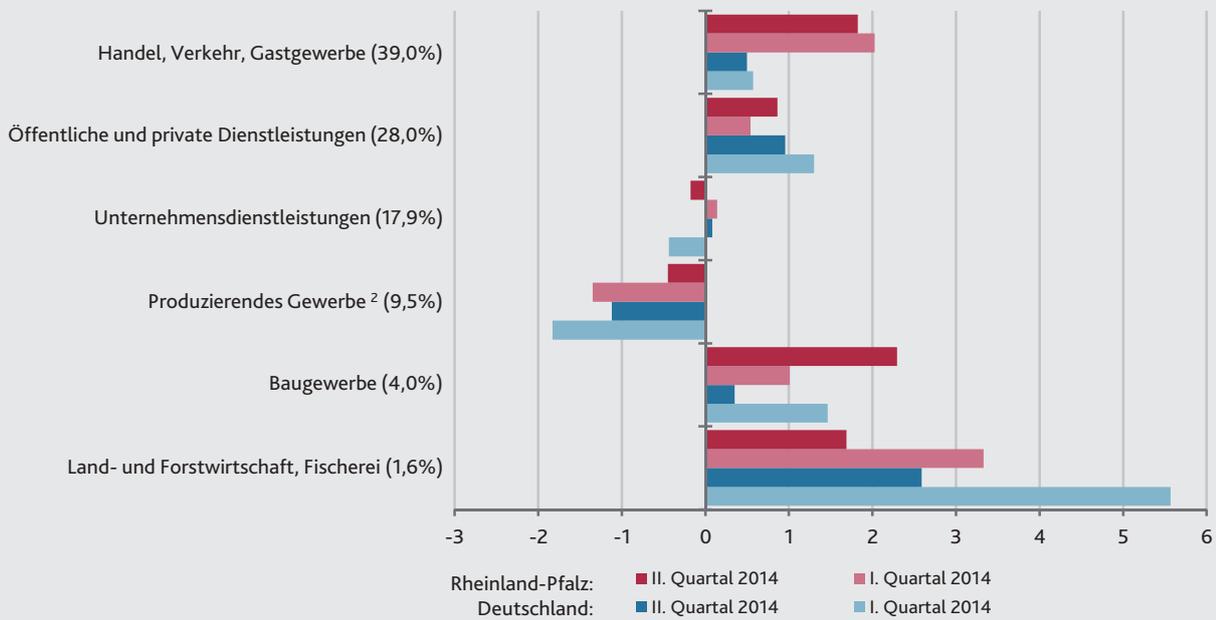
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. April 2015.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindes-

tens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neugründung (Neugründung, Gründung

nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben

werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweignidizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numbers. The numbers are printed in a dark color on a light background. The values are arranged in a grid-like pattern, with some numbers appearing to be part of a larger dataset. The numbers are: 20, 129 151, 130 953, 752, 134 121, 128 093, 127 842, 16 058, 126 824, 133 450, 129 432, 134 628, 134 545, 157 264, 157 811, 157 827, 111 776, 110 138, 113 466, 113 035, 80 756, 84 980, 63 568, 87 007, 64 829, 77 648, 65 282, 78 146, 92 396, 78 320, 94 429, 125 873, 95 409, 125 677, 103 800, 87 027, 69.

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 ^{1,2}	3 994 ^{1,2}	3 995	3 995	3 994	4 008	4 010
darunter Ausländer ^{r3}	1 000	290 ^{1,2}	306 ^{1,2}	305	306	306	325	328

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 687	1 602	1 503	975	2 089	1 999	1 625
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 597	2 666	2 825	2 516	3 316	3 159	2 921
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	8,3	7,7	9,8	9,6	8,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 700	3 794	3 507	3 469	4 298	3 564	3 681
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,4	10,3	10,6	12,7	10,8	10,8
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	8	7	7	12	13	8
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,2	3,1	2,5	2,8	3,6	4,1	2,7
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 103	-1 129	- 682	- 953	- 982	- 405	- 760
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,3	- 3,4	- 2,0	- 2,9	- 2,9	- 1,2	- 2,2

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 262	9 962	13 324	9 220	6 934	14 750	14 362
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 739	4 305	5 410	4 072	2 821	7 153	6 778
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 197	8 538	11 018	8 116	6 861	11 447	11 538
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 430	2 630	2 972	2 755	2 373	3 687	3 317
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 065	1 424	2 306	1 104	73	3 303	2 824
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 154	13 592	16 008	12 831	11 281	16 292	15 759

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2011	2012		2013			2014		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 261	1 285	1 296	1 291	1 299	1 325	1 308	1 310	1 321
* Frauen	1 000	575	589	600	598	599	611	607	607	611

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Ergebnis vorläufig. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2011	2012		2013			2014		
			30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	83	90	88	90	96	100	94	100	106
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	300	326	334	335	341	346	345	348	353
* darunter Frauen	1 000	254	275	282	283	286	289	290	292	295
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	12	10	11	13	13	10	12	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	418	416	416	418	425	418	420	422
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	269	274	279	276	278	285	282	280	285
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	194	199	199	198	204	206	202	203	206
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	375	382	392	390	387	395	396	396	396

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Arbeitslose	Anzahl	116 353	115 741	125 452	122 322	117 355	123 807	123 337	118 863	114 644
* Frauen	Anzahl	54 039	53 744	56 266	55 726	54 140	55 484	55 047	53 680	52 689
* Männer	Anzahl	62 314	61 998	69 186	66 596	63 215	68 323	68 290	65 183	61 955
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	46 247	44 689	52 389	49 081	44 839	50 145	49 671	45 829	41 844
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 106	71 053	73 063	73 241	72 516	73 662	73 666	73 034	72 800
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,5	5,4	5,9	5,7	5,5	5,7	5,7	5,5	5,3
* Frauen	%	5,4	5,3	5,6	5,6	5,4	5,5	5,4	5,3	5,2
* Männer	%	5,5	5,4	6,1	5,9	5,6	6,0	6,0	5,7	5,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,1	4,9	5,3	5,1	4,8	5,0	5,2	5,0	4,6
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,1	3,0	2,9	2,9	3,0	3,1	3,0	3,1
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,6	6,2	6,1	5,9	6,0	5,9	5,7	5,6
* Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,2	6,7	6,6	6,5	6,5	6,4	6,2	6,1
* Ausländer/-innen	%	12,2	12,1	13,6	13,4	12,9	13,4	13,5	13,1	12,8
* Deutsche	%	4,9	4,8	5,3	5,1	4,9	5,1	5,1	4,9	4,7
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	3 423	...	5 109	3 851	2 025
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	20 154	23 602	22 026	23 028	24 099	23 584	25 087	26 056	27 000

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹⁰

	Einheit	2012	2013		2014			2015		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 183	218 942	217 290	220 172	223 415	220 043	221 444	224 000	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 591	113 107	112 368	113 786	115 133	113 516	114 112	115 108	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	154 825	155 110	153 520	155 793	158 252	155 003	156 170	158 263	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	63 359	63 832	63 770	64 379	65 163	65 040	65 274	65 737	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 950	61 451	61 362	61 946	62 667	62 581	62 840	63 359	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2012	2013		2014				2015		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	528	552	406	478	529	456	388	486	406
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	507	367	426	478	408	351	439	378
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	3	1	1	2	2	4	5	1
Unternehmen	Anzahl	48	64	78	62	84	90	44	95	34
private Haushalte	Anzahl	478	485	327	415	443	364	340	386	371
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	867	1 025	670	943	861	852	707	977	762
* Umbauter Raum	1 000 m ³	590	633	442	596	529	511	453	612	519
* Wohnfläche	1 000 m ²	110	119	85	115	109	97	85	115	95
Wohnräume	Anzahl	4 399	4 783	3 450	4 352	4 359	3 997	3 369	4 386	3 708
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	162	180	124	177	160	147	134	179	146

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	124	126	105	97	108	149	116	100	86
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	13	9	10	8	14	11	9	5
Unternehmen	Anzahl	102	99	77	68	83	94	88	78	69
private Haushalte	Anzahl	11	14	19	19	17	41	17	13	12
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	31	39	7	11	8	7	7	3
* Umbauter Raum	1 000 m ³	882	739	802	605	844	660	523	498	267
* Nutzfläche	1 000 m ²	117	105	102	78	114	102	83	70	44
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	89	97	74	111	72	59	67	43

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	979	1 120	916	1 029	1 031	1 020	849	1 079	877
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 006	5 500	4 231	4 692	5 039	4 843	3 964	4 848	4 075

Landwirtschaft

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 983	10 747	10 272	11 647	10 754	12 161	11 398	12 318	11 031
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 010	1 847	1 885	2 147	1 731	2 321	2 059	2 074	2 020
darunter										
* Kälber ²	t	9	8	17	6	5	7	19	4	6
* Jungrinder	t	9	10	33	20	10	12	12	11	6
* Schweine	t	8 924	8 852	8 332	9 460	8 991	9 789	9 279	10 210	8 976
* Eierzeugung ³	1 000	14 494	14 522	10 126	11 694	15 755	13 206	12 585	13 425	14 846

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 004	984	984	966	978	983	983	974	992
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	248 907	248 561	248 880	248 361	249 267	252 796	251 667	250 460	251 766
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 600	31 499	28 191	32 956	32 115	33 103	29 183	32 186	31 432
* Entgelte	Mill. EUR	974	1 002	970	944	927	1 346	991	959	951
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 047	7 045	6 633	6 924	6 929	6 957	6 869	6 670	6 922
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 981	3 945	3 407	4 158	4 067	3 810	3 626	3 971	3 956
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 769	1 839	1 975	1 506	1 693	1 935	1 957	1 515	1 784
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	98	85	72	77	81	98	81	76	77
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 199	1 176	1 179	1 183	1 088	1 114	1 204	1 108	1 105
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 340	2 337	2 134	2 521	2 472	2 220	2 297	2 425	2 408
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	901	961	1 057	730	830	998	984	705	883
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 798	3 812	3 568	3 860	3 818	3 823	3 832	3 823	3 938
Exportquote ⁷	%	53,9	54,1	53,8	55,7	55,1	55,0	55,8	57,3	56,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,4	103,0	86,2	110,5	104,4	96,1	99,1	107,0	108,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	99,3	100,2	85,3	110,0	105,6	95,5	90,6	104,2	98,6
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	105,9	111,2	92,9	113,5	109,9	105,3	114,3	116,5	120,2

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2012	2013		2014				2015		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	98,7	75,5	36,6	106,6	52,1	46,5	38,5	60,4	43,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	95,6	89,5	71,7	102,7	83,9	71,0	93,3	90,8	121,2
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	99,3	102,5	88,6	111,3	110,4	96,2	90,4	103,1	100,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	107,7	119,3	86,5	102,5	99,6	101,9	124,6	120,0	121,9

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	172	171	175	175	173	172	168	168
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 669	9 694	9 729	9 796	9 773	9 789	9 765	9 690	9 671
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 208	1 188	1 029	1 272	1 209	1 230	1 058	1 197	1 127
* Entgelte ³	Mill. EUR	39	41	37	37	36	58	40	37	37
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	448	474	514	479	385	364	364	329	338
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	433	459	496	462	370	350	349	314	324

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 505	38 342	37 965	37 282	37 197	38 822	38 230	37 501	37 378
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 816	3 791	3 093	3 101	3 307	4 276	3 227	2 734	2 814
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 610	1 562	1 306	1 369	1 471	1 793	1 381	1 297	1 299
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	906	911	781	790	822	1 023	844	722	769
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 300	1 319	1 006	942	1 014	1 460	1 002	715	746
darunter Straßenbau	1 000 h	626	646	494	390	470	705	459	258	292
* Entgelte	Mill. EUR	90	92	94	87	79	113	102	81	76

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹Bauhauptgewerbe²

Einheit	2012	2013			2014			2015		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	382	405	486	252	308	506	516	225	240
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	138	145	166	97	127	160	168	82	99
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	112	137	67	85	141	157	72	70
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	149	184	88	97	205	191	71	70
darunter Straßenbau	Mill. EUR	69	73	86	33	42	107	84	23	25

Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Betriebe ⁵	Anzahl	395	415	415	415	414	414	411	411	411
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	14 919	15 506	15 479	15 737	15 511	15 412	15 555	15 862	15 748
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 814	4 948	4 988	5 170	5 004	4 831	4 827	5 111	4 979
* Entgelte	Mill. EUR	111	119	117	118	126	114	118	120	128
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	446	412	390	425	507	343	387	422	548

Handel⁶Großhandel^{6,7}

Einheit	2012	2013			2014			2015		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Beschäftigte	2010=100	103,0	105,4	104,8	104,7	105,1	107,8	106,7	106,1	106,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	107,8	114,1	113,3	113,7	114,8	121,3	120,0	119,5	120,2
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	102,7	94,7	89,9	84,5	84,0	93,1	90,4	77,9	78,9
* Umsatz real ⁹	2010=100	95,8	87,6	83,5	78,7	78,1	87,8	85,7	74,1	74,6

Einzelhandel^{6,9}

* Beschäftigte	2010=100	102,9	102,7	105,2	103,2	103,0	106,6	106,7	105,2	104,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,0	103,3	105,5	104,0	103,6	108,3	108,2	106,6	105,9
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	104,3	101,4	114,8	93,6	89,2	102,7	118,2	95,9	90,5
* Umsatz real ⁸	2010=100	100,9	96,7	109,6	89,4	84,8	98,0	113,5	92,8	86,7

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{1,2}**

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Beschäftigte	2010=100	104,0	103,7	103,9	103,1	103,0	106,2	105,4	104,4	104,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	110,2	114,5	115,6	115,0	115,9	120,2	120,3	119,2	119,8
* Umsatz nominal ³	2010=100	97,4	94,6	81,7	84,8	85,3	102,8	92,9	82,0	88,8
* Umsatz real ³	2010=100	94,8	92,1	79,7	82,7	83,2	99,6	90,1	79,5	86,1

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	104,9	99,8	96,6	93,4	94,3	101,7	99,1	95,4	95,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,8	100,5	96,7	93,5	94,4	103,4	101,3	96,5	96,1
* Umsatz nominal ³	2010=100	92,4	80,4	81,1	58,8	58,8	76,2	79,3	58,8	59,4
* Umsatz real ³	2010=100	89,3	75,9	76,2	55,1	54,8	69,8	72,8	53,7	54,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	669	672	416	334	366	522	434	333	386
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	89	55	68	90	89	53	75
* Gästeübernachtungen	1 000	1 758	1 748	1 062	848	892	1 224	1 099	878	994
* darunter von Auslandsgästen	1 000	443	435	230	134	164	225	234	136	208

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 858	1 779	1 792	1 709	1 444	2 008	1 753	1 796	1 624
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 248	1 191	1 142	1 051	917	1 406	1 135	1 107	982
* Getötete Personen	Anzahl	17	15	15	18	10	23	13	9	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	9	8	6	10	4	10	6	5	6
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	3	-	-	7	2	-	1
Radfahrer	Anzahl	2	1	2	2	2	3	1	-	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	5	2	3	4	3	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 620	1 547	1 488	1 350	1 179	1 821	1 481	1 489	1 282

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	302	296	267	206	229	347	238	220	201
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	136	137	157	121	128	136	136	137	115
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	72	70	30	17	23	100	41	19	10
Radfahrer	Anzahl	48	46	36	20	23	53	25	19	17
Fußgänger	Anzahl	32	29	34	40	41	39	28	41	41

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 263	11 881	10 079	9 691	10 260	10 920	10 455	9 553	10 145
darunter										
Kraftträder	Anzahl	593	589	99	182	464	204	129	180	416
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 321	9 973	8 502	8 354	8 499	9 554	9 019	8 156	8 661
* Lastkraftwagen	Anzahl	943	904	910	826	893	818	905	877	785
Zugmaschinen	Anzahl	334	339	438	254	304	265	327	285	238

Personenbeförderung

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	52 780	53 338	55 824	48 007	55 733	58 819	56 317	46 755	...
Personenkilometer ³	Mill.	454	479	522	444	512	546	530	439	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gütereingang	1 000 t	1 058	1 094	1 143	910	1 002	1 082	1 095	993	1 163
* Güterversand	1 000 t	815	821	855	717	770	872	833	747	798

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 858	3 876	3 857	3 274	3 913	4 353	3 977	3 737	3 954
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	296	294	290	269	280	303	294	259	284
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 529	3 540	3 518	2 956	3 583	3 979	3 598	3 395	3 555

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2012	2013		2014			2015			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	22	23	18	25	25	21	19	17
* Halbwaren	Mill. EUR	175	170	147	133	162	154	162	145	142
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 332	3 348	3 349	2 805	3 396	3 800	3 415	3 231	3 395
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	954	944	881	710	994	963	890	860	1 021
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 378	2 404	2 468	2 096	2 401	2 836	2 524	2 371	2 375
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 584	2 653	2 668	2 210	2 705	2 916	2 769	2 386	2 705
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 197	2 283	2 308	1 917	2 386	2 560	2 458	2 106	2 412
Belgien	Mill. EUR	179	187	182	167	203	210	200	181	205
Luxemburg	Mill. EUR	57	54	54	45	48	56	53	42	46
Dänemark	Mill. EUR	38	35	36	29	36	37	30	37	35
Finnland	Mill. EUR	31	31	28	33	34	31	26	27	30
Frankreich	Mill. EUR	407	430	421	364	451	450	411	356	430
Griechenland	Mill. EUR	35	41	32	21	47	34	27	31	35
Großbritannien	Mill. EUR	223	240	263	178	268	304	293	275	264
Irland	Mill. EUR	10	12	12	10	12	14	19	24	21
Italien	Mill. EUR	226	218	224	174	225	244	232	183	228
Niederlande	Mill. EUR	218	225	208	199	223	204	235	203	271
Österreich	Mill. EUR	146	148	150	134	155	162	156	117	142
Schweden	Mill. EUR	65	63	67	53	66	74	71	58	65
Spanien	Mill. EUR	173	172	172	151	201	222	211	170	216
Portugal	Mill. EUR	21	33	39	24	32	38	33	28	28
* Afrika	Mill. EUR	94	98	104	89	82	116	85	142	83
* Amerika	Mill. EUR	559	530	528	389	580	646	523	583	548
darunter nach USA	Mill. EUR	369	342	354	234	416	477	372	436	383
* Asien	Mill. EUR	572	563	528	559	514	642	572	597	592
darunter nach China	Mill. EUR	154	147	161	154	132	172	138	156	174
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	49	31	29	27	31	33	28	29	26

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 616	2 599	2 663	2 434	2 622	2 750	2 582	2 513	2 634
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	267	253	255	272	263	233	277	299
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 263	2 222	2 287	2 058	2 212	2 337	2 176	2 071	2 132
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	82	44	44	35	44	45	38	31	35
* Halbwaren	Mill. EUR	324	310	301	292	225	323	334	245	260
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 857	1 868	1 941	1 731	1 943	1 969	1 804	1 794	1 837

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2012	2013		2014				2015		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	532	537	528	468	565	529	515	535	587
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 325	1 331	1 413	1 262	1 378	1 440	1 290	1 260	1 250
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 904	1 911	1 997	1 811	1 899	2 063	1 962	1 919	1 853
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 612	1 680	1 769	1 577	1 613	1 861	1 683	1 665	1 619
Belgien	Mill. EUR	284	297	299	268	255	309	305	262	279
Luxemburg	Mill. EUR	42	42	47	40	42	44	45	36	36
Dänemark	Mill. EUR	17	18	19	15	19	20	19	17	19
Finnland	Mill. EUR	11	7	6	5	6	10	8	13	11
Frankreich	Mill. EUR	241	241	247	226	228	247	225	227	213
Griechenland	Mill. EUR	7	9	5	11	8	8	6	9	6
Großbritannien	Mill. EUR	86	99	131	115	105	116	103	87	93
Irland	Mill. EUR	11	21	30	9	15	39	11	77	83
Italien	Mill. EUR	154	163	168	147	142	169	147	154	130
Niederlande	Mill. EUR	264	255	255	256	253	312	290	267	256
Österreich	Mill. EUR	89	84	87	98	77	91	85	93	76
Schweden	Mill. EUR	35	41	43	40	40	48	43	37	37
Spanien	Mill. EUR	95	109	132	92	113	116	92	105	85
Portugal	Mill. EUR	16	16	17	13	14	17	14	9	15
* Afrika	Mill. EUR	49	70	68	53	37	43	31	35	56
* Amerika	Mill. EUR	286	251	240	279	268	232	226	235	276
darunter aus USA	Mill. EUR	201	186	165	142	212	150	179	187	171
* Asien	Mill. EUR	371	363	352	286	413	407	360	319	444
darunter aus China	Mill. EUR	158	161	151	138	181	165	148	150	201
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	6	4	4	5	4	4	4

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2012	2013		2014				2015		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 039	3 017	2 299	3 866	2 932	2 620	2 477	3 441	2 796
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	475	379	582	486	423	395	562	463
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 971	2 005	1 433	2 505	1 921	1 780	1 594	2 153	1 808
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 086	2 985	3 624	4 189	3 047	2 569	3 951	3 574	2 726
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	470	452	535	640	446	346	621	534	387
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 089	2 027	2 609	2 813	2 016	1 810	2 845	2 383	1 894

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2012	2013		2014			2015		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Insgesamt	Anzahl	578	567	498	501	568	426	478	431	433
davon										
* Unternehmen	Anzahl	91	90	80	66	99	47	85	70	68
* Verbraucher	Anzahl	377	354	325	310	313	283	272	250	260
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	91	103	79	104	131	78	111	103	92
* sonstige natürliche Personen, ¹ Nachlässe	Anzahl	19	20	14	21	25	18	10	8	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	144	91	58	84	89	106	60	81	74

Handwerk²

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,5	98,7	97,9	100,6	98,2	97,7	98,1	99,7	98,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	101,2	100,0	100,8	105,2	113,1	87,5	101,2	104,0	113,2

Preise

	Einheit	2013	2014			2015				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	105,8	106,8	106,7	106,9	106,6	105,7	106,6	107,1	107,0
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	103,4	104,8	104,4	104,5	104,5	105,6	105,7	105,7	106,1

Verdienste⁷

	Einheit	2013	2014	2013			2014			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 790	3 798	3 455	3 458	3 495	3 426	3 472	3 491	3 524
* Frauen	EUR	3 268	3 266	3 026	3 023	3 044	3 006	3 021	3 052	3 062
* Männer	EUR	4 003	4 009	3 631	3 635	3 681	3 593	3 651	3 665	3 707
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 925	7 205	6 113	6 125	6 166	6 254 ⁷	6 360	6 403	6 456
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 352	4 405	4 005	4 023	4 058	4 015 ⁷	4 053	4 097	4 126
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 183	3 235	2 919	2 929	2 963	2 933	2 975	2 993	3 013
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 641	2 641	2 444	2 462	2 496	2 416	2 470	2 487	2 514
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 047	2 030	1 935	1 951	1 975	1 885	1 921	1 946	1 957

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2013	2014	2013			2014			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 078	4 175	3 623	3 636	3 681	3 622	3 716	3 729	3 767
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 899	4 001	3 497	3 626	3 584	3 448	3 587	3 616	3 643
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 245	4 353	3 734	3 734	3 792	3 756	3 836	3 840	3 887
* Energieversorgung	EUR	4 955	(5 040)	4 380	4 374	4 433	4 344	4 462	4 456	4 487
* Wasserversorgung ²	EUR	3 207	3 473	3 003	2 988	2 989	3 114	3 230	(3 275)	3 260
* Baugewerbe	EUR	3 156	3 257	2 985	3 095	3 086	2 922	3 090	3 140	3 128
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 596	3 551	3 343	3 338	3 371	3 298	3 312	3 336	3 366
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 535	3 275	3 166	3 162	3 214	2 998	3 019	3 032	3 078
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 978	2 748	2 711	2 747	2 775	2 570	2 608	2 600	2 614
* Gastgewerbe	EUR	(2 026)	(2 078)	1 948	1 955	2 003	2 030	1 986	1 978	1 979
* Information und Kommunikation	EUR	4 870	5 049	4 465	4 452	4 553	4 537	4 663	4 632	4 672
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 907	4 902	4 104	4 152	4 222	4 086	4 114	4 154	4 231
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 739	3 947	3 411	3 366	3 301	(3 712)	(3 849)	(3 838)	(3 857)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	(4 670)	4 823	4 053	4 033	4 088	4 170	4 190	4 223	4 216
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	/	(2 160)	2 087	2 114	2 113	2 059	2 080	2 095	2 118
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 450	3 536	3 354	3 361	3 368	3 389	3 389	3 469	3 504
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 105	4 132	4 040	4 032	4 033	4 034	4 035	4 079	4 050
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 678	3 693	3 465	3 461	3 491	3 430	3 473	3 485	3 514
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	4 257	3 734	4 072	3 897	3 926	(3 565)	(3 339)	(3 362)	(3 645)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 059	3 272	2 886	2 899	2 905	3 070	3 064	3 108	3 126

Geld und Kredit³

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	118 975	121 674	118 137	125 085	124 568	125 584	124 657	124 257	124 973
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 024	12 174	11 935	12 668	12 008	12 333	12 369	11 869	11 692

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2012	2013			2014			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	15 080	14 002	13 753	14 474	13 508	13 476	13 295	13 232	12 432
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	91 871	95 498	92 449	97 943	99 052	99 775	98 993	99 156	100 849
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 263	113 342	110 111	116 437	116 350	117 767	117 623	117 462	118 519
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	99 772	102 470	99 761	104 866	105 312	106 449	106 566	106 600	107 683
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 492	10 872	10 350	11 571	11 038	11 318	11 057	10 862	10 836
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 712	8 332	8 026	8 648	8 218	7 817	7 034	6 795	6 454

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Sichteinlagen	Mill. EUR	46 913	51 536	50 925	51 526	53 576	53 185	53 933	56 215	58 309
Termineinlagen	Mill. EUR	29 481	26 577	26 702	25 866	26 426	25 455	25 226	24 928	24 903
Sparbriefe	Mill. EUR	7 744	6 639	6 710	6 445	6 414	6 059	5 884	5 687	5 637
Spareinlagen	Mill. EUR	29 112	28 262	28 266	28 046	28 215	28 138	27 899	27 831	28 036
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 671	110 380	109 800	109 433	112 081	110 316	110 550	112 240	114 475
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	107 602	107 492	107 139	106 814	108 780	107 664	107 716	109 307	111 133
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 069	2 888	2 661	2 619	3 301	2 652	2 834	2 933	3 342
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 578	2 634	2 803	2 450	2 550	2 521	2 392	2 421	2 410

Steuern

Einheit	2013	2014				2015		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 515	3 652	2 846	3 750	3 657	4 767	3 143	3 805	3 715
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 104	1 158	779	1 125	1 332	2 215	810	829	1 217
Lohnsteuer	Mill. EUR	761	795	641	1 045	553	971	664	1 087	575
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	149	156	-	477	-	-	-	495	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	157	166	30	8	509	598	35	15	565
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	72	102	47	18	14	356	53	20	61

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2013	2014				2015		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	32	29	64	51	8	8	46	55	9
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	16	15	-	41	-	-	-	38	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	83	66	- 2	2	248	281	11	- 348	7
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 4	6	-	- 10	-	-	-	- 340	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 411	2 494	2 067	2 624	2 325	2 552	2 333	2 976	2 498
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	499	424	708	358	504	494	701	372
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 931	1 995	1 643	1 917	1 967	2 048	1 839	2 275	2 126

Zölle

Mill. EUR	184	203	156	213	196	194	179	249	224
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	113	87	113	86	119	180	51	40	98	
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	21	14	25	65	12	7	37
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	46	49	37	32	68	115	39	32	61

Landessteuern

Mill. EUR	66	75	70	60	85	76	101	47	89	
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	26	15	14	27	27	49	- 4	28
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	31	32	37	29	33	31	34	35	36
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	13	15	13	16	14	15	12	16
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	6	2	1	1	8
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	2	2	2	3	2	2

Einheit	2012	2013			2014			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	601	603	641	632	561	524	655	599	611
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	122	125	125	144	115	113	141	144	121
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	462	458	497	465	426	390	491	430	469
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	12	15	15	17	17	17	17	19	17

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Mill. EUR	889	909	962	935	1 107	593	1 017	919	1 172	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	377	379	421	373	290	380	425	346	325
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	336	348	362	352	614	70	391	361	632
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	38	37	35	42	68	8	39	43	74

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2013	2014				2015				
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
Mill. EUR	851	880	692	908	859	1 527	775	750	744	
Landessteuern	Mill. EUR	66	75	70	60	85	76	101	47	89
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	418	442	334	421	528	870	348	277	460
Lohnsteuer	Mill. EUR	262	277	273	387	179	297	283	408	187
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	67	71	13	4	216	254	15	7	240
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	34	48	22	6	5	175	25	13	25
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	14	13	28	23	4	4	20	24	4
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	33	- 1	1	124	141	6	- 174	3
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	344	342	290	424	245	524	321	422	194
Umsatzsteuer	Mill. EUR	255	252	213	355	138	420	247	351	86
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	89	90	77	69	107	104	74	72	109
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	- 0	1	0	15	1	1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	- 0	0	0	5	0	0	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	11	- 1	2	0	31	2	2	1
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	- 0	0	0	6	1	0	0

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 845	1 881	1 511	1 901	1 912	2 499	1 592	1 880	1 910	
Bundessteuern	Mill. EUR	113	87	113	86	119	180	51	40	98
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	480	505	335	480	585	989	349	328	522
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 246	1 285	1 064	1 335	1 208	1 315	1 191	1 512	1 291
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	5	- 0	1	0	15	1	1	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im April 2015

Statistische Berichte**Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet,
Erwerbstätigkeit**

Atypische Beschäftigung –
Ergebnisse des Mikrozensus 2013
Kennziffer: A6033 201300

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau und Ernte von Strauchbeeren 2014
Kennziffer: C1113 201400

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und
Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im Januar 2015
Kennziffer: D1023 201501

Insolvenzen 2014
Kennziffer: D3013 201400

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Februar 2015 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201502

Index des Auftragseingangs für das
Verarbeitende Gewerbe im Februar 2015
Kennziffer: E1033 201502

Bauhauptgewerbe im Februar 2015 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201502

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Januar 2015
Kennziffer: E4023 201501

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2015
Kennziffer: F2033 201502

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Februar 2015
Kennziffer: G3023 201502

Gäste und Übernachtungen im Tourismus 2014
Kennziffer: G4013 201400

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im Februar 2015
Kennziffer: G4023 201502

Verkehr

Binnenschifffahrt 2014
Kennziffer: H2013 201400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im März 2015
Kennziffer: M1013 201503

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im Februar 2015
Kennziffer: M1043 201541

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Januar 2015
Kennziffer: Z1013 201501

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe April 2015
Kennziffer: Z2201 201504

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014
(Statistische Analysen N° 34)
Kennziffer: Z2048 2014 00

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014 –
Tabellenanhang – (Statistische Analysen N° 34)
Kennziffer: Z2048 201400

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den

Ländern der Bundesrepublik Deutschland
2000 bis 2014 –
Berechnungsstand: November 2014/Februar 2015
(Reihe 1, Band 1)
Kennziffer: P1215 201400

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter
in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland
2000 bis 2014 –
Berechnungsstand: November 2014/Februar 2015
(Reihe 1, Band 2)
Kennziffer: P1225 201400

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: ECE
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte
2. korrigierte Fassung vom 28.01.2016, Änderungen auf S. 492, 493